

Ostfalia – Hochschule für angewandte
Wissenschaften Fachhochschule
Braunschweig / Wolfenbüttel
Karl-Scharfenberg-Fakultät, Salzgitter
Kommunikationsmanagement, M.A.
4. Fachsemester
Frau Prof. Dr. Denise Sommer
Herr Dr. phil. Jörg Hagenah

Masterarbeit
Zur Erlangung des akademischen Grades:
„Master of Arts“

**Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit:
Eine Clusteranalyse politischen Informationsverhaltens
in Deutschland.**

14.11.2025

Nurhak Beyik

01782338498

Zusammenfassung

In dieser Masterarbeit wird der Zusammenhang zwischen Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit im digitalen Strukturwandel untersucht. Ausgangspunkt ist das Legitimitätsparadox, also die Diskrepanz zwischen objektiver Demokratiequalität und subjektivem Vertrauensverlust. Das Ziel besteht darin, typische Informationsmuster zu identifizieren und diese mit Medienkompetenz sowie Zufriedenheit mit demokratischen Prozessen zu verknüpfen. Auf Basis theoretischer Ansätze zu Legitimität (Easton, Scharpf, Schmidt, Wiesner & Harfst) und Medienkompetenz (Aufenanger, Hohlfeld) wird ein Kausalmodell entwickelt, in dem Medienkompetenz als vermittelnde Variable verstanden wird. Die Sekundäranalyse der Studie „Politisches Informationsverhalten und Desinformation 2023“ zeigt fünf Informationsstile, die sich in Bezug auf Reflexivität, Vertrauen und Demokratiezufriedenheit unterscheiden. Die Ergebnisse verdeutlichen: Entscheidend ist nicht die Quantität der Mediennutzung, sondern die Qualität reflexiver Informationsverarbeitung. Medienkompetenz stärkt das Vertrauen in demokratische Prozesse und fungiert somit als zentrale Ressource demokratischer Resilienz im digitalen Zeitalter.

Abstract

This Master's thesis examines the relationship between media literacy and satisfaction with democracy within the context of digital structural change. The starting point is the legitimacy paradox: the discrepancy between objective democratic quality and subjective loss of trust. The aim is to identify typical information patterns and link them to media literacy and satisfaction with democratic processes. Drawing on theoretical approaches to legitimacy (Easton, Scharpf, Schmidt, Wiesner & Harfst) and media literacy (Aufenanger, Hohlfeld), a causal model is developed in which media literacy is considered a mediating factor. A secondary analysis of the “Political Information Behaviour and Disinformation 2023” study reveals five information styles that differ in terms of reflexivity, trust and satisfaction with democracy. The results make it clear that the quantity of media use is not decisive, but rather the quality of reflexive information processing. Media literacy strengthens trust in democratic processes and thus functions as a central resource for democratic resilience in the digital age.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	5
2.	Theoretischer Rahmen.....	7
2.1.	Demokratiezufriedenheit als Indikator demokratischer Legitimität	7
2.1.1.	Legitimität als umkämpftes Konzept.....	7
2.1.2.	Politischer Support als Fundament der Legitimität	9
2.1.3.	Legitimationsquellen der Demokratie: Input, Output und Throughput.....	11
2.1.4.	Demokratiezufriedenheit als empirischer Indikator: Diskussion und Herausforderungen	13
2.1.5.	Aktuelle Perspektiven und das Legitimitätsparadox	15
2.2.	Medienkompetenz als Voraussetzung für demokratische Urteilskraft.....	17
2.2.1.	Begriff und Dimensionen von Medienkompetenz.....	17
2.2.2.	Politische Medienkompetenz im Kontext demokratischer Öffentlichkeit...	18
2.2.3.	Medienkritik und Desinformation als demokratietheoretische Herausforderung	19
2.2.4.	Politisches Informationsverhalten, Medienvertrauen und demokratische Partizipation.....	20
2.3.	Forschungsstand zum politischen Informationsverhalten.....	22
2.3.1.	Systematische Übersicht: Stand der empirischen Forschung	24
2.3.2.	Forschungslücke und Beitrag der vorliegenden Arbeit	28
3.	Forschungsdesign und Datengrundlage: Clusteranalyse	29
3.1.	Variablenauswahl und Operationalisierung	30
3.2.	Faktorenanalyse zur empirischen Bestimmung latenter Dimensionen des Informationsverhaltens	34
3.3.	Verfahren der Clusteranalyse	39
3.4.	Deskriptive Analyse der Cluster-Variablen.....	41
3.5.	Durchführung der Clusteranalyse	42
4.	Ergebnisse der Clusteranalyse	44
4.1.	Typologie politischer Informationsstile	45
4.1.1.	Cluster 1: „Pragmatische Ausgewogene“	45
4.1.2.	Cluster 2: „Klassische Medienorientierte“	46
4.1.3.	Cluster 3: „Soziale Intensivnutzer*Innen“	47
4.1.4.	Cluster 4: „Hybride Kommunikator*Innen“	48
4.1.5.	Cluster 5: „Diskurs- und Twitter-Affine“	50
4.1.6.	Telegram-Nutzung im Kontext der Cluster	51

5.	Hypothesen und theoretisches Kausalmodell	57
5.1.	Hypothesen	58
5.2.	Theoretisches Kausalmodell	64
6.	Forschungsdesign und Datengrundlage: Hypothesentests	65
6.1.	Variablen, Aufbereitung und Indikatoren.....	66
6.1.1.	Demokratiezufriedenheit (DKZ)	66
6.1.2.	Medienkompetenz (MK)	67
6.2.	Analystisches Vorgehen	70
7.	Ergebnisse der Hypothesentests	71
8.	Empirisches Kausalmodell	96
9.	Diskussion der Ergebnisse.....	97
10.	Limitation.....	101
11.	Schluss und Ausblick	103
I.	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	105
II.	Literatur	107
III.	Versicherung der eigenständigen Erarbeitung	113
IV.	Anhang	113

1. Einleitung

*“Being illiterate in the processes of any medium (...) leaves one
at the mercy of those who control it.”*

– Neil Postman

Die Beständigkeit moderner Demokratien ist fundamental von ihrer Legitimität, also von der Anerkennung der politischen Ordnung in den Augen ihrer Bürger*Innen abhängig (Wiesner & Harfst, 2022). Der wichtigste Indikator für diese Legitimität ist die Demokratiezufriedenheit, durch die die subjektive Zufriedenheit der Bürger*Innen mit der Funktionsweise der Demokratie beschrieben wird. Doch die Interpretation der Demokratiezufriedenheit ist mit konzeptionellen Herausforderungen verbunden. Oft bleibt unklar, ob sich die Befragten auf konkrete Regierungspolitik, institutionelle Strukturen oder normative Prinzipien beziehen (Singh & Mayne, 2023, S. 11-12). Gleichzeitig kann man in vielen etablierten Demokratien ein beunruhigendes Problem beobachten, welches von der Forschung als Legitimitätsparadox beschrieben wird (Kneip, Merkel & Weßels, 2020, S. 2-3): Während Punkte, wie institutionelle Qualität und normative Standards von Demokratien, wie z.B. der Bundesrepublik Deutschland objektiv betrachtet hoch sind, wachsen parallel dazu subjektives Unbehagen und Vertrauensverluste in politische Akteur*Innen, politischen Parteien und gegenüber der Institutionen (Harfst & Wiesner, 2024, S. 1-2). Dieses Paradoxon verweist auf eine Diskrepanz zwischen der externen, normativen und der internen Legitimität eines politischen Systems hin.

Dieses Spannungsfeld wird maßgeblich durch einen tiefgreifenden medialen Strukturwandel geprägt: Die Art und Weise, wie Bürger*Innen politische Informationen beschaffen, verarbeiten und bewerten, hat sich in radikal verändert. Vor allem soziale Netzwerke und Messengerdienste übernehmen zunehmend Gatekeeper-Funktionen. Diese durch algorithmische Selektion und Personalisierung geschaffene neue Formen der Informationsvermittlung stellen ein Problem dar (Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, 2022, S. 6-7). In dieser komplexen und von Desinformation geprägten Informationsumgebung gewinnt die Medienkompetenz, als individuelle und gesellschaftliche Ressource, dadurch eine entscheidende Bedeutung: Nach dem Modell von Baacke, wie von Aufenanger (2018, S. 597) dargelegt, umfasst Medienkompetenz die Dimensionen *Medienkritik*, *Medienkunde*, *Mediennutzung* und *Mediengestaltung*. Sie bildet das nötige Fundament für eine mündige, demokratiefähige Urteilskraft, die es Bürger*Innen ermöglicht, an öffentlichen Diskursen zu partizipieren (Hohlfeld, 2023, S. 65-66). In diesem Sinne beschreibt Kommer (2023, S. 156)

Medienkompetenz auch als eine Form der kognitiven Resilienz, mit der man Desinformation geschützt ist.

Vor dem Hintergrund dieser theoretischen Konstellation, dem Legitimitätsparadox, dem digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit und der zentralen Rolle der Medienkompetenz, stellt sich eine forschungsleitende Hauptfrage in dieser Arbeit:

Wie lassen sich typische Muster politischen Informationsverhaltens in der deutschen Bevölkerung identifizieren und in welchem Zusammenhang stehen diese mit Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit?

Um diese übergreifende Frage zu beantworten, werden auch drei konkretere Teilfragen untersucht:

1: Welche unterschiedlichen Typen (Cluster) politischen Informationsverhaltens lassen sich auf Basis der Nutzung verschiedener Medienkanäle (von klassischen Medien bis zu sozialen Netzwerken und Messengern) in Deutschland identifizieren?

2: Inwieweit unterscheiden sich diese Cluster signifikant in ihrer Ausprägung von Medienkompetenz (sowohl in handlungsorientierten als auch reflexiven Dimensionen) und in ihrer Demokratiezufriedenheit?

3: Wirkt Medienkompetenz als vermittelnder Mechanismus (Mediator) zwischen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Informationscluster und dem Ausmaß der Demokratiezufriedenheit?

Zur Beantwortung dieser Fragen verbindet diese Arbeit das theoretische Gerüst mit einer empirischen Sekundäranalyse (vgl. Kap. 3). Im zweiten Kapitel wird der theoretische Rahmen entfaltet, der die Konzepte von demokratischer Legitimität (u.a. Easton, 1975; Scharpf, 2004), der Demokratiezufriedenheit (u.a. Norris, 2011) und der Medienkompetenz (u.a. Aufenanger, 2018) systematisch erschließt. Im dritten Kapitel wird das Forschungsdesign erläutert und anschließend eine explorative Faktoren- und Clusteranalyse durchgeführt, deren Ergebnisse im vierten Kapitel in Form einer Typologie politischer Informationsstile präsentiert werden. Aufbauend auf diesen Ergebnissen wird im fünften Kapitel ein theoretisches Kausalmodell entwickelt und die daraus abgeleiteten Hypothesen werden dargelegt. Die Überprüfung dieser Hypothesen mittels Regressions- und Mediationsanalysen erfolgt in den Kapiteln sechs und sieben. Abschließend folgt eine Diskussion, in der die Befunde im Lichte der theoretischen Ausgangsfragen interpretiert, praktische Implikationen für politische Bildung und

Medienregulierung abgeleitet sowie Limitationen und Ansätze für die zukünftige Forschung aufgezeigt werden.

2. Theoretischer Rahmen

2.1. Demokratiezufriedenheit als Indikator demokratischer Legitimität

2.1.1. Legitimität als umkämpftes Konzept

Legitimität gehört zu den grundlegenden Begriffen der Politikwissenschaft, doch gerade weil ihr so viel Bedeutung beigemessen wird, gibt es bis heute keine einheitliche Vorstellung davon, was genau damit gemeint ist. Der Begriff berührt zentrale Fragen politischer Ordnung, etwa wie sich das Verhältnis zwischen Regierung und Bevölkerung gestaltet, wie demokratisch ein politisches System aufgebaut ist, ob rechtsstaatliche Prinzipien eingehalten werden und wie leistungsfähig staatliche Institutionen sind. Trotz dieser breiten inhaltlichen Relevanz fehlt ein allgemein akzeptiertes Verständnis von Legitimität. Vielmehr handelt es sich um einen sogenannten „essentially contested concept“ im Sinne von Gallie, also einen Begriff, dessen Bedeutung dauerhaft umstritten bleibt, sowohl in der Theorie als auch in der politischen Praxis (Wiesner & Harfst, 2022). Die Diskussion dreht sich dabei nicht nur um begriffliche Feinheiten, sondern um eine grundlegende Entscheidung: Soll Legitimität als normativer Begriff verstanden werden, also als Beurteilung danach, ob ein politisches System Anerkennung verdient oder soll sie empirisch durch die Zustimmung der Bürger*Innen gemessen werden? Diese Unterscheidung ist nicht nur rein theoretisch, denn sie hat direkte Folgen für die politische Forschung: Während normative Ansätze sich an externen Maßstäben wie Menschenrechten oder Rechtsstaatlichkeit orientieren, sehen empirische oder analytische Perspektiven Legitimität als subjektive Einschätzung der Bevölkerung. Das ermöglicht zwar Messbarkeit, birgt aber die Gefahr, Zustimmung mit Legitimität gleichzusetzen (Wiesner & Harfst, 2022).

Wie Wiesner und Harfst (2022) außerdem in ihrer historischen Analyse zeigen, schwankt die Legitimitätsforschung seit den 1950er Jahren zwischen diesen beiden Polen: In den USA wurde Legitimität in Anschluss an Lipset (zitiert nach Wiesner & Harfst, 2022) als Voraussetzung für Systemstabilität interpretiert. Die Kritische Theorie¹ der 1970er Jahre wiederum

¹ Die Kritische Theorie betrachtet gesellschaftliche Ordnung nicht als naturgegeben, sondern als geschichtlich bedingt und somit veränderbar. Sie kritisiert ein Denken, das sich von dieser Geschichtlichkeit löst und so „in eine verdinglichte, ideologische Kategorie“ umschlägt (Horkheimer, 2021, S. 12). Stattdessen formuliert sie den Anspruch, über das

wendet sich gegen diese rein funktionale Sichtweise: Sie fordert, Legitimität wieder stärker mit normativen Kriterien zu verbinden, also mit der Frage, ob politische Macht auch gerechtfertigt (Wiesner & Harfst, 2022). Aus dieser langen Debatte leiten Wiesner und Harfst (2022) den Vorschlag ab, beide Perspektiven zu verbinden. Sie schlagen ein Modell vor, das Legitimität zweidimensional denkt: Zum einen als „interne Legitimität“, also als subjektive Anerkennung durch die Bevölkerung, zum anderen als „externe Legitimität“, also als Bewertung durch objektive normative Maßstäbe. Daraus ergeben sich vier mögliche Kombinationen: Ein politisches System kann in beiden Dimensionen legitim sein, nur in einer, oder in keiner (Wiesner & Harfst, 2022). Dieses Modell hat den Vorteil, dass es sehr unterschiedliche politische Systeme erfassen kann. Auch solche, die außerhalb westlich-demokratischer Standards liegen. So kann ein autoritäres Regime wie Russland oder China intern legitim erscheinen wenn es breite Zustimmung erhält. Gleichzeitig kann ein demokratisches System, das rechtsstaatlich funktioniert, aber in der Bevölkerung auf Ablehnung stößt, als extern legitim, aber intern delegitimiert gelten (Wiesner & Harfst, 2022). Es wird deshalb für ein Konzept von Legitimität plädiert, das alle Seiten miteinbezieht: die subjektive Wahrnehmung durch die Bevölkerung und die normativen Anforderungen, die an politische Herrschaft gestellt werden. Nur so lässt sich vermeiden, dass Zustimmung allein schon als Beweis für Legitimität gilt. Denn Zufriedenheit mit der Demokratie kann nur dann als legitimitätsstiftend gewertet werden, wenn sie mit objektiven Maßstäben zusammengedacht wird. Ansonsten bestünde die Gefahr, auch autoritäre Regime als legitim einzustufen, nur weil sie beispielsweise verehrt werden oder populär sind (Wiesner & Harfst, 2022).

Ein ähnliches Vorgehen wird auch vom Politikwissenschaftler David Beetham verfolgt, dessen Ansatz zur Legitimität in der politikwissenschaftlichen Literatur vielfach rezipiert wurde. Wie Lord und Saward (2023) zusammenfassen, unterscheidet Beetham drei zentrale Dimensionen von Legitimität: Erstens muss politische Macht in Übereinstimmung mit geltenden Regeln ausgeübt werden. Zweitens bedürfen diese Regeln einer normativen Rechtfertigung, sie müssen also mit gesellschaftlich akzeptierten Werten und Überzeugungen übereinstimmen. Abschließend zeigt sich Legitimität in der aktiven Anerkennung durch die Bevölkerung, zum Beispiel durch Wahlbeteiligung, freiwillige Regelbefolgung oder das Ausbleiben von Widerstand (Lord & Saward, 2023, S. 5). Diese drei Elemente Legalität, normative Fundierung und beobachtbare Zustimmung bilden zusammen ein mehrdimensionales Modell, das

Bestehende hinauszuweisen und die „Veränderung des Ganzen“ als emanzipatorisches Ziel zu begreifen (Horkheimer, 2021, S. 32).

nicht nur normativ anspruchsvoll, sondern auch empirisch anschlussfähig ist. Besonders relevant ist dabei Beethams Entscheidung, nicht nur auf Zustimmung im abstrakten Sinn zu verweisen, sondern auf konkrete Handlungen, die Anerkennung ausdrücken. Damit wird Legitimität nicht bloß als Meinung, sondern als Verhalten begriffen, was für die empirische Forschung von großem Vorteil ist (Lord & Saward, 2023, S. 5). In Anlehnung an dieses Konzept lässt sich Legitimität nicht nur in ihrer Idealform beschreiben, sondern auch als kontextabhängig und in Abstufungen analysieren. Politische Systeme können in einzelnen Dimensionen legitimer oder defizitärer sein, ohne dass ihnen die Legitimität insgesamt abgesprochen wird. Diese Perspektive ergibt sich indirekt aus Beethams Betonung der qualitativen Unterschiede zwischen unterschiedlichen Formen legitimer Herrschaft und der normativen Einschätzung bestimmter Prinzipien als „emanzipatorischer“ als andere (Lord & Saward, 2023, S. 5). Das erlaubt differenzierte Diagnosen, auch im Hinblick auf Demokratiezufriedenheit, die sich möglicherweise nur auf einzelne Aspekte politischer Ordnung bezieht (Lord & Saward, 2023, S. 5).

Insgesamt ergänzen sich die Modelle von Wiesner & Harfst (2022) und Beetham (in Lord & Saward, 2023) in sinnvoller Weise. Beide betonen, dass Legitimität weder rein subjektiv noch rein normativ gedacht werden darf, sondern dass es einer integrierten Perspektive bedarf. Für die vorliegende Arbeit bildet dies die theoretische Grundlage, um Demokratiezufriedenheit als möglichen Indikator für Legitimität zu analysieren, jedoch im Spannungsfeld zwischen subjektiver Wahrnehmung und objektiver Bewertung.

2.1.2. Politischer Support als Fundament der Legitimität

Ein zentraler Bezugspunkt der modernen Legitimitätsforschung ist David Eastons differenzierte Konzeptualisierung politischer Unterstützung (*political support*). In seiner Re-Evaluation von 1975 argumentiert Easton, dass politische Unterstützung kein einheitliches Phänomen sei, sondern aus verschiedenen Dimensionen bestehe, die unterschiedlich stark zur Stabilität politischer Systeme beitragen (Easton, 1975, S. 437). Dabei unterscheidet er zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung. Spezifische Unterstützung bezieht sich auf kurzfristige, leistungsbezogene Bewertungen politischer Autoritäten. Sie entsteht, wenn Bürger*Innen politische Entscheidungen, Handlungen oder Ergebnisse als ihren Interessen entsprechend wahrnehmen und daraufhin Zustimmung zeigen (Easton, 1975, S. 438). Diese Form der Unterstützung ist schwankungsanfällig: Sie steigt bei wahrgenommener Responsivität und sinkt bei Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen. Diffuse Unterstützung

hingegen beschreibt eine tiefer verankerte Loyalität gegenüber dem politischen System, seinen Institutionen und Normen (Easton, 1975, S. 444). Sie entsteht sowohl durch Sozialisation in Kindheit und Erwachsenenalter als auch durch langfristige Erfahrungen mit politischen Prozessen. Dabei steht weniger die Bewertung einzelner politischer Leistungen im Vordergrund, sondern eine grundsätzliche Anerkennung der Legitimität des politischen Systems (Easton, 1975, S. 446). Easton unterscheidet zwei Ausdrucksformen diffuser Unterstützung: Vertrauen und Legitimitätsglauben (Easton, 1975, S. 447). Vertrauen zeigt sich in der Annahme, dass politische Institutionen auch ohne ständige Kontrolle akzeptable Ergebnisse erzielen. Dieser Glaube kann auf stabilen positiven Erfahrungen beruhen, entsteht aber auch durch normative Sozialisation (Easton, 1975, S. 448). Legitimität bezeichnet dagegen die Überzeugung, dass politische Autoritäten und Institutionen „richtig“ und „moralisch gerechtfertigt“ handeln und bestehen (Easton, 1975, S. 451). Diffuse Unterstützung wirkt nach Easton systemstabilisierend, da sie als „Reservoir positiver Einstellungen“ fungiert und selbst dann erhalten bleibt, wenn einzelne politische Entscheidungen negativ bewertet werden. Langanhaltende Enttäuschungen oder normverletzendes Verhalten können dieses Reservoir jedoch schwächen. Easton grenzt seine Theorie zudem von vereinfachenden Ansätzen ab. So betont er, dass Befolgung oder politische Entfremdung keine verlässlichen Indikatoren für Legitimität darstellen. Befolgung kann etwa aus Angst erfolgen, und Entfremdung führt nicht zwangsläufig zu einem Verlust an Legitimität (Easton, 1975, S. 454-456). Diese Unterscheidungen verdeutlichen, dass legitimatorische Einstellungen nur mit theoretisch fundierten und empirisch differenzierten Konzepten erfasst werden können.

Gerade für die Analyse von Demokratiezufriedenheit ist Eastons Konzept anschlussfähig, da es verdeutlicht, dass die Bewertung demokratischer Institutionen nicht allein auf Leistungsaspekte reduziert werden kann, sondern auf tiefer liegenden normativ-emotionalen Bindungen beruht. Diese Einsicht ist insbesondere für Demokratien in Krisenzeiten von zentraler Bedeutung: Sie müssen nicht nur „gut performen“, sondern auch ein Gefühl von Sinn, Zugehörigkeit und moralischer Richtigkeit vermitteln, um diffuse Unterstützung langfristig zu sichern. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche institutionellen Kanäle politische Unterstützung fördern oder untergraben, z.B. durch transparente Verfahren, inklusive Partizipation oder wirksame Problemlösung. Das folgende Kapitel vertieft diese Perspektive, indem es Legitimität als Resultat unterschiedlicher Input-, Output- und Throughput-Prozesse konzeptionell differenziert.

2.1.3. Legitimationsquellen der Demokratie: Input, Output und Throughput

Lange Zeit wurden normative und empirische Ansätze zur Legitimität getrennt betrachtet, aber inzwischen setzt sich die Einsicht durch, dass die Stabilität und Akzeptanz politischer Herrschaft aus dem Zusammenspiel verschiedener Legitimationsquellen entsteht. Besonders in komplexen Gesellschaften, in denen weder grundlegende Übereinstimmung noch stabile kollektive Identitäten vorausgesetzt werden können, gewinnt die Legitimation durch Verfahren eine eigenständige Bedeutung. Verfahren tragen dazu bei, Erwartungen zu stabilisieren, Akzeptanz auch bei umstrittenen Entscheidungen zu ermöglichen und die Handlungsfähigkeit politischer Systeme zu sichern (Luhmann, 1983, S. 1-3).

Die zentrale These besagt, dass sich Legitimität nicht allein aus der inhaltlichen Richtigkeit politischer Entscheidungen ableiten lässt. In pluralistischen Gesellschaften ist ein breiter Konsens über Werte, Normen oder Ergebnisse kaum erreichbar, daher richtet sich die Erwartung zunehmend auf die Verfahren selbst. Sie strukturieren Kommunikationsprozesse, schaffen Verbindlichkeit und ermöglichen Akzeptanz auch dann, wenn das Ergebnis nicht geteilt wird. Die formale Sicherung von Teilhabe, Transparenz und Konsistenz bildet die Grundlage für Vertrauen in Entscheidungssysteme. Sie garantiert jedoch nicht die sachliche Richtigkeit, sondern die soziale Akzeptanz politischer Entscheidungen (Luhmann, 1983, S. 11-12). Legitimation durch Verfahren beruht somit auf einer Entkopplung von Entscheidung und Ergebnis. Entscheidungen gewinnen Legitimität durch ihre Einbettung in institutionalisierte, rollenspezifische Kommunikationsstrukturen. Durch Regeln, Rollen und die Bildung irreversibler Verfahrensgeschichten wird die Unsicherheit über Entscheidungsfolgen verringert. Diese Stabilisierung ermöglicht es, Entscheidungen zu akzeptieren, ohne sie inhaltlich zu befürworten - ein zentraler Mechanismus moderner Demokratien (Luhmann, 1983, S. 44-46).

Ergänzend zu diesem funktionalistischen Verständnis haben sich in der Demokratietheorie zwei weitere Legitimationsquellen etabliert: die Input- und die Output-Legitimität. Die Input-Legitimität bezieht sich auf die Qualität demokratischer Partizipation. Politische Herrschaft gilt als legitim, wenn sie auf Verfahren beruht, die die Präferenzen der Bürger*Innen angemessen berücksichtigen, etwa durch freie Wahlen, deliberative Beteiligung und Repräsentation. Diese Form der Legitimation stößt jedoch an Grenzen, wenn es keine gemeinsame politische Identität gibt oder wenn Bürger*Innenbeteiligung nur eingeschränkt möglich ist, etwa auf der Ebene der Europäischen Union (EU) (Scharpf, 2004, S. 16-17).

Hier setzt die Output-Legitimität an: Politische Entscheidungen werden dann als legitim akzeptiert, wenn sie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen und das Gemeinwohl fördern. Ihre Grundlage liegt in der Effektivität und Problemlösungsfähigkeit staatlicher Institutionen (Scharpf, 2004, S. 20-21). Input- und Output-Legitimität stehen nicht im Widerspruch, sondern bilden zwei analytisch unterscheidbare, aber komplementäre Perspektiven demokratischer Herrschaft (Scharpf, 2004, S. 16). Besonders im nationalstaatlichen Kontext wird betont, dass Demokratie idealerweise sowohl Herrschaft durch das Volk als auch für das Volk verwirklicht, also Partizipation und Problemlösung verbindet. Scharpf (2004, S. 21) zeigt am Beispiel der EU, dass ihre Legitimität oft an der Vermischung von Input- und Output-Kriterien gemessen wird, die eher für Nationalstaaten typisch sind. Daraus lässt sich auch für nationale Demokratien ableiten, dass Defizite in einer der beiden Dimensionen die Wahrnehmung von Legitimität beeinträchtigen können.

Diese beiden Ansätze werden durch ein drittes Legitimationsprinzip ergänzt: die sogenannte Throughput-Legitimität. Sie bezieht sich auf die Qualität der politischen Prozesse innerhalb der Entscheidungsstrukturen, also auf die Ebene zwischen Input und Output. Im Zentrum stehen Verfahren der Interessenvermittlung, Transparenz, Deliberation und Effizienz. Politische Entscheidungen gelten dann als legitim, wenn sie partizipativ legitimiert, wirksam und unter fairen, nachvollziehbaren, sowie inklusiven Bedingungen getroffen werden (Schmidt, 2011, S. 20-23). Kneip und Merkel (2020, S. 38-40) vertiefen dieses Verständnis, indem sie Legitimität als Ergebnis eines fortlaufenden gesellschaftlichen Bewertungsprozesses betrachten. Bürger*Innen prüfen dabei ständig, ob politische Institutionen, Verfahren und Ergebnisse als anererkennungswürdig gelten. Legitimität entsteht somit nicht nur durch erfolgreiche Ergebnisse (Output), sondern auch durch transparente, faire und partizipative Entscheidungsprozesse. Diese müssen normgerecht, nachvollziehbar und offen gestaltet sein, um Vertrauen und Legitimitätsglauben zu fördern (Kneip & Merkel, 2020, S. 39). Zugleich betonen Kneip & Merkel (2020, S. 41-42), dass Input-, Throughput- und Output-Legitimität nicht gegenseitig ersetzbar sind. Schwächen in einem Bereich können nicht einfach durch Stärken in einem anderen ausgeglichen werden. Besonders die Qualität der politischen Prozesse bei Gesetzgebung, Umsetzung und Kontrolle spielt eine zentrale Rolle für die Stabilität demokratischer Legitimität.

In modernen Demokratien entsteht Legitimität aus dem Zusammenspiel verschiedener Quellen. Verfahren schaffen Akzeptanz für Entscheidungen, selbst wenn deren Inhalte umstritten sind, da sie verlässliche Strukturen und Verbindlichkeit herstellen (Luhmann, 1983, S. 11-12). Politische Herrschaft gilt zudem als legitim, wenn sie auf den Präferenzen der

Bürger*Innen beruht und zugleich das Gemeinwohl fördert (Scharpf, 2004, S. 16). Zwischen diesen beiden Ebenen gewinnt die Qualität der politischen Prozesse zunehmend an Bedeutung: Demokratische Legitimität hängt immer stärker davon ab, wie transparent, zugänglich und nachvollziehbar Entscheidungen zustande kommen (Kneip & Merkel, 2020, S. 45). Legitimität beruht somit nicht nur auf Beteiligung oder Ergebnissen, sondern auch auf der Qualität der Verfahren, die beides miteinander verbinden. Ihre Stabilität ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Input, Output und Throughput, einem Gefüge, das die demokratische Ordnung unter den Bedingungen gesellschaftlicher Komplexität trägt (Luhmann, 1983, S. 44-45).

Eigene Darstellung in Anlehnung an Luhmann (1983), Scharpf (2004), Schmidt (2011) sowie Kneip und Merkel (2020). Das Schaubild zeigt das Zusammenspiel von Input-, Throughput- und Output-Legitimität als Grundlage der internen Zuschreibung von Legitimität durch die Bevölkerung. Die Abgrenzung zu objektiven normativen Maßstäben verdeutlicht das Spannungsverhältnis zwischen externer und interner Legitimität im Sinne des Legitimitätsparadoxons (vgl. Kap. 2.1.5.):

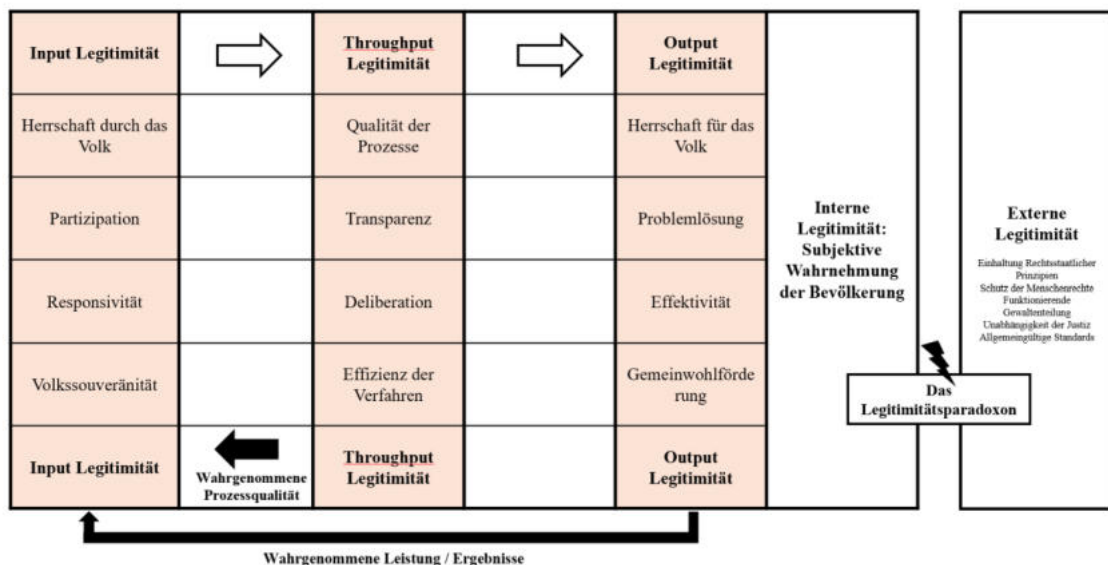


Abbildung 1 - Dimensionen demokratischer Legitimität (Eigene Darstellung)

2.1.4. Demokratiezufriedenheit als empirischer Indikator: Diskussion und Herausforderungen

Die empirische Messung politischer Legitimität stellt die Demokratieforschung vor erhebliche konzeptionelle und methodische Probleme. Besonders umstritten ist es, Demokratiezufriedenheit als Indikator für Systemlegitimität zu verwenden. Zwar gilt eine hohe

Zustimmung zur Demokratie allgemein als Zeichen politischer Stabilität, doch bleibt oft unklar, worauf sich die Antworten in Befragungen tatsächlich beziehen. Auf aktuelle Regierungspolitik, institutionelle Strukturen oder auf die grundlegenden Prinzipien demokratischer Ordnung (Singh & Mayne, 2023, S. 11-12)? Diese Mehrdeutigkeit erschwert die Interpretation empirischer Daten, da verschiedene Bezugsebenen vermischt werden. In Anlehnung an Eastons Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung betonen Singh und Mayne (2023, S. 11-12), dass diese Differenzierung zentral ist, um Demokratiezufriedenheit richtig einzuordnen. Sinkende Zufriedenheitswerte können sowohl kurzfristige Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen als auch ein tiefergehendes Problem legitimatorischer Bindungen anzeigen. Die Autoren kritisieren daher die verbreitete Tendenz, Demokratiezufriedenheit rein performativ zu deuten, also nur als Bewertung des politischen Outputs. Tatsächlich bezieht sich Demokratiezufriedenheit auch auf prozedurale Aspekte wie Fairness, Partizipation und Transparenz. Ein Rückgang der Zufriedenheit nach einer Wirtschaftskrise kann daher sowohl Unzufriedenheit mit wirtschaftspolitischen Ergebnissen als auch das Gefühl mangelnder politischer Reaktionsfähigkeit ausdrücken. Ohne eine klare empirische Unterscheidung dieser Dimensionen bleibt die Interpretation entsprechender Ergebnisse unsicher (Singh & Mayne, 2023, S. 13-14).

Ein weiteres methodisches Problem besteht in der fehlenden zeitlichen Einordnung vieler Befragungen. Van Houwelingen und Dekker (2021, S. 15-17) zeigen, dass Befragte ihre Einschätzungen oft entweder retroperspektiv, im Vergleich zu einer idealisierten Vergangenheit, oder vorausschauend, im Hinblick auf unerfüllte Zukunftserwartungen, abgeben. Wenn dieser zeitliche Bezug im Erhebungsdesign nicht ausdrücklich festgelegt wird, bleibt unklar, worauf sich die geäußerte Zufriedenheit tatsächlich bezieht. Zudem beeinflussen individuelle Erfahrungen, mediale Darstellung und normative Leitbilder die Wahrnehmung, weil Befragte ihre Urteile unterschiedlich verorten können (Van Houwelingen & Dekker, 2021, S. 15-17).

Diese konzeptionellen Unschärfen haben konkrete politische Konsequenzen. Norris (2011, S. 5) beschreibt dieses Missverhältnis als „democratic deficit“, ein strukturelles Auseinanderklaffen zwischen den hohen normativen Erwartungen an die Demokratie und ihrer als mangelhaft empfundenen Umsetzung. Die von Van Houwelingen und Dekker (2021, S. 16) hervorgehobene Unklarheit über Zeit- und Referenzebenen verschärft dieses Defizit. Wenn Bürger*Innen ihre Erwartungen an idealisierte Vergangenheiten oder utopische Zukunftsbilder knüpfen, entsteht eine systematische Verzerrung in der Wahrnehmung demokratischer Realität, was zu einer zunehmenden Ambivalenz führt, die sich weniger in Ablehnung, sondern in einer Distanz ausdrückt. Diese zeigt sich im Konzept der „kritischen Bürger*Innen“, die

demokratische Prinzipien grundsätzlich befürworten, deren praktische Umsetzung jedoch skeptisch bewerten (Norris, 2011, S. 6-7).

Ein vertieftes Verständnis von Demokratiezufriedenheit erfordert eine Einordnung in differenzierte Modelle politischer Unterstützung. Norris (2011, S. 24-25) unterscheidet fünf Ebenen politischen Supports, die von der allgemeinen nationalen Identifikation bis zur Zustimmung gegenüber einzelnen Amtsträgern reichen. Diese Vielschichtigkeit zeigt, dass nur durch die gleichzeitige Erfassung sowohl diffuser Systembindung als auch spezifischer Bewertungen politischer Leistung verlässliche Aussagen über die Art und Grundlage von Demokratiezufriedenheit möglich sind.

Die Herausforderung liegt somit nicht allein in der Verbesserung empirischer Messinstrumente, sondern auch in ihrer theoretischen Fundierung. Demokratiezufriedenheit kann nur dann valide als Legitimationsindikator dienen, wenn sie systematisch mit anderen Dimensionen politischer Unterstützung kontrastiert wird. Singh und Mayne (2023, S. 12-14) betonen, dass insbesondere Mehrebenenmodelle erforderlich sind, die zwischen normativen Erwartungen, institutionellen Bewertungen und personellen Präferenzen unterscheiden. Auch Norris (2011, S. 24-25) unterstreicht die Notwendigkeit, Demokratiezufriedenheit innerhalb eines differenzierten Konzepts von Systemunterstützung zu verorten, das verschiedene Ebenen politischer Bindung analytisch voneinander trennt. Andernfalls laufe die Forschung Gefahr, eben jene Simplifizierungen zu reproduzieren, die sie erklärtermaßen zu überwinden sucht, so die implizite Warnung.

2.1.5. Aktuelle Perspektiven und das Legitimitätsparadox

Trotz einer insgesamt gestiegenen institutionellen Qualität liberaler Demokratien wie z.B. hinsichtlich der normativen Absicherung individueller Rechte, rechtsstaatlicher Verfahren und politischer Teilhabemöglichkeiten, mehren sich in den letzten Jahren Anzeichen wachsender Legitimationsprobleme (Kneip, Merkel & Weßels, 2020, S. 2-3). Dieses Spannungsverhältnis zwischen objektiv gestärkter Demokratiequalität und subjektiv schwindendem Vertrauen in politische Akteur*Innen, Institutionen und Prozesse wird in der Forschung als Legitimitätsparadox (siehe auch Abb. 1) bezeichnet. Während westliche Demokratien normativ ausdifferenzierter denn je erscheinen, geraten ihre tragenden Strukturen wie Parteien, Parlamente und Exekutive unter Druck, sowohl in ihrer Performanz als auch in ihrer Repräsentationsfähigkeit (Kneip, Merkel & Weßels, 2020, S. 2-3).

Wiesner und Harfst (2024, S. 1-2) verdeutlichen, dass das Legitimitätsparadox wesentlich in der Auseinanderentwicklung von interner (subjektiver) und externer (normativer) Legitimität liegt. Sichtbar wird dies insbesondere in Fällen, in denen demokratisch organisierte Staaten zwar hohe normative Standards erfüllen, in der Bevölkerung jedoch weder spezifisches noch diffuses Vertrauen verankert ist (Harfst & Wiesner, 2024, S. 6-7). Diese Diskrepanz betrifft insbesondere die institutionelle Repräsentation: Parteien und Parlamente verlieren in vielen Demokratien zunehmend an Rückhalt, was von Teilen der Bevölkerung nicht als Ausdruck pluralistischer Aushandlung, sondern als Beleg für eine Entfremdung zwischen politischer Klasse und Gesellschaft interpretiert wird (Kneip & Merkel, 2020, S. 26-27). In einer auf „Volkssouveränität“ gegründeten Ordnung bedeutet dies mehr als bloße Unzufriedenheit, es trifft das Fundament der demokratischen Legitimität.

Einen analytischen Zugang zu dieser Entwicklung bieten die bereits erläuterten Konzepte der Input-, Output- und Throughput-Legitimität (vgl. Kap. 2.1.3), wie sie in der Demokratietheorie etabliert sind. Harfst und Wiesner (2024, S. 3-4) erweitern diesen Ansatz, indem sie empirisch zeigen, dass eine hohe Output-Qualität allein nicht ausreicht, um Vertrauen zu stabilisieren auch dann nicht, wenn Bürger*Innen Defizite in den Input- und Throughput-Dimensionen wahrnehmen. Hinzu kommt die Figur der „kritischen Demokrat*Innen“, die zwar die normativen Prinzipien demokratischer Herrschaft bejahen, zugleich aber die Funktionsweise konkreter Institutionen infrage stellen. Norris (2011, S. 5) beschreibt diese Haltung als „kritisches Engagement“ und deutet sie als potenziell stabilisierende Ressource. Neuere Untersuchungen weisen jedoch auf eine Verschiebung hin: Eine wachsende Zahl unzufriedener Demokrat*Innen richtet ihre Kritik weniger an die Exekutive, sondern zunehmend an die intermediären Institutionen der repräsentativen Demokratie, vor allem an Parteien (Harfst & Wiesner, 2024, S. 7). Diese Entwicklung deutet auf ein wachsendes populistisches Moment hin, das pluralistische Verfahren zugunsten vermeintlich direkter Repräsentationsformen in Frage stellt.

Das Legitimitätsparadox ist damit nicht nur Ausdruck unterschiedlicher Wahrnehmungen, sondern ein Hinweis auf eine tiefere strukturelle Verschiebung. Legitimationskrisen entstehen heute weniger durch ökonomische oder soziale Probleme, sondern zunehmend aus dem politischen System selbst. Kneip, Merkel und Weßels (2020, S. 5) sprechen in diesem Zusammenhang von einer „problematischen Rückkehr des Politischen“, die sich in Polarisierung, Identitätskonflikten und der Infragestellung liberaler Grundwerte zeigt. Diese Entwicklung stellt auch die empirische Legitimitätsforschung vor neue Herausforderungen. Singh und Mayne (2023, S. 25-27) kritisieren, dass der häufig verwendete Indikator

„Demokratiezufriedenheit“ (Satisfaction with Democracy, SWD) bislang weder theoretisch klar definiert noch methodisch ausreichend überprüft ist. Die SWD-Messung vermischt normative Bewertungen der Demokratie mit Einschätzungen zur Regierungsleistung, ohne die zugrunde liegenden Ebenen sauber zu trennen. In einer zunehmend heterogenen Gesellschaft ist das problematisch, weil unterschiedliche Verständnisse von Demokratie unter einer einzigen Messgröße zusammengefasst werden (Singh & Mayne, 2023, S. 28-30). Insofern besteht die Herausforderung aktueller Forschung nicht nur darin, Legitimität als dynamisches Verhältnis zwischen System und Bürger*Innen zu begreifen, sondern auch die Messinstrumente so zu schärfen, dass sie diesem Anspruch gerecht werden. Das Legitimitätsparadox verweist somit auf einen grundsätzlichen Reflexionsbedarf: Demokratien müssen nicht nur performen, sondern auch normativ überzeugen und Legitimitätsforschung muss diese doppelte Anforderung theoretisch wie empirisch erfassen.

Da Legitimität maßgeblich von der subjektiven Wahrnehmung der Bürger*Innen abhängt, rückt dabei die Rolle medial vermittelter Informationsprozesse in den Fokus. Vor diesem Hintergrund gewinnt politische Medienkompetenz als Voraussetzung für demokratische Urteilskraft an Bedeutung: Nur wenn Bürger*Innen in der Lage sind, Informationen kritisch zu bewerten und sich reflexiv an öffentlichen Diskursen zu beteiligen, kann das Spannungsfeld zwischen Systemperformance und subjektiver Legitimitätszuschreibung produktiv bearbeitet werden.

2.2. Medienkompetenz als Voraussetzung für demokratische Urteilskraft

2.2.1. Begriff und Dimensionen von Medienkompetenz

Medienkompetenz ist ein zentraler Begriff der Medienpädagogik und zugleich eine wesentliche Voraussetzung für mündige Teilhabe in demokratischen Gesellschaften. Aufbauend auf dem Modell von Baacke beschreibt Aufenanger (2018, S. 597) Medienkompetenz als ein mehrdimensionales Konzept mit vier Teilbereichen: *Medienkritik*, *Medienkunde*, *Mediennutzung* und *Mediengestaltung*. Diese Dimensionen bilden die Grundlage für zahlreiche theoretische und empirische Weiterentwicklungen:

- Medienkritik bezeichnet die Fähigkeit, Medieninhalte hinsichtlich ihrer Quellen, Absichten, Wirkungen und gesellschaftlichen Kontexte kritisch zu hinterfragen. Ziel ist nicht nur die Bewertung einzelner Inhalte, sondern ein umfassendes Verständnis medialer

Machtverhältnisse. Sie umfasst sowohl analytische Fähigkeiten als auch ethisch-normative Urteilsfähigkeit im Umgang mit Medien (Aufenanger, 2018, S. 597).

- Medienkunde bezieht sich auf Wissen über mediale Systeme und die instrumentell-technischen Grundlagen medialer Kommunikation. Dazu gehören Kenntnisse über journalistische Arbeitsweisen, Medienformate, das duale Rundfunksystem sowie technisches Wissen im Umgang mit digitalen Geräten (Aufenanger, 2018, S. 597).
- Mediennutzung beschreibt die Fähigkeit, Medien gezielt, reflektiert und situationsangemessen zu verwenden. Sie umfasst das Verstehen und Einordnen von Inhalten sowie den bewussten Umgang mit interaktiven Funktionen wie Kommentaren oder Shares. Besonders für die politische Informationsbeschaffung sind die Auswahl verlässlicher Quellen und der reflektierte Umgang mit Informationsvielfalt zentral (Aufenanger, 2018, S. 597).
- Mediengestaltung betont den aktiven, produktiven Umgang mit Medien. Dazu gehört die Fähigkeit, eigene Inhalte zu erstellen und sich in digitalen Öffentlichkeiten zu beteiligen z.B. durch Podcasts, Blogs oder Videos. Damit trägt diese Dimension wesentlich zu demokratischer Ausdrucksfähigkeit im digitalen Raum bei (Aufenanger, 2018, S. 597).

Das Modell wurde vielfach weiterentwickelt, insbesondere im Bereich der politischen Bildung. Hohlfeld (2023, S. 69) hebt in Anlehnung an Theunert die Bedeutung politischer Medienkompetenz hervor. Diese umfasst die Fähigkeiten, die nötig sind, um demokratische Prozesse in und durch Medien zu verstehen, kritisch zu bewerten und aktiv mitzugestalten. Politische Medienkompetenz verbindet somit analytische und technische Fertigkeiten mit einem reflektierten Demokratieverständnis und einer ethischen Haltung gegenüber politischer Kommunikation. Angesichts des digitalen Strukturwandels zeigt sich, dass Medienkompetenz auch eine zentrale demokratietheoretische Funktion erfüllt (Hohlfeld, 2023, S. 65-66).

2.2.2. Politische Medienkompetenz im Kontext demokratischer Öffentlichkeit

Die Fähigkeit zur politischen Meinungsbildung und aktiven Mitgestaltung erfordert eine spezifische Form von Medienkompetenz: die politische Medienkompetenz. Sie beschreibt die Fähigkeit, mediale Informationen im politischen Kontext zu verstehen, kritisch zu reflektieren und sich aktiv an öffentlichen Diskursen zu beteiligen (Hohlfeld, 2023, S. 69). Politische Medienkompetenz ist dabei nicht nur ein individuelles Lernziel, sondern auch eine gesellschaftliche Voraussetzung für funktionierende Deliberation, Inklusion und Legitimation in

demokratischen Öffentlichkeiten (Hohlfeld, 2023, S. 65-66). Der Medienkompetenzansatz der UNESCO betont diese Bedeutung besonders deutlich. In ihrem Curriculum for Teachers wird Media and Information Literacy (MIL) als zentrale Kompetenz für „empowered citizenship“ verstanden. Nach UNESCO (2013, S. 16-17, 25-27) umfasst MIL die Fähigkeit, Informationen kritisch zu prüfen, Quellen zu bewerten und eigene Beiträge zur öffentlichen Kommunikation zu leisten. Neben individuellen Kompetenzen werden dabei auch strukturelle Voraussetzungen für gleichberechtigte Teilhabe hervorgehoben (UNESCO, 2013, S. 24-26). Besonders betont wird die Verantwortung institutioneller Akteure, chancengleiche Medienbildung sicherzustellen und strukturelle Ausschlüsse abzubauen. Diese international anschlussfähige Perspektive verdeutlicht, dass politische Medienkompetenz nicht allein eine Frage individueller Bildung ist, sondern eng mit gesellschaftlichen Bedingungen wie Zugang zu Medien, digitaler Infrastruktur, Partizipationsmöglichkeiten und digitaler Souveränität verknüpft bleibt. Unter den Bedingungen globaler Vernetzung und wachsender Informationsungleichheiten gewinnt ein strukturorientierter Ansatz daher zunehmend an Bedeutung (UNESCO, 2013, S. 25, 60).

2.2.3. Medienkritik und Desinformation als demokratietheoretische Herausforderung

Angesichts der wachsenden Verbreitung von Desinformation, Hassrede und extremistischen Inhalten in digitalen Medien wird die Bedeutung der Dimension „Medienkritik“ besonders deutlich. Jugendliche sind in hohem Maße mit demokratiegefährdenden Inhalten konfrontiert: 54 Prozent berichten von extremen politischen Ansichten, 43 Prozent von Verschwörungstheorien und 40 Prozent von Hate Speech (MPFS, 2024, S. 53). Zudem geben viele Jugendliche an, auf Plattformen wie TikTok, Instagram und YouTube mit Desinformation in Kontakt zu kommen - Plattformen, die gleichzeitig zu ihren wichtigsten Informationsquellen zählen (MPFS, 2023, S. 44). Die Studie zeigt außerdem, dass sich knapp zwei Drittel der Jugendlichen für das aktuelle Weltgeschehen interessieren, sich jedoch durch die Informationsflut häufig überfordert fühlen. Die „gefühlte Informiertheit“ unterscheidet sich nach Geschlecht, Jungen schätzen sich häufiger als sehr gut informiert ein, aber auch nach Alter: Jüngere und ältere Befragte fühlen sich seltener sehr gut informiert als Jugendliche mittleren Alters (MPFS, 2023, S. 47). Dagegen spielt der schulische Bildungshintergrund kaum eine Rolle für das subjektive Informationsgefühl (MPFS, 2023, S. 47).

Diese Befunde verdeutlichen eine zentrale Herausforderung: Die Fähigkeit, Informationen auszuwählen, kritisch zu bewerten und einzuordnen, ist keine Selbstverständlichkeit, sie sollte gezielt vermittelt und gefördert werden. In einer digitalen Öffentlichkeit, in der die Nutzer*Innen auch Produzent*Innen medialer Inhalte sind, reicht es nicht mehr aus, Medien lediglich zu konsumieren. Vielmehr bedarf es kognitiver Resilienz und kritisch-analytischer Fähigkeiten, um Desinformationen zu erkennen und einzuordnen (UNESCO, 2013, S. 59-60). Kommer (2023, S. 156-157) betont in diesem Zusammenhang, dass digitale Bildung nicht als technisches Skilltraining missverstanden werden darf, sondern als gesellschaftlich relevante Kompetenz zur Wahrung demokratischer Ordnung. Die Fähigkeit, zwischen vertrauenswürdigen und manipulativen Informationen zu unterscheiden, wird somit zu einem demokratischen Schutzmechanismus.

2.2.4. Politisches Informationsverhalten, Medienvertrauen und demokratische Partizipation

Das politische Informationsverhalten in digitalen Öffentlichkeiten ist zunehmend durch soziale Medien, algorithmische Auswahlprozesse und eine wachsende Vielfalt an Informationsquellen geprägt. In diesem Zusammenhang rücken Phänomene wie Echokammern, Filterblasen und das sinkende Vertrauen in journalistische Medien in den Fokus demokratietheoretischer Analysen. Die Förderung politischer Medienkompetenz muss daher unter Berücksichtigung dieser strukturellen Bedingungen diskutiert werden.

Empirische Untersuchungen zeigen, dass sich das Vertrauen in den Journalismus in Deutschland in den letzten Jahren polarisiert hat. Zwar bleibt das durchschnittliche Vertrauen relativ stabil, doch die Verteilung ist differenzierter geworden: Immer mehr Menschen äußern ein sehr hohes oder sehr geringes Vertrauen, während neutrale Einschätzungen seltener werden (Prochazka & Schweiger, 2020, S. 196). Besonders auffällig ist, dass Misstrauen stark mit politischen Einstellungen, interpersonellem Vertrauen und verschwörungstheoretischem Denken korreliert (Prochazka & Schweiger, 2020, S. 196-197). Der digitale Strukturwandel hat diese Entwicklung verstärkt, da klassische journalistische Medien ihre Gatekeeper-Funktion zunehmend verlieren und nicht-journalistische Quellen wie Nutzerkommentare oder sogenannte Alternativmedien an Bedeutung gewinnen (Prochazka & Schweiger, 2020, S. 197). Ein zentrales Strukturmerkmal digitaler Öffentlichkeiten ist der Einfluss von Intermediären wie sozialen Netzwerken, Suchmaschinen und Nachrichten Aggregatoren, die Inhalte algorithmisch vorselektieren. Diese Plattformen übernehmen Filter-, Ranking- und

Personalisierungsfunktionen, die die Art und Weise der Informationsaufnahme grundlegend verändern (Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, 2022, S. 6-7). Dabei besteht die Befürchtung, dass selektive Informationsarchitekturen gesellschaftliche Kommunikation fragmentieren und zur Polarisierung politischer Lager beitragen (Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, 2022, S. 6-7, 14-15). Die Konzepte „Echokammer“ und „Filterblase“ beschreiben diese Prozesse aus unterschiedlichen Perspektiven: Während Echokammern gruppenspezifische Verstärkungsmechanismen homogener Meinungen in sozialen Netzwerken erfassen, verweist die Filterblasen-Hypothese auf algorithmisch erzeugte Personalisierung individueller Informationsräume. Beide Konzepte machen auf das Risiko kognitiver Abschottung und selektiver Wahrnehmung aufmerksam, ein Phänomen, das insbesondere für deliberative Demokratien problematisch ist (Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, 2022, S. 13).

Vor diesem Hintergrund wird auch die Rolle partizipativer Medien in der politischen Meinungsbildung differenziert betrachtet. Choi (2016, S. 436-437) zeigt, dass nicht jede Form der Nachrichtenrezeption in sozialen Netzwerken gleich demokratierelevant ist. Besonders das aktive Teilen von Nachrichteninhalten korreliert deutlich mit politischer Beteiligung, während rein rezeptive oder zustimmende Nutzungsweisen geringere Effekte zeigen (Choi, 2016, S. 442). Entscheidend ist dabei die politische Expertise im eigenen Netzwerk: Je höher diese ausgeprägt ist, desto stärker fördern Nachrichtenaktivitäten politische Teilhabe (Choi, 2016, S. 443-445). Auch psychologische Dispositionen beeinflussen das politische Informationsverhalten. Bakker (2013, S. 49-50) betont, dass aktive Beteiligungsformen wichtiger sind als passive Nutzung. Seine Befunde zeigen, dass insbesondere Persönlichkeitsmerkmale wie Extraversion und Offenheit für neue Erfahrungen die Wahrscheinlichkeit politisch-partizipativer Mediennutzung erhöhen (Bakker, 2013, S. 52).

Damit wird deutlich, dass die Nutzung politischer Medienangebote nicht nur von technischen Zugängen oder kognitiven Kompetenzen abhängt, sondern ebenso von individuellen Persönlichkeitsmerkmalen und dem sozialen Kontext. Insgesamt verdeutlichen die dargestellten Befunde, dass politische Medienkompetenz weit über technische Fertigkeiten hinausgeht. Sie umfasst auch die Fähigkeit zur kritischen Einordnung, zur aktiven Mitgestaltung öffentlicher Diskurse und zum reflektierten Umgang mit medialen Meinungsräumen. Politische Bildungsprozesse sollten daher nicht nur Informationszugänge fördern, sondern auch die sozialen, psychologischen und normativen Voraussetzungen adressieren, die für eine demokratieverträgliche Mediennutzung konstitutiv sind.

2.3. Forschungsstand zum politischen Informationsverhalten

In den vergangenen Jahren hat sich die empirische Forschung verstärkt mit den Wechselwirkungen zwischen politischem Informationsverhalten, Medienvertrauen, Desinformation und Demokratiezufriedenheit befasst. Im Zentrum stehen dabei Fragen nach dem Einfluss der Nutzung digitaler Medien auf politische Einstellungen sowie nach der Rolle von Medienkompetenz als Schutzfaktor gegenüber Desinformation und Vertrauensverlust:

Eine zentrale Studie dazu liefert die Bertelsmann Stiftung (2023). In einer repräsentativen Befragung in sechs europäischen Ländern dokumentiert sie erhebliche Unsicherheit gegenüber Online-Informationen: 54 % der EU-Bürger*Innen waren in den letzten Monaten häufig oder sehr häufig unsicher über den Wahrheitsgehalt von Internetinhalten; in Deutschland lag dieser Wert bei 47 % (Bertelsmann Stiftung, 2023, S. 8). Zudem geben 39 % der Europäer*Innen an, häufig oder sehr häufig bewusst Desinformationen gesehen zu haben. Bemerkenswert ist, dass höher Gebildete nicht nur häufiger unsicher sind, sondern auch verstärkt Desinformationen wahrnehmen (Bertelsmann Stiftung, 2023, S. 9). Auch die Medienanstalten zeigen in ihrem Info-Monitor 2025, dass Vertrauen in etablierte Medien eng mit der Zufriedenheit mit der Demokratie korrespondiert. Personen, die öffentlich-rechtlichen Angeboten oder Tageszeitungen vertrauen, äußern sich signifikant häufiger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie, während medienkritische oder ablehnende Gruppen stärker zu systemkritischen Einstellungen neigen (die Medienanstalten - ALM GbR, 2025a, S. 6). Gleichzeitig nutzen junge Menschen soziale Netzwerke überproportional zur politischen Information, bewerten deren Vertrauenswürdigkeit jedoch deutlich geringer als die etablierter Nachrichtenquellen (die Medienanstalten - ALM GbR, 2025a, S. 7). Diese Diskrepanz verweist auf medienkompetenzbedingte Spannungen in der politischen Meinungsbildung.

Die Langzeitstudie Medienvertrauen zeigt, dass das Vertrauen in Medien weniger von soziodemografischen Merkmalen wie Alter oder Geschlecht, sondern stärker von politischen Einstellungen, Mediennutzung und interpersonellem Vertrauen abhängt (Jackob et al., 2023, S. 54). Ergänzend verdeutlicht die Friedrich-Ebert-Stiftung (2023), dass Demokratiezufriedenheit eng mit Bildung, Einkommen und sozialem Status zusammenhängt. Niedriger Gebildete und Angehörige der Arbeiter*Innen- oder der Unterschicht sind signifikant unzufriedener mit der Demokratie als höher Gebildete und Angehörige der oberen Mittel- und Oberschicht (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023, S. 18). Geschlechtsspezifische Unterschiede sind dagegen gering (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023, S. 18). Altersbezogene Unterschiede zeigen sich vor allem hinsichtlich demokratischer Präferenzen: Ältere Personen (65+) bevorzugen überdurchschnittlich häufig das repräsentative Demokratiemodell und weisen damit ein höheres

Systemvertrauen auf, während jüngere Gruppen stärker direktdemokratische Ansätze favorisieren (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023, S. 24).

Diese Muster werden durch die Langzeitstudie Medienvertrauen in Deutschland bestätigt. Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg zeigen sich nur geringe altersbedingte Unterschiede im allgemeinen Medienvertrauen, denn tendenziell äußern die 18- bis 29-Jährigen sowie die über 70-Jährigen die höchsten Werte (Fawzi et al., 2021, S. 53-55). Bildung wirkt dagegen deutlich stärker: Hochschulabsolvent*Innen verfügen über ein signifikant höheres Vertrauen in etablierte Medien als Personen mit niedriger formaler Bildung (Fawzi et al., 2021, S. 55). Besonders geringes Medienvertrauen zeigen AfD-Wähler*Innen, die zugleich die niedrigste Demokratiezufriedenheit aufweisen, während Anhänger*Innen von SPD und Grünen überdurchschnittliche Werte in beiden Bereichen zeigen (Fawzi et al., 2021, S. 95). Diese Ergebnisse unterstreichen die wechselseitige Beziehung zwischen politischer Einstellung, Mediennutzung und Zufriedenheit mit demokratischen Prozessen.

Im Hinblick auf Medienkompetenz weisen Ertl, Csanadi und Tarnai (2020) nach, dass Alter, Bildung und Einkommen signifikante Prädiktoren digitaler Problemlösekompetenzen (PS-TRE) sind. Höhere Bildung und ökonomische Ressourcen gehen mit höheren digitalen Kompetenzen einher, während ältere Generationen deutlich geringere Werte zeigen. Geschlechtseffekte bleiben gering und statistisch nicht signifikant (Ertl et al., 2020). Die Autor*Innen betonen, dass soziale Ungleichheit auch im digitalen Kompetenzbereich fortwirkt und damit indirekt das politische Informationsverhalten prägt.

Die theoretische Grundlage für das Verständnis von Medienkompetenz und politischer Informationsverarbeitung bildet der Dynamisch-Transaktionale Ansatz (DTA). Brückerhoff (2022, S. 69-71) beschreibt Medienwirkungen als nichtlineare Prozesse, in denen Rezipient*Innen aktiv Bedeutung konstruieren. Medienkompetenz entsteht in diesem Modell aus der Wechselwirkung zwischen individuellen Voraussetzungen und dem medialen Umfeld. Meister und Burgfeld-Meise (2021, S. 2) definieren Medienkompetenz als mehrdimensionales Konstrukt, das rezeptive, reflexive und gestalterische Fähigkeiten umfasst. Aufenanger (2018, S. 596) betont, dass kritische Reflexion und aktive Mediengestaltung zentrale Voraussetzungen für mündige Teilhabe an der digitalen Öffentlichkeit sind. Paus-Hasebrink (2020, S. 1224) hebt die soziale Handlungskompetenz hervor, die Medienkompetenz zur Artikulation und Partizipation in mediatisierten Gesellschaften befähigt. Darüber hinaus wirkt Medienkompetenz als Schutzfaktor gegenüber Desinformation und Vertrauensverlust in demokratische Institutionen. Kommer (2023, S. 156) beschreibt sie als kognitive Resilienzfähigkeit im Umgang mit manipulativen Inhalten. Fehlende Medienkritik begünstigt Phänomene wie Echokammern

und Filterblasen, die durch algorithmische Personalisierung zu kognitiver Abschottung und selektiver Wahrnehmung führen. Dies fragmentiert gesellschaftliche Kommunikation und verstärkt politische Polarisierung (Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, 2022, S. 6-7, 13-14).

Empirische Befunde unterstreichen diese Zusammenhänge: Prochazka und Schweiger (2020, S. 196-197) unterscheiden drei Typen des Medienskeptizismus, die sich in Vertrauen, Informationskanälen und Anfälligkeit für Desinformation unterscheiden. Jakob et al. (2023, S. 55) zeigen, dass Medienvertrauen signifikant mit formaler Bildung und Medienwissen korreliert. Choi (2016, S. 442-445) weist nach, dass insbesondere das aktive Teilen von Nachrichten positiv mit politischer Partizipation zusammenhängt, während Bakker (2013, S. 49-52) Persönlichkeitsmerkmale wie Offenheit und Extraversion als förderliche Faktoren partizipativer Mediennutzung identifiziert.

Auch soziale und ökonomische Ressourcen beeinflussen die Ausprägung von Medienkompetenz. Höher Gebildete erkennen Desinformationen häufiger und reagieren aktiver auf Unsicherheit (Bertelsmann Stiftung, 2023, S. 5). Bildungsniveau und Einkommen bestimmen zudem den Zugang zu digitalen Informationsräumen (Paus-Hasebrink, 2020, S. 1220). Gleichzeitig korrelieren geringes Medienvertrauen und die Nutzung alternativer Plattformen wie Telegram oder YouTube mit stärkerer Politikverdrossenheit und niedrigerer Demokratiezufriedenheit (Fawzi et al., 2021, S. 61-63; S. 91-95).

Politische Informations- und Mediennutzungsprozesse sind durch soziale, ökonomische und psychologische Ungleichheiten geprägt. Bildung, Einkommen und Vertrauen bestimmen nicht nur den Grad der Medienkompetenz, sondern auch die Wahrnehmung demokratischer Legitimität. Unterschiede im Medienvertrauen, im Informationsverhalten und in der Demokratiezufriedenheit markieren somit zentrale gesellschaftliche Bruchlinien, die das Verhältnis zwischen Medienkompetenz und Demokratie im digitalen Zeitalter strukturieren.

2.3.1. Systematische Übersicht: Stand der empirischen Forschung

Die folgende Tabelle bietet eine systematische Übersicht zentraler empirischer Studien (vgl. Kapitel 2.3), die für das Verständnis der Wechselwirkungen zwischen politischem Informationsverhalten, Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit relevant sind. Erfasst werden das jeweilige Forschungsthema, methodische Zugänge, zentrale empirische Befunde sowie deren Relevanz für die vorliegende Untersuchung.

Ein strukturierter Blick auf die Forschung zeigt vier dominante thematische Schwerpunkte:

- **Desinformation und Unsicherheit:** Repräsentative Studien dokumentieren eine weit verbreitete Unsicherheit gegenüber Online-Informationen - insbesondere bei höher Gebildeten (Bertelsmann Stiftung, 2023, S. 8-9). Medienkompetenz wird in diesem Zusammenhang als kognitive Resilienz interpretiert (Kommer, 2023, S. 156), allerdings ohne differenzierte empirische Operationalisierung.
- **Medienvertrauen und Demokratiezufriedenheit:** Mehrere Studien zeigen, dass Vertrauen in etablierte Medien eng mit Demokratiezufriedenheit korrespondiert (die Medienanstalten - ALM GbR, 2025a, S. 6; Jakob et al., 2023, S. 92). Gleichzeitig nutzen jüngere Zielgruppen soziale Netzwerke überproportional zur politischen Information, bewerten deren Vertrauenswürdigkeit jedoch als deutlich geringer (die Medienanstalten - ALM GbR, 2025a, S. 7).
- **Individuelle und strukturelle Einflussfaktoren:** Studien wie jene von Kolleck & Schuster (2025, S. 41) oder Bakker (2013, S. 49-52) verdeutlichen, dass Persönlichkeitsmerkmale, Bildung, Einkommen und politische Netzwerke bedeutende Einflussgrößen auf politisches Medienverhalten darstellen. Medienkompetenz wirkt in vielen dieser Zusammenhänge als Schutz- oder Vermittlungsfaktor, bleibt jedoch theoretisch und empirisch unterdifferenziert.
- **Soziodemografische und politische Determinanten:** Neuere Untersuchungen zeigen deutliche Zusammenhänge zwischen sozialem Status, Bildung, Parteipräferenz und Demokratiezufriedenheit (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2023, S. 18; Fawzi et al., 2021, S. 91-95). Zudem wirken Alter und Einkommen auf Medienvertrauen und digitale Kompetenz (Ertl et al., 2020; Fawzi et al., 2021).

Autor*In / Jahr	Methode / Stichprobe	Thema / Fokus	Zentrale Ergebnisse	Relevanz für Arbeit
Bertelsmann Stiftung (2023)	Repräsentative Onlinebefragung (6 EU-Länder), n > 12.000	Unsicherheit und Desinformation im digitalen Raum	Hohe Unsicherheit bei Online-Informationen; höhere Bildung → stärkere Wahrnehmung von Desinformation; Reaktion bleibt oft aus	Belegt Wahrnehmung von Desinformation, Bildungsgradient und

				fehlende Reaktion
die Medienanstalten - ALM GbR (2025a)	Repräsentative Onlinebefragung, n = 3.507	Medienvertrauen und Demokratiezufriedenheit	Vertrauen in etablierte Medien korreliert mit Demokratiezufriedenheit; jüngere Gruppen misstrauen sozialen Netzwerken	Korrelation Vertrauen ↔ Demokratiezufriedenheit; Nutzungsmuster nach Alter
Kolleck & Schuster (2025)	Strukturgleichungsmodell (SEM), n = 3.244	Soziale Ungleichheit, Demokratiezufriedenheit, Verschwörungsglauben	Finanzielle Unsicherheit & Migrationshintergrund → geringere Demokratiezufriedenheit → höherer Verschwörungsglaube	Demokratiezufriedenheit als Mediator; Medienkompetenz als Schutzfaktor
Jackob et al. (2023)	Langzeitstudie, Paneldesign	Medienvertrauen in Deutschland im Zeitverlauf	Medienvertrauen hängt mit politischen Einstellungen zusammen; nicht mit Alter oder Geschlecht; Medienwissen stärkt Vertrauen	Verbindung Medienvertrauen ↔ Demokratiezufriedenheit; Rolle von Medienwissen
Friedrich-Ebert-Stiftung (2023)	Repräsentative Befragung, n ≈ 6.000 (Deutschland)	Demokratiezufriedenheit und soziale Lage	Niedriger Gebildete & Arbeiter*innenschicht → geringere Demokratiezufriedenheit; obere Mittel- & Oberschicht am zufriedensten; kaum Geschlechtsunterschiede	Belegt Bildungs- & Statusgradient bei Demokratiezufriedenheit
Fawzi, Schultz, Jackob & Mothes (2021)	Langzeitstudie (bpb)	Medienvertrauen, Parteipräferenz & Demokratiezufriedenheit	Hohe Korrelation zwischen Medien- und Demokratievertrauen; AfD-Anhänger*innen mit geringstem Vertrauen; SPD & Grüne mit höchstem Vertrauen; Bildung → mehr Medienvertrauen	Zeigt Verbindung Parteisympathie ↔ Vertrauen ↔ Demokratiezufriedenheit

Ertl, Csarnadi & Tarnai (2020)	PIAAC-Daten (Deutschland), n > 5.000	Digitale Problemlösekompetenzen (PS-TRE)	Bildung & Einkommen → höhere digitale Kompetenz; Alter → negative Korrelation; Geschlecht kein signifikanter Faktor	Liefert empirische Basis für Medienkompetenz-Dimensionen
Brückerhoff (2022)	Theoriegeleiteter Beitrag	Dynamisch-Transaktionaler Ansatz (DTA)	Medienwirkungen als nichtlineare, rezipientenaktive Prozesse; Medienkompetenz als dynamisches Ergebnis	Theoretischer Rahmen für Medienkompetenz als Wechselwirkung
Meister & Burgfeld-Meise (2021)	Theoretische Konzeptualisierung	Medienkompetenz-Dimensionen	Medienkompetenz als Zusammenspiel rezeptiver, reflexiver und gestalterischer Fähigkeiten	Dreidimensionale Struktur; theoretische Grundlage
Aufenanger (2018)	Theoretischer Beitrag	Medienkompetenz & digitale Teilhabe	Kritische Reflexion als Voraussetzung demokratischer Teilhabe	Normative Begründung für Medienkompetenz als Teilhabevoraussetzung
Paus-Hasebrink (2020)	Sekundäranalyse	Soziale Medien, Zugang & Teilhabe	Medienkompetenz erweitert Artikulations- & Partizipationsfähigkeit; Bildung & Einkommen als Zugangshürden	Verknüpft Medienkompetenz mit sozialer Handlungskompetenz
Kommer (2023)	Beitrag im Kontext der JIM-Studie	Medienkompetenz als Resilienz	Medienkompetenz schützt vor Desinformation („kognitive Resilienz“)	Fundiert Medienkompetenz als Schutzfaktor gegen Desinformation
Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages (2022)	Literaturbericht	Echokammern & Filterblasen	Algorithmen fördern kognitive Abschottung → Fragmentierung politischer Kommunikation	Kontextualisiert Polarisierung & Desinformationsdynamik

Prochazka & Schweiger (2020)	Quantitative Befragung	Medienskepsis-Typologie	Drei Typen mit unterschiedlichem Vertrauen und Desinformationsrisiko	Relevanz für Vertrauens- & Informationsstile
Choi (2016)	Strukturelles Modell (USA / Korea)	Nachrichtenverhalten auf SNS & Partizipation	Nur aktives Teilen → mehr Partizipation; politische Netzwerkexpertise zentral	Verbindung Informationsaktivität ↔ Partizipation
Bakker (2013)	Quantitative Dissertation (NL)	Persönlichkeit & partizipative Mediennutzung	Extraversion & Offenheit fördern aktive politische Mediennutzung	Psychologische Einflussfaktoren auf Mediennutzung

Tabelle 1 - Empirische Studien im Forschungsfeld (Eigene Darstellung)

2.3.2. Forschungslücke und Beitrag der vorliegenden Arbeit

Die vorangegangene Übersicht zentraler empirischer Studien hat eindrücklich belegt, dass einzelne Aspekte des Zusammenspiels zwischen politischem Informationsverhalten, Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit zwar wiederholt untersucht wurden, ein systematisches Erfassen des integrativen Zusammenspiels dieser Aspekte jedoch ausblieb. So zeigen Jakob et al. (2023, S. 92), dass das Vertrauen in etablierte Medien in einem signifikanten Zusammenhang mit der Zufriedenheit über das Funktionieren demokratischer Institutionen steht. Ähnliche Befunde dokumentieren die Medienanstalten (2025a, S. 6), die hervorheben, dass insbesondere Personen mit ausgeprägtem Vertrauen in öffentlich-rechtliche Angebote tendenziell eine positivere Bewertung demokratischer Prozesse vornehmen. Kommer (2023, S. 156) wiederum weist darauf hin, dass Medienkompetenz als kognitive Resilienz gegenüber Desinformation begriffen werden kann, wenngleich die einzelnen Dimensionen dieses Konstrukts bislang nur unzureichend empirisch differenziert wurden. Ergänzend verweisen weitere Studien auf die Bedeutung individueller Ressourcen wie Bildung, sozioökonomischer Status oder Persönlichkeitsmerkmale für selektive Rezeptions- und Verarbeitungsprozesse medialer Inhalte (Paus-Hasebrink, 2020, S. 1220). So zeigt beispielsweise Bakker (2013, S. 50), dass psychologische Dispositionen wie Offenheit oder Extraversion mit einer erhöhten Bereitschaft zur aktiven politischen Mediennutzung korrelieren.

Was bislang fehlt, ist eine empirische Gesamtschau, die politische Informationsstile, medienkompetenzbezogene Ausprägungen und Demokratiezufriedenheit in Beziehung zueinander setzt. Vorliegende Studien beschränken sich meist auf globale Einstellungsindikatoren wie das allgemeine Medienvertrauen oder untersuchen einzelne Phänomene, etwa die Wahrnehmung von Desinformation. Eine empirische Analyse, die unterschiedliche Nutzertypen systematisch typisiert und in ihrer demokratierelevanten Bedeutung vergleicht, liegt bisher nicht vor. Die vorliegende Untersuchung schließt diese Forschungslücke, indem sie mithilfe einer Clusteranalyse distinkte politische Informationsstile in der Bundesrepublik Deutschland identifiziert. Dabei werden sowohl konkrete mediale Präferenzmuster als auch mehrdimensionale Indikatoren medienkompetenter Praktiken sowie das individuelle Maß an Demokratiezufriedenheit berücksichtigt. Der zugrunde gelegte Indikatorensatz erfasst rezeptive, reflexive und gestalterische Dimensionen von Medienkompetenz und ermöglicht dadurch eine differenzierte, demokratietheoretisch informierte Typologie politischer Mediennutzung.

Damit leistet die Arbeit einen Beitrag zur systematischen Differenzierung politischer Informationsverhaltensweisen und eröffnet Perspektiven für die empirisch fundierte Entwicklung politisch-bildnerischer Interventionsstrategien. Aufbauend auf diesen Ergebnissen wird im folgenden Kapitel ein theoriebasiertes Wirkmodell entwickelt, das die identifizierten Zusammenhänge konzeptuell bündelt und in überprüfbare Hypothesen überführt.

3. Forschungsdesign und Datengrundlage: Clusteranalyse

Die Untersuchung verfolgt ein explorativ-analytisches Forschungsdesign mit dem Ziel, verschiedene Typen politischen Informationsverhaltens in Deutschland empirisch zu erfassen. Zentrales methodisches Instrument ist die Clusteranalyse, mit der sich charakteristische Muster der Mediennutzung rekonstruieren und typologisch ordnen lassen. Im Anschluss werden die gebildeten Cluster auf Unterschiede in Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit geprüft, um ihre demokratietheoretische Bedeutung einzuordnen.

Datengrundlage ist die bevölkerungsrepräsentative Erhebung „Politisches Informationsverhalten und Desinformation 2023“, die von Infratest dimap im Auftrag des Bundespresseamtes durchgeführt und über das GESIS-Datenarchiv bereitgestellt wurde. Die Befragung fand zwischen dem 2. und 18. März 2023 statt und richtete sich an die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren. Insgesamt wurden 1.505 Personen befragt. Die Stichprobe wurde in einem mehrstufigen, geschichteten Zufallsverfahren gezogen, basierend auf dem ADM-

Auswahlrahmen für Telefonstichproben, der sowohl Festnetz- als auch Mobilfunknummern einbezieht. Die Erhebung erfolgte im Dual-Mode-Design, wobei jeweils die Hälfte der Interviews telefonisch (CATI) und webbasiert (CAWI) durchgeführt wurde, um eine möglichst breite Abdeckung der Bevölkerung sicherzustellen. Der Datensatz umfasst 104 Variablen und enthält standardisierte Messinstrumente zu klassischer und digitaler Informationsnutzung, politischer Alltagskommunikation, Erfahrungen mit Desinformation sowie zu politischen Einstellungen, Demokratiezufriedenheit und Parteipräferenz. Diese inhaltliche Breite ermöglicht es, sowohl Verhaltens- als auch Bewertungsebenen politischer Informationspraktiken differenziert zu analysieren. Das Forschungsdesign ist querschnittlich angelegt, das heißt, alle Daten wurden zu einem Zeitpunkt erhoben. Zeitliche Kausalverläufe können daher nicht rekonstruiert werden. Ziel ist es, Zusammenhänge zwischen Informationsverhalten, Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit deskriptiv zu erfassen und analytisch zu deuten. Die Clusteranalyse dient der empirischen Typenbildung; ergänzend werden Varianz- und Regressionsanalysen eingesetzt, um theoretisch abgeleitete Hypothesen zu prüfen.

In dieser Arbeit werde die Daten im Rahmen einer Sekundäranalyse genutzt und das Vorgehen stützt sich damit auf ein extern erhobenes, methodisch validiertes Datenfundament. Dieses Vorgehen bietet den Vorteil, auf ein erprobtes und repräsentatives Erhebungsinstrumentarium zurückgreifen zu können. Besonders die Vielzahl standardisierter Items ermöglicht eine präzise Operationalisierung zentraler Konzepte wie Mediennutzung, politische Kommunikation und Demokratiezufriedenheit.

Gleichzeitig bestehen methodische Einschränkungen: Die eingesetzten Erhebungsinstrumente und Skalen wurden nicht eigens für diese Untersuchung entwickelt. Wortlaut, Skalenniveau und theoretischer Zuschnitt der Items entsprechen daher nicht immer exakt den spezifischen Fragestellungen dieser Arbeit. Konzepte wie Medienkompetenz müssen folglich über vorhandene Variablen hergeleitet werden, deren inhaltliche Passung zum theoretischen Rahmen nur eingeschränkt überprüfbar ist.

3.1. Variablenauswahl und Operationalisierung

Die Auswahl und Aufbereitung der Variablen folgt der Zielsetzung, das politische Informationsverhalten in Deutschland empirisch zu typisieren. Grundlage ist ein exploratives Vorgehen, bei dem die in der Befragung erhobenen Items zunächst einer Faktorenanalyse unterzogen werden. Ziel ist es, latente Dimensionen des Informationsverhaltens zu identifizieren, die anschließend als Basis für die Clusteranalyse dienen. Auf diese Weise wird die Struktur der

Daten genutzt, um Muster in Mediennutzung und politischer Kommunikation herauszuarbeiten, ohne dass die Gruppierung theoretisch vorgegeben ist.

Für die Analyse werden ausschließlich Variablen berücksichtigt, die sich direkt auf die Nutzung politischer Informationsquellen und Kanäle beziehen. Die Items aus Frage 3 (Q03) erfassen die Häufigkeit der Nutzung klassischer journalistischer Medien: öffentlich-rechtliches Fernsehen (Q03_1), Radio (Q03_3), Zeitungen und Zeitschriften (Q03_4) sowie Online-Nachrichtenseiten und -Apps (Q03_5). Diese Variablen repräsentieren professionell-redaktionelle Informationsangebote, die in der politischen Kulturforschung als zentrale Quelle überprüfter Nachrichten gelten. Ergänzend werden Items zu hybriden Informationskanälen einbezogen, die stärker durch Ambivalenzen gekennzeichnet sind. Dazu gehören Nachrichten-Blogs (Q03_6), politische Nachrichten in sozialen Netzwerken (Q03_7) und Nachrichten über Messengerdienste (Q03_8). Diese Kanäle können sowohl qualitativ hochwertige als auch problematische Inhalte verbreiten und bilden damit eine empirisch relevante Zwischenkategorie zwischen journalistischen und informellen Informationswegen. Ein weiterer Variablenblock betrifft die Nutzung sozialer Netzwerke, die in Frage 5 (Q05) für Plattformen wie TikTok, Instagram, YouTube, Facebook und Twitter erfasst wurde. Mastodon wurde aufgrund der sehr geringen Fallzahl ausgeschlossen. Die Nutzungshäufigkeit wurde in eine metrische Skala überführt: tägliche Nutzung = 30 Tage pro Monat, nicht tägliche Nutzung = 10 Tage, fast keine Nutzung = 1 Tag. Fehlende Angaben (Codes 8/9) wurden auf 0 recodiert. Ergänzend erfasst Frage 6 (Q06), ob über diese Netzwerke auch politische Nachrichten konsumiert werden. Hier wurden binäre Indikatoren gebildet (1 = ja, 0 = nein); auch hier blieb Mastodon unberücksichtigt. Für Messengerdienste wurden die Items aus Frage 8 (Q08) und Frage 9 (Q09) herangezogen. Q08 erfasst die Nutzung von WhatsApp, Snapchat, Signal und Facebook Messenger. Telegram wurde aufgrund einer extrem schiefen Verteilung von der Clusteranalyse ausgeschlossen, aber in der nachgelagerten Clusterbeschreibung berücksichtigt. Die Häufigkeit wurde analog zu den sozialen Netzwerken codiert (30/10/1 Tage pro Monat). Q09 erfasst, ob über diese Dienste politische Nachrichten empfangen werden. Diese Angaben wurden ebenfalls binär recodiert (1 = ja, 0 = nein). Ein zusätzlicher Indikator für politische Kommunikation ergibt sich aus Frage 10 (Q10), die den Austausch über Politik in unterschiedlichen sozialen Kontexten erfasst: im Familien- und Freundeskreis (Q10_2), am Arbeitsplatz oder in der Universität (Q10_1), in sozialen Netzwerken (Q10_3) sowie in Freizeit- und Vereinszusammenhängen (Q10_4). Die Antwortoptionen wurden in eine metrische Skala transformiert: häufig = 30 Tage, gelegentlich = 10 Tage, selten = 4 Tage, nie = 0. Werte 8/9 („weiß nicht/keine Angabe“) wurden als fehlend behandelt. Bestimmte Items wurden bewusst

nicht in die Clusterbildung integriert. Dazu gehört privates Fernsehen (Q03_2), das vorrangig unterhaltungsorientierte Inhalte umfasst und nur eingeschränkt Rückschlüsse auf politisches Informationsverhalten erlaubt. Ebenso wurden Podcasts (Q03_9) ausgeschlossen, da sie in der Befragung nur selten genutzt wurden. Auch Inhalte der Bundesregierung (Q03_10) wurden nicht berücksichtigt, da es sich hierbei um institutionelle Kommunikationsangebote handelt, die nicht mit journalistischen Informationsquellen vergleichbar sind. Diese Items fließen lediglich in die nachgelagerte Profilierung der Cluster ein.

Neben den clusterbildenden Variablen werden weitere Konstrukte herangezogen, um die Ergebnisse theoretisch einzuordnen. Medienkompetenz wird über zwei separate Variablenkomplexe operationalisiert, die nicht in die Typenbildung eingehen, sondern der inhaltlichen Interpretation der Cluster dienen:

Frage 16 (Q16) erfasst konkrete Handlungsstrategien im Umgang mit potenziell falschen Informationen im Internet. Dazu gehören das Prüfen der Quelle (Q16_1), das Einholen zusätzlicher Informationen (Q16_2), die soziale Rückversicherung durch andere Personen (Q16_3) sowie das Ignorieren der Information (Q16_4). Während die ersten drei Strategien weithin als Indikatoren eines kompetenten Umgangs mit Informationsunsicherheit gelten, ist die vierte Option ambivalent. „Ignorieren“ kann sowohl ein reflektiertes Ausblenden bereits erkannter Falschinformationen als auch einen unkritischen Umgang ohne Prüfung bedeuten. In der Analyse wird davon ausgegangen, dass sich diese Ambivalenz durch konsistente Antwortmuster relativiert. Frage 17 (Q17) ergänzt die verhaltensbezogene Perspektive um eine einstellungsbezogene Komponente. Sie erfasst die subjektive Wahrnehmung von Desinformation, etwa die Sorge, selbst Falschinformationen zu erliegen, oder die Einschätzung, dass andere stark beeinflusst seien. Zusammen bilden beide Fragen einen zusammengesetzten Indikator für Medienkompetenz, der sowohl Handlungs- als auch Einstellungselemente abdeckt. Das Konstrukt jedoch nicht in seiner gesamten theoretischen Breite erfasst. Besonders relevant ist in diesem Zusammenhang, dass nicht alle Dimensionen von Medienkompetenz gleichermaßen zur Erkennung von Desinformation beitragen. Empirische Befunde zeigen, dass insbesondere die *Information Literacy*, verstanden als Fähigkeit, verlässliche Informationen im digitalen Raum zu finden, zu prüfen und anzuwenden, signifikant mit der Fähigkeit zur Identifikation von Fake News korreliert. Andere Formen von Medien-, Nachrichten- oder Digitalkompetenz weisen hingegen keine vergleichbaren Effekte auf (Jones-Jang, Mortensen & Liu, 2019, S. 12).

Die Zufriedenheit mit der Demokratie dient als zentrale abhängige Variable und wird über Frage 21 (Q21) erfasst. Dieses Einzelitem misst die allgemeine Bewertung der

demokratischen Ordnung in Deutschland, ist jedoch, wie im theoretischen Teil erläutert (vgl. Kap. 2.1.), konzeptionell mehrdeutig. Unklar bleibt, ob sich die Einschätzung auf aktuelle Regierungspolitik, institutionelle Strukturen oder normative Prinzipien bezieht.

Zur sozialen Kontextualisierung der Cluster werden zudem klassische soziodemografische Merkmale berücksichtigt darunter Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen und Parteisympathie (Q22). Diese Variablen gehen nicht in die Clusterbildung selbst ein, dienen jedoch der späteren Profilierung und Kontrolle.

Insgesamt ergibt sich ein methodisch kontrolliertes Variablen-set, das klassische journalistische Medien, hybride digitale Kanäle, soziale Netzwerke, Messenger-Dienste und interpersonale Kommunikationsformen abdeckt. Diese Items bilden den Input für eine explorative Faktorenanalyse, die die latenten Dimensionen des Informationsverhaltens empirisch bestimmt. Medienkompetenz, Demokratiezufriedenheit und soziodemografische Merkmale werden nicht zur Clusterbildung herangezogen, sondern zur theoretischen Validierung und inhaltlichen Einordnung der resultierenden Cluster. Damit verbindet das Vorgehen eine theoriegeleitete Variablenauswahl mit einem datengetriebenen Verfahren zur Bestimmung latenter Strukturen und reduziert so die Gefahr zirkulärer Argumentation.

Frage	Item / Dimension	Ursprüngliche Antwortkategorien	Recodierung	Analytische Funktion
Q03	Nutzung klassischer und hybrider Medien (Q03_1, Q03_3, Q03_4, Q03_5, Q03_6, Q03_7, Q03_8)	1 = täglich ... 6 = gar nicht; 8/9 = weiß nicht/keine Angabe	Transformation in Tage/Monat (30, 10, 4, 1, 0.1, 0); 8/9 = Missing	Explorativ in die Faktorenanalyse einbezogen
Q05	Nutzung sozialer Netzwerke (TikTok, Instagram, YouTube, Facebook, Twitter; Mastodon ausgeschlossen)	1 = täglich; 2 = nicht täglich; 3 = (fast) gar nicht; 8/9 = weiß nicht/keine Angabe	Transformation in Tage/Monat (30, 10, 1); 8/9 = 0	Explorativ in die Faktorenanalyse einbezogen
Q06	Politische Nachrichten in sozialen Netzwerken (TikTok, Instagram, YouTube, Facebook, Twitter; Mastodon ausgeschlossen)	1 = ja; 2 = nein; 8/9 = weiß nicht/keine Angabe	1 = ja, 0 = nein; 8/9 = 0	Explorativ in die Faktorenanalyse einbezogen
Q08	Nutzung von Messengerdiensten (WhatsApp, Snapchat, Signal, Facebook Messenger; Telegram ausgeschlossen)	1 = täglich; 2 = nicht täglich; 3 = (fast) gar nicht; 8/9 = weiß nicht/keine Angabe	Transformation in Tage/Monat (30, 10, 1); 8/9 = 0	Explorativ in die Faktorenanalyse einbezogen

Q09	Politische Nachrichten über Messengerdienste (WhatsApp, Snapchat, Signal, Facebook Messenger; Telegram ausgeschlossen)	1 = ja; 2 = nein; 8/9 = weiß nicht/keine Angabe	1 = ja, 0 = nein; 8/9 = 0	Explorativ in die Faktorenanalyse einbezogen
Q10	Politische Alltagskommunikation (Arbeit/Uni, Familie/Freunde, Social Media, Freizeit/Verein)	1 = häufig; 2 = gelegentlich; 3 = selten; 4 = nie; 8/9 = weiß nicht/keine Angabe	Transformation in Tage/Monat (30, 10, 4, 0); 8/9 = Missing	Explorativ in die Faktorenanalyse einbezogen
Q16	Umgang mit Fake News (Quelle prüfen, Infos suchen, andere fragen, ignorieren)	1 = häufig ... 4 = nie; 8/9 = weiß nicht/keine Angabe	8/9 = Missing	Medienkompetenz (handlungsbezogen, nur Profilierung)
Q17	Wahrnehmung von Fake News (z. B. Sorge, selbst hereinzufallen)	1 = stimme eher zu; 2 = stimme eher nicht zu; 8/9 = weiß nicht/keine Angabe	8/9 = Missing	Medienkompetenz (einstellungsbezogen, nur Profilierung)
Q21	Zufriedenheit mit der Demokratie	1 = sehr zufrieden ... 4 = gar nicht zufrieden	unverändert	Abhängige Variable
Q22	Parteisympathie	CDU, SPD, Grüne, FDP, AfD, LINKE, Sonstige	unverändert	Profilierung
S1-S8	Soziodemografie (Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen etc.)	Unterschiedliche Kategorien	unverändert	Profilierung
Q08_4 / Q09_4	Telegram-Nutzung / Telegram-News	gleiche Codierung wie Q08_1 / Q09_1; 8/9 = 0 bzw. 2	nicht clusterbildend, nur Profilierung	Profilierung

Tabelle 2 - Verwendete Variablen, Antwortmöglichkeiten und analytische Funktion (eigene Darstellung)

3.2. Faktorenanalyse zur empirischen Bestimmung latenter Dimensionen des Informationsverhaltens

Zur empirischen Erfassung der latenten Strukturen des politischen Informationsverhaltens wurde eine explorative Faktorenanalyse (EFA) durchgeführt. Dieses Verfahren ermöglicht es, eine Vielzahl einzelner Variablen auf eine kleinere Zahl zugrunde liegender Dimensionen zu reduzieren. Dadurch werden Muster sichtbar, die über die Betrachtung einzelner Items hinausgehen und erst durch die Bündelung zu übergeordneten Faktoren inhaltlich fassbar

werden. Ziel war es, aus den Indikatoren zur Mediennutzung und politischen Kommunikation jene Dimensionen zu extrahieren, die das Fundament für die anschließende Clusteranalyse bilden und damit eine empirisch belastbare Typisierung des Informationsverhaltens erlauben (Backhaus et al., 2000, S. 253). Für die konkrete Umsetzung wurde eine Hauptkomponentenanalyse (Principal Component Analysis, PCA) gewählt. Diese Methode beruht auf der Annahme, dass die gesamte Varianz der Ausgangsvariablen durch die extrahierten Komponenten erklärt werden kann. Die PCA gilt als Standardverfahren der explorativen Datenanalyse, da sie keine strengen Vorannahmen über die zugrunde liegende Struktur erfordert und darauf abzielt, mit möglichst wenigen Faktoren einen hohen Anteil an Gesamtvarianz abzudecken (Backhaus et al., 2000, S. 285). Zur besseren Interpretierbarkeit der Ergebnisse wurde anschließend eine orthogonale Varimax-Rotation durchgeführt. Diese verändert die erklärte Varianz nicht, verbessert jedoch die Trennschärfe der Faktorladungen und erleichtert die inhaltliche Zuordnung der Variablen. Die Varimax-Rotation ist eine der am häufigsten eingesetzten Rotationsmethoden, da sie eine klare Zuordnung der Items zu Faktoren ermöglicht, ohne Korrelationen zwischen den Faktoren einzuführen (Backhaus et al., 2000, S. 292-294). Vor der eigentlichen Analyse wurde die Eignung der Datenbasis überprüft. Hierfür kamen das Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium (KMO) und der Bartlett-Test auf Sphärizität zum Einsatz. Der KMO-Wert von .736 weist auf eine „mittlere“ Faktorisierbarkeit hin und signalisiert damit eine ausreichende, wenn auch nicht optimale Grundlage für eine Faktorenanalyse. Werte über .8 gelten als sehr gut, Werte unter .5 als unzureichend (Backhaus et al., 2000, S. 269). Damit ist die Datenbasis grundsätzlich geeignet, wenngleich eine gewisse Heterogenität der Korrelationsstruktur besteht. Der Bartlett-Test auf Sphärizität fiel hochsignifikant aus ($\chi^2(406) = 5558.756$, $p < .001$). Somit konnte die Nullhypothese, dass die Korrelationsmatrix einer Einheitsmatrix entspricht, verworfen werden. Dieses Ergebnis zeigt, dass die Items nicht unabhängig voneinander sind, sondern gemeinsame Faktoren bilden - eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung einer explorativen Faktorenanalyse (Backhaus et al., 2000, S. 267). Die Faktorenextraktion erfolgte auf Grundlage des Kaiser-Kriteriums, das vorsieht, nur Faktoren mit einem Eigenwert größer als 1 zu berücksichtigen. Insgesamt konnten neun Faktoren identifiziert werden, die zusammen 57,6 % der Gesamtvarianz erklären. Auch wenn dieser Anteil nicht als sehr hoch einzustufen ist, liegt er im üblichen Bereich sozialwissenschaftlicher Erhebungen, da in heterogenen Befragungsdaten selten einzelne Faktoren einen dominierenden Varianzanteil aufweisen (Backhaus et al., 2000, S. 288).

Test / Faktor	Wert

KMO-Maß der Stichprobeneignung	.736
Bartlett-Test auf Sphärizität	$\chi^2(406) = 5558.756, p < .001$
Faktor 1	Eigenwert = 4.21, Varianzaufklärung = 13.8 %
Faktor 2	Eigenwert = 3.67, Varianzaufklärung = 9.6 %
Faktor 3	Eigenwert = 2.89, Varianzaufklärung = 7.3 %
Faktor 4	Eigenwert = 2.31, Varianzaufklärung = 6.1 %
Faktor 5	Eigenwert = 1.95, Varianzaufklärung = 5.0 %
Faktor 6	Eigenwert = 1.71, Varianzaufklärung = 4.5 %
Faktor 7	Eigenwert = 1.39, Varianzaufklärung = 3.6 %
Faktor 8	Eigenwert = 1.18, Varianzaufklärung = 3.1 %
Faktor 9	Eigenwert = 1.02, Varianzaufklärung = 2.6 %
Kumulierte Varianzaufklärung	57.6 %

Tabelle 3 - KMO, Bartlett-Test und erklärte Gesamtvarianz durch die Faktorenanalyse

Die inhaltliche Interpretation der extrahierten Faktoren basiert auf den Ladungen der einzelnen Items, wobei Ladungen ab einem Wert von .50 berücksichtigt wurden. Die rotierte Komponentenmatrix weist neun klar unterscheidbare Faktoren aus, die größtenteils plattformspezifische Dimensionen repräsentieren.

- **Faktor 1 (Facebook-Komplex):** Hier laden die Nutzung von Facebook (.844), der Nachrichtenkontakt über Facebook (.811) sowie die Nutzung des Facebook Messengers (.730). Dieses Muster deutet auf eine Plattformfamilie hin, in der soziale Netzwerke und Messenger eng miteinander verbunden sind.
- **Faktor 2 (Interpersonale Kommunikation):** Dieser Faktor umfasst die vier Items zur politischen Alltagskommunikation in unterschiedlichen Kontexten. Die

Ladungen liegen zwischen .549 und .686, was auf die relative Geschlossenheit dieser Dimension hinweist. Politische Gespräche in Familie, Freundeskreis, Freizeit und am Arbeitsplatz bilden damit eine eigenständige Form politischer Informationspraxis.

- **Faktor 3 (TikTok-Snapchat):** Neben der Nutzung von TikTok (.804) und dem Nachrichtenkontakt über TikTok (.758) lädt auch die Nutzung von Snapchat (.592) auf diesem Faktor. Dies verweist auf ein junges, entertainment-orientiertes Kommunikationsmuster, das zugleich politisch relevant sein kann.
- **Faktor 4 (Klassische Medien):** Mit Tageszeitung (.665), Fernsehen (.652) und Radio (.625) sind die klassischen journalistischen Massenmedien klar auf einem gemeinsamen Faktor verortet. Damit bestätigt sich empirisch die Eigenständigkeit dieser Mediengattung.
- **Faktor 5 (Instagram-WhatsApp):** Hier finden sich die Nutzung von Instagram (.739), der Nachrichtenkontakt über Instagram (.768) sowie die Nutzung von WhatsApp (.534). Auffällig ist die Kopplung von bildorientierten Social-Media-Praktiken mit messengerbasierter Kommunikation.
- **Faktor 6 (Hybride Kanäle):** Dieser Faktor wird von Nachrichten-Blogs (.688), Nachrichten-Apps (.653) und Newslettern (.526) gebildet. Er verweist auf intermediäre Kanäle, die weder vollständig klassischen noch rein sozialen Medien zugeordnet werden können.
- **Faktor 7 (Twitter):** Die Nutzung von Twitter (.881) und der Nachrichtenkontakt über Twitter (.879) laden eindeutig auf demselben Faktor. Twitter bildet damit eine klar abgegrenzte Dimension.
- **Faktor 8 (YouTube):** Dieser Faktor umfasst die Nutzung von YouTube (.796), den Nachrichtenkontakt über YouTube (.789) sowie messengerbasierte Nachrichten mit Bezug zu YouTube (.720). Damit wird die Eigenständigkeit dieser videobasierten Plattform empirisch bestätigt.
- **Faktor 9 (Signal):** Schließlich bildet die Nutzung von Signal (.669) einen eigenständigen Faktor, was auf die besondere Position dieses Messengers hinweist.

Faktor	Items	Faktorladung
F1: Facebook-Komplex	Facebook Nutzung	.844

	Politische Nachrichten über Facebook	.811
	Facebook Messenger Nutzung	.730
F2: Interpersonale Kommunikation	Q10 Arbeit/Uni	.686
	Q10 Familie/Freunde	.680
	Q10 Freizeit/Verein	.637
	Q10 Social Media Gespräche	.549
F3: TikTok-Snapchat	TikTok Nutzung	.804
	Politische Nachrichten über TikTok	.758
	Snapchat Nutzung	.592
F4: Klassische Medien	Tageszeitung	.665
	Fernsehen	.652
	Radio	.625
F5: Instagram-WhatsApp	Politische Nachrichten über Instagram	.768
	Instagram Nutzung	.739
	WhatsApp Nutzung	.534
F6: Hybride Kanäle	Nachrichten-Blogs	.688
	Nachrichten-Apps	.653
	Newsletter	.526
F7: Twitter	Twitter Nutzung	.881
	Politische Nachrichten über Twitter	.879
F8: YouTube	YouTube Nutzung	.796
	Politische Nachrichten über YouTube	.789
	Messenger-Nachrichten (YouTube)	.720
F9: Signal	Signal Nutzung	.669

Tabelle 4 - Rotierte Komponentenmatrix der Faktorenanalyse (Faktorladungen $\geq .50$)

Die explorative Faktorenanalyse zeigt, dass sich das politische Informationsverhalten der Befragten auf neun klar unterscheidbare Dimensionen verdichten lässt. Diese Dimensionen sind nicht theoretisch vorgegeben, sondern ergeben sich direkt aus den beobachteten Nutzungsmustern der Stichprobe. Sie bilden sowohl traditionelle Medien- und Kommunikationsformen als auch plattformspezifische digitale Praktiken ab. Damit entsteht eine empirisch fundierte Grundlage, um die Vielfalt politischer Informationsstile systematisch zu erfassen.

Darauf aufbauend folgt im nächsten Schritt die Clusteranalyse. Ihr Ziel ist es, die identifizierten Dimensionen nicht isoliert, sondern in ihrer kombinierten Ausprägung zu betrachten und daraus distinkte Typen politischen Informationsverhaltens abzuleiten. Während die Faktorenanalyse latente Strukturen auf der Variablenebene sichtbar macht, zielt die Clusteranalyse auf die Gruppierung von Fällen. Dadurch können die empirisch ermittelten Muster nicht nur als abstrakte Dimensionen beschrieben, sondern zu inhaltlich interpretierbaren Typen verdichtet werden. Diese Typen bilden die Grundlage für die anschließende Analyse ihrer Beziehung zu Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit.

3.3. Verfahren der Clusteranalyse

Die vorliegende Untersuchung verwendet die Clusteranalyse als zentrales methodisches Verfahren. Ziel dieses Ansatzes ist es, Objekte so zu gruppieren, dass innerhalb der Cluster eine möglichst hohe Ähnlichkeit besteht, während sich die Cluster untereinander möglichst stark unterscheiden (Kaufman & Rousseeuw, 2005, S. 1-2). Die Clusteranalyse wird dabei als exploratives Instrument verstanden, das vorhandene Strukturen in den Daten sichtbar macht, ohne dass die Gruppenzugehörigkeiten im Vorfeld theoretisch festgelegt werden. Im Unterschied zu klassifikatorischen Verfahren wie der Diskriminanzanalyse, bei denen die Gruppen bereits bekannt sind, handelt es sich bei der Clusteranalyse um eine Form der „unsupervised classification“, bei der die Gruppierungen erst durch das Verfahren selbst gebildet werden (Hennig et al., 2015, S. 18). Sie zielt somit nicht auf definitive Klassifikationen, sondern auf die Identifikation plausibler Muster, die anschließend inhaltlich und theoretisch interpretiert werden können (Hennig et al., 2015, S. 19).

Die in Kapitel 3.2 identifizierten Faktoren bilden die methodische Grundlage der Clusteranalyse, da sie die zuvor explorativ gewonnenen Dimensionen des politischen Informationsverhaltens in verdichteter Form abbilden. Auf dieser Basis erfolgt die Gruppierung nicht anhand einzelner Items, sondern über empirisch abgesicherte Faktoren, was die Robustheit, Stabilität und Interpretierbarkeit der resultierenden Clusterlösung deutlich erhöht. Die Umsetzung erfordert eine Reihe methodischer Entscheidungen, insbesondere im Hinblick auf die Standardisierung der Variablen. Da die in die Analyse einbezogenen Merkmale unterschiedliche Skalen und Wertebereiche aufweisen, werden diese mittels z-Transformation vergleichbar gemacht, um zu verhindern, dass Variablen mit größeren Skalenbereichen das Ergebnis der Distanzberechnung verzerren (Kaufman & Rousseeuw, 2005, S. 12). Die Standardisierung gewährleistet zudem die formale Vergleichbarkeit (Kommensurabilität) zwischen Variablen

unterschiedlicher Messniveaus (Bacher, 2010, S. 175-177). Zur Bestimmung von Ähnlichkeiten wird die quadrierte euklidische Distanz herangezogen, ein in der Analyse metrischer Daten weit verbreitetes Maß, das auch in SPSS standardmäßig verwendet wird (Kaufman & Rousseeuw, 2005, S. 12).

Die eigentliche Clusterbildung erfolgt in zwei Schritten: Zunächst wird eine hierarchische Clusteranalyse durchgeführt, deren Ergebnisse mittels Dendrogramm und Fusionskoeffizienten Hinweise auf eine angemessene Clusteranzahl geben. Anschließend wird das k-means-Verfahren eingesetzt, um die ermittelte Lösung zu überprüfen und zu optimieren. Die aus der hierarchischen Analyse abgeleitete Clusteranzahl wird dabei anhand des Elbow-Kriteriums validiert. Dieses partitionierende Verfahren weist die Fälle jeweils dem nächstgelegenen Clusterzentrum zu und aktualisiert die Zentren iterativ, bis eine stabile Gruppierung erreicht ist (Hennig et al., 2015, S. 37).

Die Entscheidung zwischen empirischer und theoretischer Standardisierung ist dabei nicht trivial. Während sich die empirische Standardisierung auf Mittelwert und Streuung der konkreten Stichprobe stützt, basiert die theoretische auf vorgegebenen Skalenkennwerten. Beide Vorgehensweisen weisen spezifische Vor- und Nachteile auf: Die empirische Standardisierung reduziert die Einflussnahme irrelevanter Variablen, kann jedoch zugleich die Trennschärfe signifikanter Merkmale abschwächen. Die theoretische Standardisierung ist hingegen vor allem dann geeignet, wenn unterschiedliche Skalen vergleichbar gemacht werden sollen (Bacher, 2010, S. 182-183). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird die empirische Standardisierung angewendet, da sie nicht nur die Voraussetzung für die Gültigkeit der euklidischen Distanzwahrung erfüllt, sondern auch eine differenzierte Interpretierbarkeit der resultierenden Clusterlösungen ermöglicht.

Gleichwohl ist die Anwendung der Clusteranalyse mit methodischen Herausforderungen verbunden. Neben der bereits thematisierten Notwendigkeit einer Abwägung bei der Bestimmung der Clusteranzahl liegt ein zentrales Problem in der fehlenden, einheitlichen Definition dessen, was unter einem Cluster zu verstehen ist. Unterschiedliche Algorithmen basieren auf divergierenden Konzepten von Ähnlichkeit, was zur Folge hat, dass identische Datensätze zu unterschiedlichen Gruppierungsergebnissen führen können (Hennig et al., 2015, S. 18). Weiterhin ist die Stabilität der Clusterlösung maßgeblich von der Auswahl und Operationalisierung der in die Analyse einbezogenen Variablen abhängig. Diese methodische Offenheit unterstreicht den interpretativ sensiblen Charakter der Clusteranalyse, die bei aller Leistungsfähigkeit stets kritisch reflektiert werden muss (Kaufman & Rousseeuw, 2005, S. 3-4). Im Rahmen dieser Untersuchung ist hervorzuheben, dass die gebildeten Cluster keine objektiven

oder real existierenden Gruppen darstellen, sondern analytische Typisierungen, die auf empirisch beobachtbaren Mustern der Mediennutzung und politischen Kommunikation beruhen. Ziel ist somit nicht die normative Einteilung der Befragten, sondern die Rekonstruktion typischer Ausprägungen politischen Informationsverhaltens. Diese werden anschließend systematisch mit dem Ausmaß an Medienkompetenz und der Zufriedenheit mit demokratischen Institutionen in Beziehung gesetzt, um demokratietheoretisch relevante Zusammenhänge empirisch sichtbar zu machen.

3.4. Deskriptive Analyse der Cluster-Variablen

Vor der Durchführung der Clusteranalyse wurden die aus der Faktorenanalyse gewonnenen Variablen in Form standardisierter Faktorwerte in die Analyse einbezogen. Ziel dieses Schrittes war es, die durch die explorative Faktorenanalyse extrahierten Dimensionen des politischen Informationsverhaltens in einer für die Clusterbildung geeigneten Form verfügbar zu machen. Die Faktorwerte weisen aufgrund der standardisierten Berechnungsmethode erwartungsgemäß einen Mittelwert von 0 und eine Standardabweichung von 1 auf. Damit ist gewährleistet, dass die unterschiedlichen Dimensionen des Informationsverhaltens formal vergleichbar sind und keine Variable aufgrund ihrer Skalierung einen unverhältnismäßig hohen Einfluss auf die Berechnung der Distanzmaße ausübt (vgl. Bacher, 2010, S. 175-177). Die deskriptiven Kennwerte der neun Faktoren sind in Tabelle 5 dargestellt. Erwartungsgemäß liegen die Mittelwerte sämtlicher Faktoren bei 0, während die Standardabweichung jeweils den normierten Wert von 1 annimmt. Die Spannweiten bewegen sich überwiegend in einem plausiblen Bereich zwischen etwa -3 und +4, einzelne Faktoren erreichen jedoch Maximalwerte deutlich oberhalb dieses Niveaus. Auffällig ist insbesondere der Faktor 9, dessen Maximum bei über 7 liegt und damit auf eine kleine Gruppe von Extremnutzern hinweist. Diese ausgeprägten Randwerte sind jedoch inhaltlich nachvollziehbar, da bestimmte plattformspezifische Nutzungsmuster (Signal) in der Stichprobe nur von einer Minderheit stark ausgeprägt praktiziert werden, während die Mehrheit kaum oder gar nicht auf diese Kanäle zurückgreift.

Die Fallzahl reduziert sich aufgrund des listenweisen Ausschlusses bei fehlenden Werten auf 751 gültige Fälle. Auch wenn dieser Rückgang berücksichtigt werden muss, bleibt die empirische Basis für die Bildung stabiler Cluster hinreichend groß. Entscheidend ist hierbei vor allem die Qualität der Variablenauswahl (Backhaus et al., 2000, S. 253) sowie die Homogenität innerhalb der gebildeten Cluster (Hennig et al., 2015, S. 18-19) und nicht allein die absolute Fallzahl. Es ist jedoch zu beachten, dass die verbleibenden 741 Fälle nicht als

repräsentativ für die gesamte deutsche Bevölkerung gelten können. Die Analyse bezieht sich auf eine strukturierte Teilstichprobe der Befragten, die vollständige Angaben zu den genutzten Medienkanälen gemacht haben und damit ein spezifisches Segment der Online-Bevölkerung abbilden. Die Ergebnisse sind daher nicht populationsschätzend, sondern typologisch beschreibend zu interpretieren. Die identifizierten fünf Cluster repräsentieren folglich keine bevölkerungsrepräsentativen Gruppen im statistischen Sinn, sondern analytische Informationsstile, die innerhalb der gegebenen Datenstruktur empirisch ermittelt wurden.

Faktor	N	Minimum	Maximum	Mittelwert	Std.-Abw.
FAC1	741	-1,63	2,97	0,00	1,00
FAC2	741	-2,94	3,56	0,00	1,00
FAC3	741	-1,59	4,62	0,00	1,00
FAC4	741	-2,30	2,73	0,00	1,00
FAC5	741	-2,74	2,45	0,00	1,00
FAC6	741	-2,08	4,00	0,00	1,00
FAC7	741	-2,02	3,42	0,00	1,00
FAC8	741	-2,33	2,85	0,00	1,00
FAC9	741	-2,06	7,56	0,00	1,00

Tabelle 5 - Deskriptive Statistiken der Faktorenwerte

3.5. Durchführung der Clusteranalyse

Die praktische Umsetzung der Clusteranalyse erfolgte in zwei Schritten. Zunächst wurde eine hierarchische Analyse nach der Ward-Methode durchgeführt, bei der die quadrierte euklidische Distanz als Maß für die Ähnlichkeit zwischen den Fällen herangezogen wurde. Dieses Verfahren gewährleistet eine Minimierung der Fehlervarianz innerhalb der Cluster und ermöglicht durch Dendrogramme und Agglomerationskoeffizienten Rückschlüsse auf eine angemessene Anzahl von Clustern (Kaufman & Rousseeuw, 2005, S. 12). Auf Basis dieser Ergebnisse wurde im zweiten Schritt ein partitionierendes k-means-Verfahren angewandt, um die Stabilität der Gruppierung zu überprüfen und die Lösung zu optimieren. Dabei werden

die Fälle iterativ den nächstgelegenen Clusterzentren zugeordnet, bis eine konvergente und stabile Zuordnung erreicht ist (Hennig et al., 2015, S. 37).

Die Bestimmung der Clusteranzahl erfolgte anhand zweier Kriterien. Zum einen zeigte das Elbow-Kriterium im Scree-Plot einen deutlichen „Knick“ nach der fünften Clusterlösung, was auf eine abnehmende zusätzliche Varianzaufklärung bei höheren Clusterzahlen hinweist. Zum anderen verdeutlichten die Agglomerationskoeffizienten der hierarchischen Analyse einen sprunghaften Anstieg ab diesem Punkt, womit sich ebenfalls eine Fünf-Cluster-Lösung nahelegt. Die Wahl dieser Lösung gründet somit sowohl auf der visuellen Identifikation des Knickpunkts als auch auf der Analyse der Fusionskoeffizienten, die auf eine deutliche Struktur in den Daten hinweisen (vgl. Kaufman & Rousseeuw, 2005, S. 12).

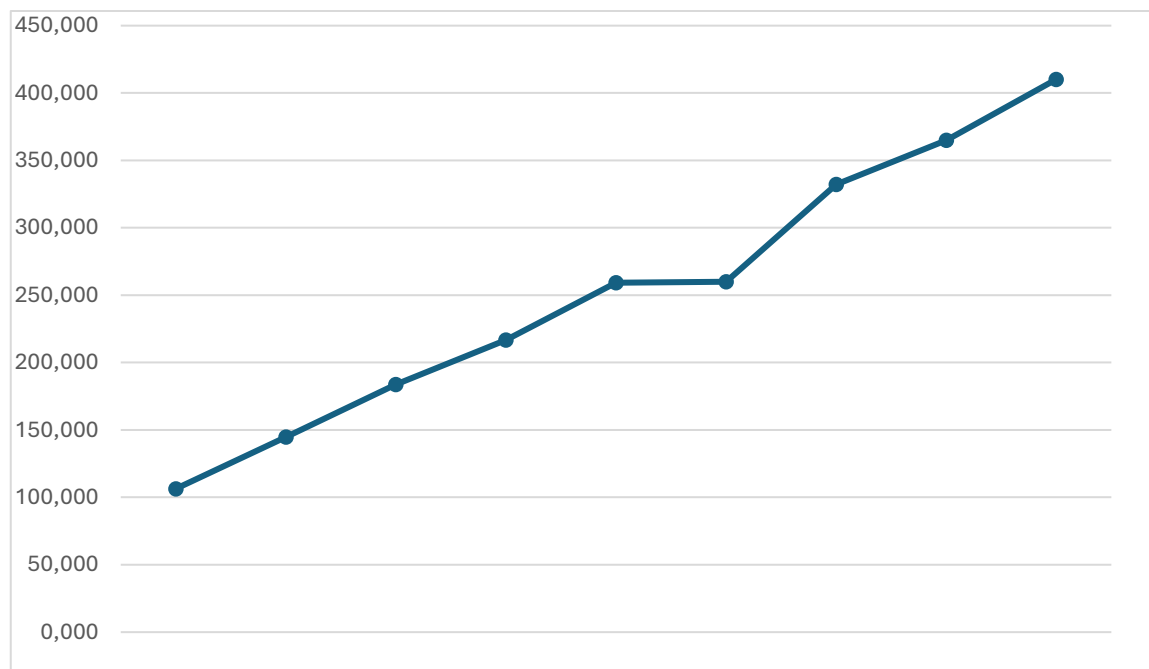


Abbildung 2 - Elbow-Kriterium zur Bestimmung der Clusteranzahl (Excel)

Zur Sicherstellung der Robustheit der Clusterlösung wurden zudem fünf extreme Ausreißerfälle ausgeschlossen, die sich in den Dendrogrammen als distanzierte Einzelbeobachtungen darstellten. Damit wird verhindert, dass einzelne atypische Werte die Clusterbildung überproportional beeinflussen und die inhaltliche Interpretierbarkeit der Lösung verzerren (vgl. Bacher, 2010, S. 175-177).

Die endgültige Lösung umfasst **736** gültige Fälle. Die Verteilung der Fälle auf die fünf Cluster zeigt, dass die resultierenden Gruppen zwar unterschiedlich groß sind, jedoch keine künstlich kleinen Restgruppen gebildet wurden. Cluster 1 umfasst 345 Fälle, Cluster 2 umfasst 167

Fälle, Cluster 3 umfasst 63 Fälle, Cluster 4 umfasst 71 Fälle und Cluster 5 umfasst 90 Fälle. Die ungleiche Größe der Cluster ist typisch für explorative Typenbildungen und inhaltlich plausibel, da sie die Heterogenität politischer Informationsmuster widerspiegelt (vgl. Hennig et al., 2015, S. 18).

4. Ergebnisse der Clusteranalyse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Clusteranalyse dargestellt. Ziel ist es, unterschiedliche Typen politischen Informationsverhaltens in Deutschland zu identifizieren, diese anhand relevanter Merkmale zu charakterisieren und im Anschluss in Beziehung zu Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit zu setzen.

Faktor x Cluster	Cluster 1 „Pragmatische Ausgewogene“	Cluster 2 „Klassische Medienorientierte“	Cluster 3 „Soziale Intensivnutzer*Innen“	Cluster 4 „Hybride Kommunikator*Innen“	Cluster 5 „Diskurs- und Twitter-Affine“
Faktor 1: Facebook	-0,02	-0,38	+1,33	-0,28	+0,02
Faktor 2: Interpersonale Kommunikation	-0,08	-0,03	-0,06	+0,49	+0,03
Faktor 3: TikTok/Snapchat	-0,38	-0,24	+0,94	+1,74	-0,22
Faktor 4: Klassische Medien	-0,50	+0,92	+0,81	-0,77	+0,29
Faktor 5: Instagram/WhatsApp	+0,19	-0,42	+0,06	-0,21	+0,18
Faktor 6: Hybride Kanäle	+0,01	-0,43	+1,26	-0,25	-0,01
Faktor 7: Twitter	-0,34	-0,37	-0,70	+0,33	+2,11
Faktor 8: YouTube	+0,11	-0,35	+0,37	-0,19	+0,16
Faktor 9: Signal	-0,06	+0,03	+0,23	-0,83	+0,41

Tabelle 6 - Mittelwerte der Faktoren je Cluster

4.1. Typologie politischer Informationsstile

4.1.1. Cluster 1: „Pragmatische Ausgewogene“

Cluster 1 (N = 345) zeigt ein insgesamt ausgeglichenes Mediennutzungsprofil ohne deutliche Extremwerte. Die Nutzung klassischer Medien (-0,50), von TikTok und Snapchat (-0,38) sowie Twitter (-0,34) liegt unter dem Durchschnitt. Auch Facebook (-0,02) und interpersonale Kommunikation (-0,08) werden leicht unterdurchschnittlich genutzt. Dagegen zeigen sich moderate Pluswerte bei Instagram und WhatsApp (+0,19) sowie YouTube (+0,11), während Signal (-0,06) und hybride Informationskanäle (+0,01) nahezu neutral bleiben. Das Cluster repräsentiert damit eine unspezialisierte, pragmatische Mediennutzung, die sich auf alltagsnahe Plattformen konzentriert, ohne klare Schwerpunkte auszubilden.

Das Durchschnittsalter liegt bei 37,5 Jahren und damit leicht unter dem Gesamtschnitt (40,3 Jahre). Die Geschlechterverteilung ist ausgewogen (51,6 % männlich, 47,5 % weiblich). Hinsichtlich der Bildung zeigt sich ein breites Spektrum mit einem Schwerpunkt im mittleren Bereich (28,9 % mittlere Reife), einem hohen Anteil an Hochschulabsolvent*Innen (26,6 %) sowie 16,4 % mit Abitur. Diese Struktur verweist auf eine bildungsheterogene Gruppe, die sowohl sekundäre als auch tertiäre Bildungsabschlüsse umfasst. Das Einkommensprofil ist ebenfalls breit gestreut, mit einem Schwerpunkt in den mittleren Einkommensklassen zwischen 2.000 und 5.000 € monatlich (47,6 %). Höhere Einkommen über 6.000 € erreichen 12,8 %, während ein erheblicher Teil keine Angaben macht. Die Zusammensetzung deutet auf eine sozial gemischte Gruppe mit Tendenz zur ökonomischen Mitte hin. Politisch zeigt sich Cluster 1 vielgestaltig und moderat: 24,9 % sympathisieren mit Bündnis 90/Die Grünen, 19,1 % mit der CDU und 15,4 % mit der SPD. Kleinere Anteile entfallen auf FDP (12,9 %), AfD (9,5 %), DIE LINKE (5,8 %) und Sonstige (7,9 %). Rund ein Drittel gibt keine konkrete Parteibindung an.

Insgesamt lässt sich Cluster 1 als „pragmatisch ausgewogen“ charakterisieren: Es umfasst eine jüngere, bildungs- und einkommensmäßig gemischte Bevölkerungsgruppe mit mittlerer sozialer Lage, ausgeglichenem Medienverhalten und politischer Zurückhaltung.

Dimension	Merkmale / Werte
Faktorenprofil	Klassische Medien -0,50 TikTok / Snapchat -0,38 Twitter -0,34 Facebook -0,02 Interpersonale Kommunikation -0,08 Instagram / WhatsApp +0,19 YouTube +0,11 Hybride +0,01 Signal -0,06
Alter	Durchschn. 37,5 Jahre

Geschlecht	51,6 % männlich 47,5 % weiblich 0,3 % divers 0,6 % keine Angabe
Bildung	Noch Schüler*In 6,1 % Ohne Abschluss 0,3 % Hauptschule o. Lehre 3,2 % Hauptschule m. Lehre 7,9 % Mittlere Reife 28,9 % Fachhochschulreife 9,1 % Abitur 16,4 % Uni / Hochschule 26,6 % Anderer Abschluss 1,5 %
Einkommen	< 1.000 € 1,7 % 1.000-2.000 € 12,2 % 2.000-3.000 € 17,7 % 3.000-4.000 € 14,2 % 4.000-5.000 € 15,7 % 5.000-6.000 € 9,0 % ≥ 6.000 € 12,8 % weiß nicht 4,3 % keine Angabe 12,5 %
Parteisym- pathien	Bündnis 90 / Die Grünen 24,9 % CDU 19,1 % SPD 15,4 % FDP 12,9 % AfD 9,5 % DIE LINKE 5,8 % Sonstige 7,9 % Keine Partei / weiß nicht / k. A. ca. 30,1 %

Tabelle 7 - Übersichtstabelle Cluster 1: „Pragmatische Ausgewogene“

4.1.2. Cluster 2: „Klassische Medienorientierte“

Cluster 2 (N = 167) zeichnet sich durch eine deutlich ausgeprägte Orientierung an klassischen journalistischen Medien aus. Mit einem Faktorwert von +0,92 erreicht es den höchsten Wert aller Cluster in dieser Dimension. Nahezu alle anderen Kanäle, darunter soziale Netzwerke, hybride Informationsquellen und YouTube, werden unterdurchschnittlich genutzt. Lediglich Signal (+0,03) liegt im neutralen Bereich. Das Cluster steht somit für eine traditionelle, journalistisch geprägte Informationskultur, die auf etablierte Medienangebote wie Fernsehen, Radio und Printmedien fokussiert ist.

Das Durchschnittsalter liegt bei 51,5 Jahren, womit diese Gruppe die älteste der Stichprobe darstellt. Sie ist überproportional in mittleren und höheren Alterskohorten vertreten. Der Männeranteil beträgt 55,1 %, der Frauenanteil 44,3 %. In der Bildungsstruktur zeigt sich das höchste akademische Niveau aller Cluster: 46,7 % verfügen über einen Hochschul- oder Universitätsabschluss, weitere 15,2 % über Abitur. Mittlere Bildungsabschlüsse (22,4 %) und Hauptschulqualifikationen sind klar unterrepräsentiert. Auch das Einkommensniveau liegt über dem Durchschnitt. Rund 20 % der Befragten verfügen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3.000 und 4.000 €, 17 % liegen zwischen 4.000 und 5.000 €, und weitere 17 % geben Einkommen über 6.000 € an. Damit gehört dieses Cluster zu den ökonomisch besser gestellten Schichten. In politischer Hinsicht zeigt sich Cluster 2 stark auf etablierte Parteien ausgerichtet. Den höchsten Zuspruch erhält Bündnis 90/Die Grünen (37,9 %), gefolgt von SPD (18,9 %) und CDU (18,2 %). Kleinere Anteile entfallen auf FDP (8,3 %), CSU (7,6 %), AfD (3,0 %), DIE LINKE (3,0 %) und Sonstige (3,0 %). Etwa ein Fünftel der Befragten nennt keine Parteipräferenz. Diese Verteilung spiegelt eine bürgerlich-akademische Grundhaltung mit ökologisch-liberalem Schwerpunkt und einer hohen politischen Integration in die Mitte des Parteiensystems wider.

Insgesamt repräsentiert Cluster 2 eine bildungs- und einkommensstarke Gruppe, die durch hohes Vertrauen in professionellen Journalismus und eine klare Orientierung an qualitätsgesicherten Informationsquellen gekennzeichnet ist. Ihre Medienpraxis folgt einer klassischen Informationslogik, die auf Verlässlichkeit, institutionelle Quellen und redaktionelle Kontrolle setzt.

Dimension	Merkmale / Werte
Faktorenprofil	Klassische Medien +0,92 Facebook -0,38 TikTok/Snapchat -0,24 Instagram/WhatsApp -0,42 Hybride -0,43 Twitter -0,37 YouTube -0,35 Signal +0,03
Alter	Durchschn. 51,5 Jahre
Geschlecht	55,1 % männlich 44,3 % weiblich 0,6 % keine Angabe
Bildung	Noch Schüler*In 0,6 % Hauptschule o. Lehre 2,4 % Hauptschule m. Lehre 5,5 % Mittlere Reife 22,4 % Fachhochschulreife 7,3 % Abitur 15,2 % Uni/Hochschule 46,7 %
Einkommen	< 1.000 € 0,6 % 1.000-2.000 € 3,0 % 2.000-3.000 € 9,0 % 3.000-4.000 € 20,4 % 4.000-5.000 € 17,4 % 5.000-6.000 € 12,6 % ≥ 6.000 € 17,4 % weiß nicht 2,4 % keine Angabe 17,4 %
Parteisym-pathien	Bündnis 90/Die Grünen 37,9 % SPD 18,9 % CDU 18,2 % FDP 8,3 % CSU 7,6 % AfD 3,0 % DIE LINKE 3,0 % Sonstige 3,0 % Keine Partei / weiß nicht / k. A. ca. 21 %

Tabelle 8 - Übersichtstabelle Cluster 2: „Klassische Medienorientierte“

4.1.3. Cluster 3: „Soziale Intensivnutzer*Innen“

Cluster 3 (N = 63) repräsentiert die kleinste, zugleich aber inhaltlich markanteste Gruppe der Stichprobe. Es zeichnet sich durch ein intensives und breit gefächertes Mediennutzungsverhalten aus. Soziale Plattformen wie Facebook (+1,33) und TikTok/Snapchat (+0,94) sowie hybride Informationskanäle (+1,26) werden deutlich überdurchschnittlich genutzt. Auch klassische Medien (+0,81) bleiben relevant. YouTube (+0,37) und Signal (+0,23) liegen leicht über dem Mittelwert, während Twitter (-0,70) klar unterdurchschnittlich genutzt wird. Dieses Cluster steht somit für eine Gruppe von Vielnutzer*Innen, die traditionelle und digitale Informationsformen kombiniert und eine hohe mediale Aktivität zeigt.

Das Durchschnittsalter liegt bei 42,3 Jahren und damit leicht über dem Gesamtschnitt (40,3 Jahre). Der Frauenanteil (52,4 %) überwiegt leicht gegenüber dem Männeranteil (46,0 %). In der Bildungsstruktur zeigt sich ein Schwerpunkt auf mittleren Abschlüssen (33,3 % Mittlere Reife), gefolgt von Abitur (23,8 %) und Hochschulabschlüssen (20,6 %). Hauptschulabschlüsse und berufliche Ausbildung sind zwar vorhanden, spielen jedoch eine untergeordnete Rolle. Insgesamt ergibt sich ein durchschnittliches Bildungsniveau. Das Einkommensniveau

liegt überwiegend im mittleren Bereich: Rund 44 % der Befragten verfügen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen zwischen 2.000 und 4.000 €, während nur 7,9 % Einkommen über 6.000 € angeben. Damit gehört diese Gruppe eher zur unteren bis mittleren Einkommensschicht. Politisch zeigt Cluster 3 ein heterogenes Profil. Deutliche Schwerpunkte liegen bei der SPD (29,2 %) und der AfD (20,8 %), kleinere Anteile entfallen auf Sonstige (12,5 %), CDU (10,4 %) und Bündnis 90/Die Grünen (10,4 %). Rund ein Viertel der Befragten gibt keine Parteipräferenz an. Dieses Muster weist auf eine politisch interessierte, aber wenig stabile Parteibindung hin, in der klassische und protestnahe Orientierungen nebeneinander bestehen.

Insgesamt steht Cluster 3 für eine sozial und politisch heterogene Gruppe intensiver Mediennutzer*Innen, die sich durch hohe Aktivität in sozialen Netzwerken und klassischen Informationskanälen auszeichnet und sich keiner klaren politischen Strömung zuordnen lässt.

Dimension	Merkmale / Werte
Faktorenprofil	Facebook +1,33 TikTok/Snapchat +0,94 Hybride Kanäle +1,26 Klassische Medien +0,81 YouTube +0,37 Signal +0,23 Twitter -0,70 Instagram/WhatsApp +0,06 Interpersonale Kommunikation -0,06
Alter	Durchschn. 42,3 Jahre
Geschlecht	46,0 % männlich 52,4 % weiblich 1,6 % keine Angabe
Bildung	Noch Schüler*In 1,6 % Hauptschule o. Lehre 4,8 % Hauptschule m. Lehre 7,9 % Mittlere Reife 33,3 % Fachhochschulreife 7,9 % Abitur 23,8 % Uni/Hochschule 20,6 %
Einkommen	< 1.000 € 4,8 % 1.000-2.000 € 7,9 % 2.000-3.000 € 20,6 % 3.000-4.000 € 23,8 % 4.000-5.000 € 9,5 % 5.000-6.000 € 11,1 % ≥ 6.000 € 7,9 % weiß nicht 4,8 % keine Angabe 9,5 %
Parteisympathien	SPD 29,2 % AfD 20,8 % Sonstige 12,5 % CDU 10,4 % Bündnis 90/Die Grünen 10,4 % FDP 8,3 % CSU 4,2 % DIE LINKE 4,2 % Keine Partei / weiß nicht / k. A. ca. 23,8 %

Tabelle 9 - Übersichtstabelle Cluster 3: „Soziale Intensivnutzer*Innen“

4.1.4. Cluster 4: „Hybride Kommunikator*Innen“

Cluster 4 (N = 71) zeichnet sich durch zwei zentrale Merkmale aus: eine stark jugendorientierte Nutzung sozialer Medien und eine überdurchschnittlich ausgeprägte interpersonale Kommunikation. Mit Faktorwerten von +1,74 für TikTok und Snapchat sowie +0,49 für persönliche Gespräche erreicht dieses Cluster die höchsten Werte auf diesen Dimensionen. Auch Twitter (+0,33) wird überdurchschnittlich genutzt, während klassische Medien (-0,77) und andere Kanäle deutlich unterdurchschnittlich bleiben. Damit steht Cluster 4 für eine

sozialisationsgeprägte Form politischer Kommunikation, die auf sozialen Interaktionen und plattformspezifischen Austauschprozessen der jüngeren Generation basiert, während traditionelle Medien kaum eine Rolle spielen.

Das Durchschnittsalter beträgt 28,6 Jahre, das niedrigste aller Cluster. Die Geschlechterverteilung ist nahezu ausgeglichen (50,7 % männlich, 46,5 % weiblich, 1,4 % divers). In der Bildungsstruktur zeigt sich ein jugendliches Profil: 22,9 % der Befragten sind noch Schüler*Innen, 20 % verfügen über mittlere Reife, 18,6 % über Abitur, und 17,1 % haben bereits einen Hochschulabschluss. Damit handelt es sich um eine Übergangsgruppe zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit. Das Einkommensniveau liegt überwiegend im unteren bis unteren mittleren Bereich. Rund 26,8 % der Befragten verfügen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen zwischen 2.000 und 3.000 €, während niedrige Einkommen unter 2.000 € überdurchschnittlich häufig vorkommen. Hohe Einkommen über 6.000 € (8,5 %) sind selten. Insgesamt deutet dies auf eine sozialökonomisch eher schwächer gestellte Gruppe hin, die sich in frühen beruflichen Lebensphasen befindet. Politisch weist Cluster 4 eine hohe Unbestimmtheit auf: Rund ein Drittel der Befragten nennt keine Parteipräferenz. Unter denjenigen mit Angabe dominieren AfD (22,2 %) und SPD (20,0 %), gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen (15,6 %) und FDP (15,6 %). DIE LINKE (11,1 %) ist ebenfalls vertreten, während CDU/CSU deutlich unterrepräsentiert sind. Dieses Muster spiegelt eine politisch fragmentierte und volatile Orientierung wider, in der linke, liberale und protestnahe Tendenzen nebeneinander bestehen.

Insgesamt repräsentiert Cluster 4 eine junge, kommunikativ stark vernetzte und sozial mobile Gruppe, die politische Information über soziale Medien, Peer-Netzwerke und digitale Diskurse bezieht. Sie zeigt geringe Bindung an etablierte Institutionen, dafür aber hohe Interaktions- und Beteiligungsneigung im digitalen Raum.

Dimension	Merkmale / Werte
Faktorenprofil	TikTok/Snapchat +1,74 Interpersonale Kommunikation +0,49 Twitter +0,33 Klassische Medien -0,77 Instagram/WhatsApp -0,21 Hybride Kanäle -0,25 YouTube -0,19 Signal -0,83
Alter	Durchschn. 28,6 Jahre
Geschlecht	50,7 % männlich 46,5 % weiblich 1,4 % divers 1,4 % keine Angabe
Bildung	Noch Schüler*In 22,9 % Hauptschule m. Lehre 4,3 % Mittlere Reife 20,0 % Fachhochschulreife 11,4 % Abitur 18,6 % Uni/Hochschule 17,1 % Anderer Abschluss 1,4 %

Einkommen	< 1.000 € 2,8 % 1.000-2.000 € 12,7 % 2.000-3.000 € 26,8 % 3.000-4.000 € 11,3 % 4.000–5.000 € 14,1 % 5.000–6.000 € 5,6 % ≥ 6.000 € 8,5 % weiß nicht 4,2 % keine Angabe 14,1 %
Parteisym- pathien	AfD 22,2 % SPD 20,0 % Bündnis 90/Die Grünen 15,6 % FDP 15,6 % DIE LINKE 11,1 % CDU 6,7 % Sonstige 6,7 % CSU 2,2 % Keine Partei / weiß nicht / k. A. ca. 36,6 %

Tabelle 10 - Übersichtstabelle Cluster 4: „Hybride Kommunikator*Innen“

4.1.5. Cluster 5: „Diskurs- und Twitter-Affine“

Cluster 5 (N = 90) ist eindeutig durch eine diskurs- und netzwerkorientierte Informationsweise geprägt. Mit einem Faktorwert von +2,11 für Twitter erreicht es den höchsten Wert aller Cluster, diese Plattform fungiert als zentraler Kommunikationskanal. Ergänzend werden Signal (+0,41), Instagram/WhatsApp (+0,18) und YouTube (+0,16) überdurchschnittlich genutzt, während klassische Medien (+0,29) eine ergänzende, aber weiterhin relevante Rolle spielen. Unterhaltungsorientierte Plattformen wie TikTok/Snapchat (-0,22) oder hybride Formate (-0,01) sind dagegen kaum von Bedeutung. Insgesamt steht Cluster 5 für eine selektive, argumentativ geprägte Mediennutzung, die sich auf diskursive Online-Räume konzentriert.

Das Durchschnittsalter beträgt 38 Jahre und liegt damit leicht unter dem Gesamtschnitt. Mit einem Männeranteil von 72,2 % handelt es sich um das geschlechtsspezifisch am stärksten verzerrte Cluster. Die Bildungsstruktur ist die akademischste aller Gruppen: 47,8 % verfügen über einen Hochschulabschluss, weitere 22,2 % über Abitur, während mittlere oder niedrige Bildungsabschlüsse selten sind. Auch die Einkommensverteilung weist auf eine überdurchschnittlich privilegierte soziale Lage hin. Rund 20 % der Befragten liegen zwischen 3.000 und 4.000 €, 17,8 % zwischen 4.000 und 5.000 €, und 14,4 % verdienen über 6.000 € monatlich. Damit ist Cluster 5 in den oberen Einkommensschichten klar überrepräsentiert. In politischer Hinsicht zeigt sich ein progressiv-liberales Profil. 40,3 % nennen Bündnis 90/Die Grünen als bevorzugte Partei, gefolgt von FDP (16,9 %), SPD (15,6 %) und CDU (13,0 %). AfD (2,6 %) und DIE LINKE (3,9 %) spielen eine geringe Rolle, während nur etwa 14 % keine Parteipräferenz äußern. Dieses Muster verweist auf ein politisch stark verortetes, weltoffenes und diskursaffines Milieu.

Insgesamt repräsentiert Cluster 5 eine männlich dominierte, hochgebildete und einkommensstarke Gruppe, die sich aktiv in netzöffentlichen Diskursräumen bewegt, klassische Medien selektiv nutzt und politisch dem progressiv-liberalen Spektrum zugeordnet werden kann.

Dimension	Merkmale / Werte
Faktorenprofil	Twitter +2,11 Instagram / WhatsApp +0,18 Signal +0,41 Klassische Medien +0,29 Facebook +0,02 Interpersonale Kommunikation +0,03 YouTube +0,16 TikTok / Snapchat -0,22 Hybride Kanäle -0,01
Alter	Durchschn. 38,0 Jahre
Geschlecht	72,2 % männlich 26,7 % weiblich 1,1 % divers
Bildung	Noch Schüler*In 2,2 % Hauptschule m. Lehre 3,3 % Mittlere Reife 15,6 % Fachhochschulreife 7,8 % Abitur 22,2 % Uni / Hochschule 47,8 %
Einkommen	< 1.000 € 1,1 % 1.000–2.000 € 7,8 % 2.000–3.000 € 17,8 % 3.000–4.000 € 21,1 % 4.000–5.000 € 17,8 % 5.000–6.000 € 13,3 % ≥ 6.000 € 14,4 % weiß nicht 1,1 % keine Angabe 5,6 %
Parteisympathien	Bündnis 90 / Die Grünen 40,3 % FDP 16,9 % SPD 15,6 % CDU 13,0 % CSU 5,2 % DIE LINKE 3,9 % AfD 2,6 % Sonstige 2,6 % Keine Partei / weiß nicht / k. A. ca. 14,4 %

Tabelle 11 - Übersichtstabelle Cluster 5: „Diskurs- und Twitter-Affine“

4.1.6. Telegram-Nutzung im Kontext der Cluster

Telegram hat sich in den vergangenen Jahren zu einer zentralen Plattform politischer Informationsvermittlung entwickelt. Der ursprünglich als Messenger-Dienst konzipierte Dienst fungiert heute als hybrider Kommunikationsraum, in dem private und öffentliche Kommunikation ineinander übergehen und neue Formen politischer Mobilisierung, Sinnstiftung und Informationsverbreitung ermöglichen (Deutscher Bundestag, 2022, S. 1). Nutzer*Innen können Inhalte direkt abonnieren, ohne algorithmische Filter oder redaktionelle Vermittlung, was einerseits als Ausdruck individueller Informationsautonomie gilt, zugleich aber zur Fragmentierung der Öffentlichkeit beiträgt (Hase & Knöpfle, 2024, S. 2). Diese Struktur fördert die Entstehung homogener Informationsräume, in denen Gleichgesinnte selektiv Inhalte teilen und bestätigen, wodurch Echokammern und parallele Öffentlichkeiten entstehen (Boschert & Wolter, 2022, S. 6).

Telegram wird von vielen Nutzer*Innen als „authentische“ und zensurfreie Alternative zu klassischen Medien wahrgenommen, was zur Herausbildung einer spezifischen Misstrauenskultur gegenüber journalistischen Institutionen führt (Boschert & Wolter, 2022, S. 2). Gerade Akteure, die sich als Gegenöffentlichkeit verstehen, nutzen die Plattform, um sich als „alternative Wahrheitspflege“ zu inszenieren und institutionelle Kommunikationsnormen bewusst zu unterlaufen (CeMAS, 2023, S. 4). Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich Telegram zur wichtigsten Infrastruktur für verschwörungsideologische und rechtsextreme Milieus im deutschsprachigen Raum (CeMAS, 2023, S. 2). Dabei wird die Plattform gezielt als „sicherer

Ort“ der freien Rede dargestellt, an dem sich Meinungsfreiheit gegen vermeintliche Zensur behaupten lässt (Müller, 2022, S. 71). Diese Selbstinszenierung verstärkt die Attraktivität von Telegram für Personen, die staatlichen oder medialen Institutionen misstrauen und politische Informationen bevorzugt außerhalb regulierter Medienumgebungen suchen (Deutscher Bundestag, 2022, S. 5).

Empirische Analysen zeigen, dass die Kommunikation auf Telegram stark emotionalisiert ist. Emotionen wie Empörung, Angst oder Solidarität dienen als Bindungsmechanismen, über die Reichweite und Gruppenzugehörigkeit erzeugt werden (Müller, 2022, S. 70). Telegram-Kanäle fungieren als Resonanzräume, in denen politische Meinungen weniger rational als emotional vermittelt werden und sich Identität über geteilte Gefühle statt über argumentativer Auseinandersetzung formiert (Müller, 2022, S. 73). Diese Kommunikationslogik begünstigt die Bildung geschlossener Informationscluster, deren Mitglieder durch gemeinsame Themen, affektive Identifikation und Skepsis gegenüber etablierten Autoritäten verbunden sind (Bader et al., 2025, S. 136). In diesen Gegenöffentlichkeiten entstehen kollektive Deutungsmuster, die sich über moralische oder politische Polarisierung definieren und eigene Informationsökonomien ausbilden (Bader et al., 2025, S. 137). Aufmerksamkeit wird hier zur zentralen Ressource: Inhalte, die besonders emotional oder exklusiv erscheinen, erzielen mehr Sichtbarkeit und prägen so die Wahrnehmung gesellschaftlicher Themen (Sánchez Gonzales & Martos Moreno, 2023, S. 97).

Telegram fördert durch seine technische Struktur eine einseitige Kommunikationsrichtung, in der Influencerinnen als Sender und Follower als Reproduzentinnen agieren, ohne dass ein Diskurs oder Widerspruch stattfindet (Müller, 2022, S. 72). Kanäle und Gruppen dienen somit nicht der deliberativen Aushandlung, sondern der Reproduktion von Narrativen, die durch Anschlusskommunikation verstärkt werden (Müller, 2022, S. 74). Diese Resonanzmechanismen führen dazu, dass politische Informationsverhalten zunehmend in geschlossenen Milieus stattfindet, die auf emotionaler Kohärenz und sozialer Zugehörigkeit beruhen (Hause, 2022, S. 20). Exemplarisch zeigt sich dies in identitären Telegram-Chatgruppen, die kollektive Sinnstiftung durch Bedrohungsnarrative organisieren und politische Identität über symbolische Abgrenzung stabilisieren (Hause, 2022, S. 3).

Zugleich offenbart sich in Telegrams Nutzung ein Spannungsfeld zwischen Kommunikationsfreiheit und demokratischer Verantwortung. Während Befürworter*Innen die Plattform als Ausdruck digitaler Unabhängigkeit und Privatsphäre verteidigen, weist die Forschung auf erhebliche Gefahren der Desinformation, Polarisierung und emotionalen Manipulation hin (CeMAS, 2023, S. 2). Telegrams Kommunikationslogik steht damit exemplarisch für den

Strukturwandel politischer Öffentlichkeit, in dem klassische Gatekeeper-Funktionen von journalistischen Institutionen durch plattformbasierte Aufmerksamkeitsmechanismen ersetzt werden (Boschert & Wolter, 2022, S. 8).

Für die Untersuchung politischer Informationscluster ist Telegram daher von besonderem Interesse. Die Plattform vereint heterogene Nutzungsstile: Sie dient Journalist*Innen und NGOs als direkter Kommunikationskanal, fungiert aber zugleich als Mobilisierungsraum für anti-demokratische Akteure (Deutscher Bundestag, 2022, S. 7). Diese Koexistenz macht Telegram zu einem Labor pluraler, aber fragmentierter Öffentlichkeiten. In diesem Spannungsfeld gewinnt Medienkompetenz zentrale Bedeutung: Sie ermöglicht es, Quellen kritisch zu prüfen, emotionale Narrative zu erkennen und zwischen legitimer Kritik und manipulativer Desinformation zu unterscheiden (Hase & Knöpfle, 2024, S. 7). Der reflektierte Umgang mit Telegram erfordert daher eine medienkompetente Haltung, die technische, kognitive und normative Dimensionen politischen Informationsverhaltens miteinander verbindet (CeMAS, 2023, S. 8).

Die Ergebnisse zur Nutzung von Telegram zeigen, dass die Plattform in der Stichprobe zwar präsent, aber kein zentraler Bestandteil des politischen Informationsverhaltens ist. Nur ein kleiner Teil der Befragten nutzt Telegram regelmäßig, und noch weniger beziehen dort politische Inhalte. Von den 680 gültigen Fällen gaben lediglich **4,9 %** an, Telegram täglich zu verwenden, **15,6 %** nutzen den Dienst gelegentlich, während **78,1 %** ihn (fast) gar nicht verwenden. Der politische Nachrichtenkontakt über Telegram liegt mit **4,5 %** insgesamt auf niedrigem Niveau, zeigt aber deutliche Unterschiede zwischen den Clustern.

Telegram ist damit kein Massenmedium, sondern eine Plattform mit spezifischen, clusterabhängigen Funktionen. In Clustern mit starker digitaler Orientierung wird es häufiger in das eigene Informationsverhalten integriert, während in klassischen oder hybriden Nutzungsmustern kaum politische Aktivität zu beobachten ist.

- **Cluster 1: Pragmatische Ausgewogene**

Cluster 1 nutzt Telegram moderat, jedoch überwiegend privat. Circa ein Viertel der Befragten verwendet den Dienst gelegentlich, doch nur 3,8 % konsumieren dort politische Inhalte. Dieses Cluster ist demographisch gemischt, mit mittlerem Bildungsniveau, leicht unterdurchschnittlichem Alter und einer heterogenen politischen Orientierung. Die Streuung von CDU-, FDP- und AfD-Sympathien deutet auf eine pragmatische, wenig ideologisch gefestigte Mediennutzung hin. Telegram erfüllt hier vor

allem eine kommunikative Alltagsfunktion, nicht aber die eines politischen Informationskanals. Dass sich trotz gewisser politischer Heterogenität keine stärkere Telegram-Aktivität zeigt, spricht dafür, dass diese Gruppe ihre politische Information weiterhin über klassische oder hybride Medien bezieht.

- **Cluster 2: Klassische Medienorientierte**

Telegram spielt in diesem Cluster nahezu keine Rolle: Nur 8,9 % nutzen den Dienst überhaupt, und lediglich 1,2 % konsumieren dort politische Nachrichten. Die Befragten dieses Typs sind älter, formal höher gebildet und politisch stärker an die SPD, Grünen und Unionsparteien gebunden. Sie repräsentieren eine informationsstabile Gruppe mit klarer Orientierung an etablierten journalistischen Quellen. Die geringe Telegram-Aktivität verdeutlicht, dass hier alternative oder unregulierte Kanäle kaum Teil des Medienrepertoires sind. Für diesen Typ steht das Bedürfnis nach Verlässlichkeit und redaktioneller Prüfung im Vordergrund - Merkmale, die Telegram als Kommunikationsumgebung kaum bietet.

- **Cluster 3: Soziale Intensivnutzer*Innen**

Mit 24 % Telegram-Nutzenden und 11,1 % politischer Aktivität weist dieses Cluster die höchste Telegram-Durchdringung auf. Diese Gruppe kombiniert eine starke Social-Media-Orientierung mit offeneren, oft weniger selektiven Informationsmustern. Demographisch fällt sie durch ein vergleichsweise niedriges Bildungsniveau und geringeres Einkommen auf, politisch durch überdurchschnittliche AfD-Sympathien (20,4 %). Telegram erfüllt hier offenbar die Funktion eines alternativen Kommunikationsraums, in dem politische Deutungen außerhalb klassischer Medien zirkulieren. In dieser Gruppe verbinden sich intensive Online-Aktivität, emotionale Kommunikationsstile und eine Offenheit für nicht-institutionalisierte Informationsquellen - Merkmale, die nachfolgend für die Diskussion über Medienkompetenz und demokratische Orientierung von Bedeutung sein werden.

- **Cluster 4: Hybride Kommunikator*Innen**

Obwohl dieses Cluster auf Plattformen wie TikTok und Instagram sehr aktiv ist, bleibt die Telegram-Nutzung gering (13 %), und nur 1,4 % konsumieren dort politische Inhalte. Diese Gruppe ist jung, sozial stark vernetzt und medienaffin, aber offenbar wenig an Telegram interessiert. Der Kommunikationsstil ist stärker bild- und interaktionsorientiert, wodurch text- und kanalbasierte Plattformen wie Telegram weniger Anziehungskraft besitzen. Die geringe politische Nutzung trotz hoher Online-Aktivität

legt nahe, dass Telegram für diese Altersgruppe keine Rolle im politischen Informationsverhalten spielt. Vielmehr manifestiert sich politische Kommunikation hier auf interaktiven, stärker visuell geprägten Plattformen.

- **Cluster 5: Diskurs- und Twitter-Affine**

Auch dieses Cluster weist mit 32 % Telegram-Nutzenden und 11,1 % politischer Nutzung eine deutlich überdurchschnittliche Aktivität auf. In Kombination mit der hohen Bildung, den überdurchschnittlichen Einkommen und der politischen Nähe zu Grünen und FDP deutet sich ein reflektierterer Umgang mit alternativen Plattformen an. Telegram dient hier offenbar nicht als primäre Informationsquelle, sondern als ergänzender Diskursraum zur Beobachtung von Meinungsdynamiken oder zur Vernetzung. Damit zeigt sich ein kontrastives Muster zu Cluster 3: Während Telegram dort als Raum alternativer Sinnstiftung genutzt wird, ist es in Cluster 5 Teil einer pluralen, diskursorientierten Medienpraxis.

Telegram ist kein zentrales, aber ein differenzierendes Element des politischen Informationsverhaltens. Seine Nutzung konzentriert sich auf Cluster mit starker digitaler Affinität und spezifischer sozialer Lage. In Cluster 3 übernimmt Telegram die Rolle eines alternativen Kommunikationsraums, in dem politische Informationen außerhalb institutioneller Medien zirkulieren. In Cluster 5 dagegen erscheint es als Zusatzkanal für diskursive, politikinteressierte Milieus. Die übrigen Cluster bleiben weitgehend distanziert. Diese Muster deuten darauf hin, dass die Bedeutung von Telegram weniger in der Breite, sondern in der Strukturierung unterschiedlicher politischer Informationsstile liegt. In späteren Analysen kann geprüft werden, ob die unterschiedliche Telegram-Nutzung mit Faktoren wie Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit systematisch zusammenhängt.

Cluster	Telegram-Nutzung (Q08_4) („täglich / nicht täglich / (fast) gar nicht“)	Politischer Nachrichtenkontakt über Telegram (Q09_4) („ja“)	Interpretation (Kurzfassung)
1 - Pragmatische Ausgewogene	5 % / 17 % / 77 %	3,8 %	Nutzung v. a. privat; keine politische Relevanz. Telegram eher Kommunikationsmittel, nicht Informationsquelle.

2 - Klassische Medienorientierte	2 % / 6 % / 91 %	1,2 %	Kaum Telegram-Nutzung; stark an institutionelle Medien gebunden; kein alternativer Informationskanal.
3 - Soziale Intensivnutzer*Innen	8 % / 16 % / 76 %	11,1 %	Höchste politische Telegram-Nutzung; alternative Informationskanäle und AfD-Sympathien überrepräsentiert.
4 - Hybride Kommunikator*Innen	3 % / 10 % / 87 %	1,4 %	Junge, visuell geprägte Online-Nutzer*Innen; Telegram kaum relevant. Bezug über interaktive Plattformen.
5 - Diskurs- & Twitter-Affine	8 % / 23 % / 69 %	11,1 %	Telegram als Beobachtungs- und Diskursraum. Teil eines breiten, reflektierten Medienrepertoires.

Tabelle 12 - Telegram-Nutzung und politischer Nachrichtenkontakt nach Clustern

Die Ergebnisse der Clusteranalyse verdeutlichen, dass das politische Informationsverhalten in Deutschland nicht homogen verläuft, sondern sich in klar unterscheidbare Nutzungstypen gliedert. Die fünf identifizierten Cluster unterscheiden sich sowohl hinsichtlich ihrer bevorzugten Medienkanäle als auch in ihren demographischen und politischen Merkmalen. Besonders auffällig ist, dass mediale Vielfalt und politische Orientierung in komplexer Wechselwirkung stehen: Während einige Gruppen (Diskurs- und Twitter-Affinen) durch hohe Medienaktivität und diskursive Offenheit gekennzeichnet sind, dominieren in anderen Clustern (wie den Sozialen Intensivnutzer*Innen) stärker selektive oder emotionalisierte Informationsmuster.

Diese Unterschiede legen nahe, dass die Art des Informationsverhaltens nicht nur Ausdruck individueller Präferenzen ist, sondern potenziell mit zentralen demokratiebezogenen Einstellungen zusammenhängt. Mediennutzung strukturiert den Zugang zu politischer Information und beeinflusst, in welchem Maße Bürger*Innen demokratische Prozesse verstehen, bewerten und ihnen vertrauen. Damit gewinnt **Medienkompetenz** als vermittelnde Variable zwischen Informationsverhalten und **Demokratiezufriedenheit** besondere Bedeutung.

Aus theoretischer Perspektive lassen sich somit zwei zentrale Annahmen ableiten: Erstens, dass sich die gebildeten Cluster signifikant hinsichtlich ihrer Medienkompetenz unterscheiden und zweitens, dass diese Unterschiede mit der individuellen Zufriedenheit mit demokratischen Institutionen in Beziehung stehen könnten. Auf Grundlage dieser Überlegungen werden im folgenden Kapitel konkrete Hypothesen formuliert, die die empirische Überprüfung dieser Zusammenhänge ermöglichen.

5. Hypothesen und theoretisches Kausalmodell

Die im theoretischen Rahmen und der empirischen Clusteranalyse entwickelten Befunde zeigen, dass sich in Deutschland unterschiedliche Typen politischen Informationsverhaltens ausbilden, die sich hinsichtlich Mediennutzung, Vertrauen und kognitiver Orientierung deutlich voneinander unterscheiden. Diese empirischen Cluster bilden unterschiedliche Kommunikationsmilieus, in denen politische Informationen selektiv wahrgenommen, bewertet und weitergegeben werden. Damit stellen sie eine zentrale Strukturbedingung für individuelle Medienkompetenz und die Bewertung demokratischer Prozesse dar (Wiesner, & Harfst, 2022, S. 45).

Demokratiezufriedenheit fungiert in diesem Zusammenhang als empirischer Indikator interner Legitimität. Ihre Stabilität hängt wesentlich davon ab, über welche Kanäle und mit welchem Reflexionsgrad Bürger*Innen politische Informationen aufnehmen (Singh, & Mayne, 2023, S. 12). Medienkompetenz bestimmt dabei, ob diese Informationsprozesse zur Stärkung oder zur Erosion politischer Zufriedenheit beitragen. Sie ist keine bloß technische Fertigkeit, sondern ein kognitiver und normativer Mechanismus, der den Umgang mit politischen Informationen prägt und die Wahrnehmung demokratischer Legitimität beeinflusst (Hohlfeld, 2023, S. 65).

Die Clusteranalyse hat gezeigt, dass sich sowohl differenziert-informierte als auch sozialmedial geprägte Nutzungstypen voneinander unterscheiden, was darauf hindeutet, dass mediale Selektivität direkt mit unterschiedlichen Kompetenzprofilen einhergeht (Wiesner & Harfst, 2024, S. 4). Damit verbindet sich die theoretische Annahme, dass Informationsverhalten (Input) über die Ausprägung von Medienkompetenz (Throughput) die Zufriedenheit mit der Demokratie (Output) beeinflusst. Diese Wechselwirkung wird im Dynamisch-Transaktionalen Ansatz als reziproke, aber strukturell gerichtete Beziehung zwischen Mediennutzung, Kompetenz und Bewertung politischer Prozesse beschrieben (Brückerhoff, 2022, S. 73).

Auf Basis dieser theoretischen und empirischen Vorüberlegungen werden im Folgenden zehn Hypothesen formuliert, die die Beziehungen zwischen den identifizierten Informationsclustern, Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit systematisch prüfen.

5.1. Hypothesen

Hypothese 1:

Die Zugehörigkeit zu Cluster 2 („Klassische Medienorientierte“) und Cluster 5 („Diskurs- und Twitter-Affine“) ist mit einem höheren Niveau an Medienkompetenz verbunden als die Zugehörigkeit zu Cluster 3 („Soziale Intensivnutzer*Innen“) und Cluster 4 („Hybride Kommunikator*Innen“), während Cluster 1 („Pragmatische Ausgewogene“) ein mittleres Niveau erwarten lässt.

Begründung: Unterschiedliche Informationsstile schaffen unterschiedliche Gelegenheitsstrukturen für Reflexion und kritische Bewertung medialer Inhalte. Personen, die regelmäßig journalistische und vielfältige digitale Informationsquellen nutzen, entwickeln eher die Fähigkeit, Informationsquellen zu vergleichen und Desinformation zu erkennen. Aufenanger (2018, S. 597) beschreibt diese Fähigkeit als Dimension der „Medienkritik“, die zentral für die Ausprägung reflexiver Medienkompetenz ist. Meister und Burgfeld-Meise (2021, S. 2) heben hervor, dass Medienkompetenz ein Zusammenspiel aus rezeptiven, reflexiven und gestalterischen Dimensionen bildet, das sich je nach Medienumfeld unterschiedlich ausprägt. In Clustern, die stärker journalistisch geprägte Informationsumgebungen nutzen, sind diese Dimensionen häufiger gegeben als in solchen, die überwiegend auf soziale Plattformen und informelle Kanäle zurückgreifen. Entsprechend ist zu erwarten, dass das Kompetenzniveau zwischen den Clustern deutlich variiert.

Hypothese 2:

Das Bildungsniveau wirkt als positiver Prädiktor der Medienkompetenz innerhalb aller Cluster. In Clustern mit höherem Bildungsanteil, vor allem Cluster 2 („Klassische Medienorientierte“) und Cluster 5 („Diskurs- und Twitter-Affine“), ist daher ein stärkeres Kompetenzniveau zu erwarten.

Begründung: Bildung stellt eine zentrale Ressource für den Erwerb analytischer und kritischer Fähigkeiten dar. Medienkompetenz dient als soziale Handlungskompetenz, die auf Bildungszugängen und kognitiver Differenzierungsfähigkeit beruht (Paus-Hasebrink, 2020, S. 1220). Personen mit höherem Bildungsgrad verfügen über größere kognitive Ressourcen, um Informationen einzuordnen, Widersprüche zu erkennen und Quellen systematisch zu prüfen. Die Bertelsmann Stiftung zeigt, dass höher Gebildete Desinformation signifikant besser identifizieren und reflektierter darauf reagieren (Bertelsmann Stiftung, 2023, S. 9). Daraus folgt, dass Bildung nicht nur strukturell mit Medienkompetenz korreliert, sondern als individuelle Ressource deren Ausprägung innerhalb aller Informationsstile positiv beeinflusst.

Hypothese 3:

Zwischen Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit besteht ein positiver Zusammenhang.

Begründung: Medienkompetenz stärkt die Fähigkeit, politische Prozesse kritisch, aber rational zu beurteilen. Kommer (2023, S. 156) beschreibt sie als Schutzfaktor gegen Desinformation, der die demokratische Urteilsfähigkeit stabilisiert. Personen mit höherem Kompetenzniveau bewerten politische Kommunikation weniger emotional und können zwischen performativer Politik und institutioneller Legitimität unterscheiden. Empirische Befunde zeigen, dass höheres Medienwissen und Vertrauen in Informationsquellen mit größerer Demokratiezufriedenheit einhergehen (Jackob et al., 2023, S. 92). Medienkompetente Bürger*innen verfügen somit über die kognitiven und normativen Voraussetzungen, demokratische Verfahren differenziert zu bewerten und Legitimität nicht allein an kurzfristige politische Leistungen zu knüpfen.

Hypothese 4:

Cluster, die durch eine intensive Nutzung von Telegram zur politischen Information gekennzeichnet sind, vor allem Cluster 3 („Soziale Intensivnutzer*Innen“), weisen eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie auf als Cluster mit stärker

journalistisch geprägtem Informationsverhalten wie Cluster 2 („Klassische Medienorientierte“) und Cluster 5 („Diskurs- und Twitter-Affine“).

Begründung: Telegram fungiert als alternativer Kommunikationsraum, in dem redaktionelle Kontrolle weitgehend fehlt. Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass Telegram Kommunikationsstrukturen schafft, die institutionelle Vermittlungsinstanzen umgehen und dadurch neue Formen politischer Sinnstiftung ermöglichen (Deutscher Bundestag, 2022, S. 1). Boschert und Wolter beschreiben die Plattform als Resonanzraum für Misstrauenskulturen, die sich gegenüber staatlichen Institutionen und klassischen Medien richten (Boschert & Wolter, 2022, S. 2). CeMAS zeigt, dass sich in diesen Kommunikationsräumen verschwörungsideologische Netzwerke verdichten und gegenseitig verstärken (CeMAS, 2023, S. 4). In Clustern, die solche Umgebungen intensiv nutzen, ist daher mit geringerer Demokratiezufriedenheit zu rechnen, da sie stärker mit misstrauensbasierten Deutungsmustern in Kontakt kommen.

Hypothese 5:

Der Einfluss der Clusterzugehörigkeit auf die Demokratiezufriedenheit wird durch die Medienkompetenz vermittelt (Mediation). Dieser Zusammenhang ist in Cluster 2 („Klassische Medienorientierte“) und Cluster 5 („Diskurs- und Twitter-Affine“) stärker und in Cluster 3 („Soziale Intensivnutzer*Innen“) und Cluster 4 („Hybride Kommunikator*Innen“) schwächer ausgeprägt.

Begründung: Medienkompetenz fungiert als kognitive Vermittlungsinstanz zwischen Informationsverhalten und politischer Bewertung. Brückerhoff (2022, S. 69) beschreibt sie als Strukturierungsmechanismus, der den Umgang mit medialen Inhalten formt und deren Bedeutung für politische Einstellungen prägt. Hohlfeld interpretiert Medienkompetenz als „Throughput“-Dimension zwischen Input und Output demokratischer Kommunikation, die Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesse rationalisiert (Hohlfeld, 2023, S. 65). Damit erklärt Medienkompetenz, warum der Effekt des Informationsverhaltens auf die Demokratiezufriedenheit in Clustern mit hoher Kompetenz stärker positiv wirkt, während er in Clustern mit geringerer Kompetenz abgeschwächt oder sogar negativ ausfallen kann.

Hypothese 6:

Höheres Bildungsniveau geht mit höherer Medienkompetenz und größerer Demokratiezufriedenheit einher.

Begründung: Zahlreiche empirische Befunde bestätigen den Zusammenhang zwischen Bildung, politischer Informiertheit und demokratischer Zufriedenheit. Nach den Ergebnissen der Friedrich-Ebert-Stiftung (2023, S. 18) sind niedriger Gebildete und Angehörige der Arbeiter*innen- oder Unterschicht deutlich unzufriedener mit der Demokratie als höher Gebildete und Angehörige der oberen Mittel- und Oberschicht. Bildung wirkt hierbei als zentrale Ressource politischer Orientierung, da sie kognitive und kommunikative Kompetenzen stärkt, die notwendig sind, um politische Prozesse kritisch zu reflektieren und Vertrauen in demokratische Institutionen zu entwickeln. Diese Befunde korrespondieren mit Ergebnissen der PIAAC-Analyse von Ertl, Csanadi und Tarnai (2020), die zeigen, dass formale Bildung signifikant mit höheren digitalen Problemlösekompetenzen korreliert. Medienkompetenz fungiert in diesem Zusammenhang als vermittelnde Variable: Sie ermöglicht eine reflexive Auseinandersetzung mit Informationen und schützt vor Desinformation und Polarisierung (Kommer, 2023, S. 156; Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, 2022, S. 6-13). Durch die Fähigkeit, Medieninhalte kritisch zu bewerten, wird Vertrauen in journalistische Quellen gefördert, was wiederum die Demokratiezufriedenheit stabilisiert (Jakob et al., 2023, S. 92). Insofern wirkt Bildung indirekt über Medienkompetenz auf die Bewertung demokratischer Prozesse.

Hypothese 7:

Ältere Personen weisen im Durchschnitt eine höhere Demokratiezufriedenheit, aber geringere Medienkompetenz auf.

Begründung: Empirisch zeigen sich deutliche Kohortenunterschiede in der politischen und medialen Orientierung. Nach der Friedrich-Ebert-Stiftung (2023, S. 24) bevorzugt die Generation 65 + überdurchschnittlich häufig das repräsentative Demokratiemodell, was auf ein stärkeres Vertrauen in etablierte Institutionen hinweist. Jüngere Befragte hingegen tendieren zu direktdemokratischen oder expertokratischen Modellen, was auf eine kritischere Haltung gegenüber der bestehenden politischen Ordnung schließen lässt. In Bezug auf Medienkompetenz verläuft die Altersrelation umgekehrt. Die PIAAC-Daten von Ertl et al. (2020) zeigen, dass ältere Generationen signifikant geringere digitale Problemlösekompetenzen aufweisen. Während Bildung und Einkommen positive Prädiktoren digitaler Kompetenz sind, wirkt sich das Alter negativ aus. Auch Fawzi et al. (2021, S. 53-55) bestätigen, dass Alter für das allgemeine Medienvertrauen nur eine moderate Rolle spielt, jedoch jüngere Gruppen durch ihre bevorzugte Nutzung digitaler Kanäle stärker mit Desinformation und alternativen Informationsumgebungen konfrontiert sind. Diese Befunde lassen sich im Rahmen des Dynamisch-

Transaktionalen Ansatzes interpretieren: Medienkompetenz entwickelt sich in Wechselwirkung zwischen individuellen Voraussetzungen und medialen Kontexten (Brückerhoff, 2022, S. 69-73). Ältere Menschen bewegen sich stärker in traditionellen Medienumgebungen mit stabiler Informationsordnung, was Vertrauen und Zufriedenheit begünstigt, während digitale Medienumgebungen von Jüngeren höhere Reflexions- und Selektionsleistungen erfordern.

Hypothese 8:

Höheres Einkommen steht in positivem Zusammenhang mit Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz.

Begründung: Einkommen fungiert als strukturelle Ressource, die den Zugang zu Bildung, Technologien und Informationsinfrastrukturen bestimmt. Personen mit hohem Einkommen verfügen über mehr Gelegenheiten zur politischen Information und über bessere digitale Ausstattung, was sich positiv auf Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit auswirkt (Ertl et al., 2020). Nach der Friedrich-Ebert-Stiftung (2023, S. 18) sind Angehörige der oberen sozialen Schichten signifikant zufriedener mit der Demokratie als Angehörige niedrigerer Schichten. Diese Differenzen spiegeln sozialstrukturelle Ungleichheiten politischer Inklusion wider. Die enge Verbindung zwischen ökonomischen Ressourcen und Medienvertrauen wird auch in der Langzeitstudie von Fawzi et al. (2021, S. 55) sichtbar: Höher Gebildete - die zugleich überdurchschnittlich häufig in einkommensstarken Positionen sind - zeigen das stärkste Vertrauen in etablierte Medien. Medienvertrauen und ökonomische Stabilität wirken damit als Verstärkungsfaktoren demokratischer Zufriedenheit, während ökonomische Unsicherheit mit politischer Entfremdung korreliert (Kolleck & Schuster, 2025, S. 41).

Hypothese 9:

Zwischen den Geschlechtern bestehen keine signifikanten Unterschiede in der Ausprägung von Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit.

Begründung: Empirische Befunde belegen, dass Geschlecht für die Erklärung politischer Informations- und Zufriedenheitsunterschiede nur eine geringe Rolle spielt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (2023, S. 18) zeigt, dass Männer und Frauen vergleichbare Werte in der Demokratiezufriedenheit aufweisen. Auch die Ergebnisse von Ertl et al. (2020) deuten darauf hin, dass geschlechtsspezifische Unterschiede in digitalen Problemlösekompetenzen statistisch nicht signifikant sind. Ähnliche Muster zeigen sich im Medienvertrauen: Nach Jakob et al. (2023, S. 54) bestehen zwischen den Geschlechtern keine systematischen Differenzen im Vertrauen in etablierte Medien. Damit stützt sich die Annahme, dass geschlechtsspezifische Unterschiede weder für die Entwicklung von Medienkompetenz noch für die Bewertung demokratischer Institutionen relevant sind.

Hypothese 10:

Parteisympathie korreliert positiv mit Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit.

Begründung: Der Zusammenhang zwischen politischer Einstellung, Vertrauen in Medien und Zufriedenheit mit der Demokratie ist empirisch gut belegt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (2023, S. 18) zeigt, dass AfD-Wählerinnen mit 94 % die höchsten Unzufriedenheitswerte aufweisen, während Anhängerinnen der Grünen (21 % Unzufriedene) und der SPD (34 % Unzufriedene) die höchsten Zufriedenheitswerte verzeichnen. Die bpb-Studie von Fawzi et al. (2021, S. 95) bestätigt, dass AfD-Anhängerinnen das mit Abstand geringste Medienvertrauen besitzen, während Wählerinnen der etablierten Parteien ein überdurchschnittliches Vertrauen in Medien und Demokratie äußern. Diese Zusammenhänge lassen sich im Sinne des „Virtuous Circle“ von Norris (2000) deuten: Politisches Interesse, Medienvertrauen und demokratische Zufriedenheit verstärken sich gegenseitig. Medienkompetente Personen können politische Inhalte differenzierter bewerten und sind daher eher in der Lage, legitime Kritik von delegitimierenden Narrativen zu unterscheiden. Parteisympathie spiegelt folglich nicht nur ideologische Präferenzen, sondern auch das Ausmaß an Vertrauen in demokratische Kommunikationsprozesse wider.

Hypothese 11:

Höhere Telegram-Nutzung steht in negativem Zusammenhang mit Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit.

Begründung: Telegram fungiert als hybrider Kommunikationsraum, in dem redaktionelle Vermittlung weitgehend entfällt und Inhalte direkt abonniert werden können (Deutscher Bundestag, 2022, S. 1). Diese Struktur fördert selektive Informationspraktiken und die Bildung homogener Kommunikationsräume (Hase & Knöpfle, 2024, S. 2). In diesen entstehen Echokammern, die Misstrauen gegenüber etablierten Medien und Institutionen verstärken (Boschert & Wolter, 2022, S. 6). Zugleich gilt Telegram als zentrale Infrastruktur verschwörungsideologischer und rechtsextremer Milieus, die sich über Emotionalisierung und Abgrenzung stabilisieren (CeMAS, 2023, S. 4). Die Kommunikation ist stark affektiv geprägt und fördert die Reproduktion anti-demokratischer Narrative (Müller, 2022, S. 73). Diese Kommunikationslogik steht deliberativen Prinzipien entgegen und mindert Vertrauen in Institutionen, was sich negativ auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt (Fawzi et al., 2021, S. 92). Aus theoretischer Perspektive lässt sich dieser Zusammenhang als dysfunktionale Interaktion zwischen Individuum und Medienumgebung deuten, in der Reflexivität und Quellenbewertung fehlen (Brückerhoff, 2022, S. 70). Medienkompetente Personen sind hingegen in der Lage, manipulative Inhalte zu erkennen und kritisch einzuordnen (Hase & Knöpfle, 2024, S. 7). Telegram-Nutzung ist daher mit geringerer Medienkompetenz und niedrigerer Demokratiezufriedenheit verbunden.

5.2. Theoretisches Kausalmodell

Nachdem in Kapitel 2 die theoretischen Grundlagen gelegt wurden mit der Demokratiezufriedenheit als zentralem Indikator demokratischer Legitimität (AV) und der Medienkompetenz als kognitiver Voraussetzung (Mediator) und die Clusteranalyse in Kapitel 3 die empirisch beobachtbaren Muster des politischen Informationsverhaltens (UV) identifizierte, dient dieses Kapitel der formalen Integration dieser Elemente. Ziel ist die Spezifikation eines theoretischen Kausalmodells, das die kausale Logik der Hypothesen formal abbildet. Das Modell basiert auf dem Konzept der partiellen Mediation. Es geht davon aus, dass das Informationsverhalten der Bürgerinnen und Bürger, differenziert nach den identifizierten Clustern die Demokratiezufriedenheit nicht nur direkt beeinflusst, sondern dass dieser Effekt über die Medienkompetenz vermittelt wird. Im Zentrum steht dabei die Annahme einer kausalen Kette:

CLUSTER (UV) → MEDIENKOMPETENZ (MEDIATOR) → DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT (AV)

Die Cluster von den klassischen Medienorientierten bis hin zu den sozialen Intensivnutzer*Innen fungieren als systematisierender Input, der die Ausprägung der Medienkompetenz beeinflusst. Eine höhere kritische Medienkompetenz wiederum wirkt als kognitive Resilienz,

die eine differenziertere, faktenbasierte Bewertung politischer Prozesse ermöglicht und somit zu einer stabileren und höheren Demokratiezufriedenheit führt.

Ergänzend werden im Modell soziodemografische und politische Kontrollvariablen berücksichtigt, die in der Forschung als Determinanten sowohl der Medienkompetenz als auch der Demokratiezufriedenheit gelten. Dazu zählen Bildung, Alter, Einkommen, Geschlecht, Parteisympathie und Telegram-Nutzung. Diese Variablen wirken direkt auf Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit und dienen der Kontrolle individueller Unterschiede, um die Hauptzusammenhänge theoretisch und empirisch abzusichern.

Die nachfolgende Abbildung veranschaulicht die theoretische Struktur. Die Richtung und erwartete Wirkung der Pfade wird durch die Vorzeichen (++ bis --) gekennzeichnet. Sie geben theoretisch abgeleitete Erwartungsrichtungen wieder, die auf den empirisch beobachteten Eigenschaften der Cluster und den bekannten Einflussfaktoren aus der Forschung beruhen. Das Modell bildet die Grundlage für die anschließende empirische Überprüfung der Hypothesen H1 bis H11.

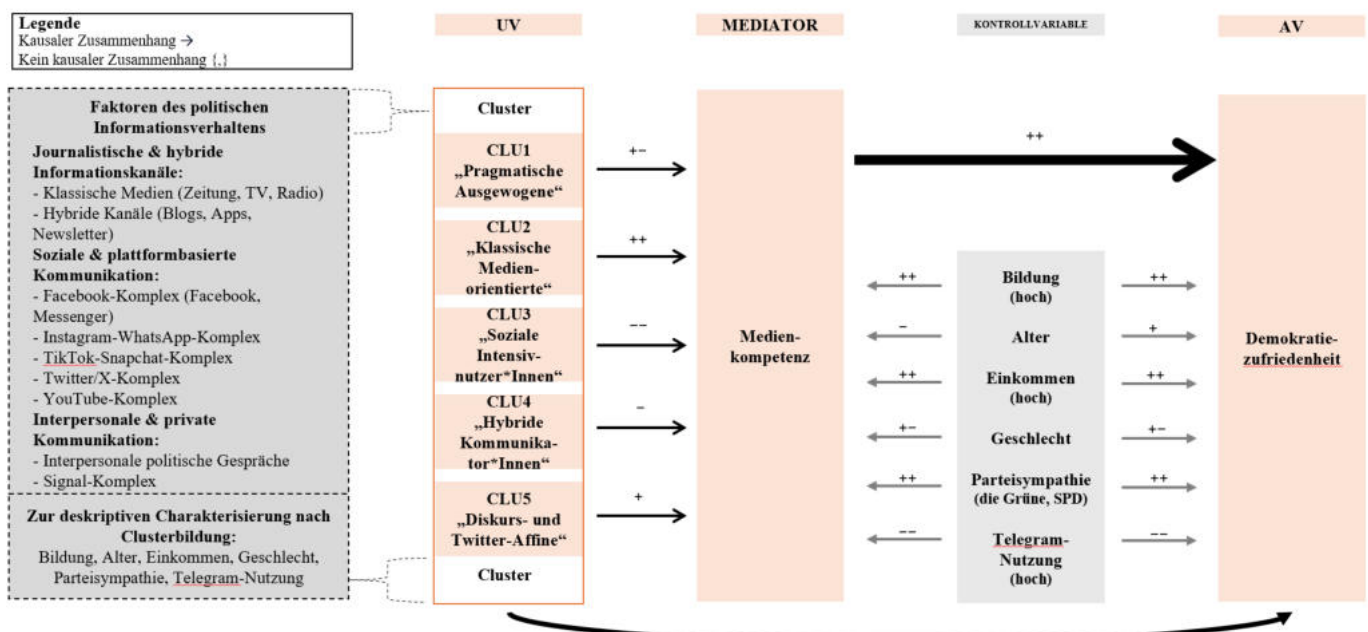


Abbildung 3 - Theoretisches Kausalmodell (Eigene Darstellung)

6. Forschungsdesign und Datengrundlage: Hypothesentests

Das folgende Kapitel beschreibt das methodische Vorgehen zur empirischen Überprüfung der im theoretischen Kausalmodell (siehe Kapitel 5) formulierten Hypothesen. Ziel ist es, das Zusammenspiel von politischem Informationsverhalten, Medienkompetenz und

Demokratiezufriedenheit empirisch zu analysieren und die theoretisch abgeleiteten Zusammenhänge durch geeignete statistische Verfahren zu prüfen. Grundlage bilden die im Rahmen der Clusteranalyse identifizierten Typen politischen Informationsverhaltens, die als unabhängige Variablen fungieren. Die Medienkompetenz wird als vermittelnde, kognitive Variable verstanden, während die Demokratiezufriedenheit die abhängige Variable darstellt und als Indikator demokratischer Legitimität dient. Ergänzend werden relevante soziodemografische und politische Kontrollvariablen in die Analysen integriert, um individuelle Unterschiede und Strukturbedingungen zu berücksichtigen.

Die Hypothesentests folgen einem mehrstufigen Analyseplan, der deskriptive, varianzanalytische und inferenzstatistische Verfahren kombiniert. Zunächst werden Mittelwertunterschiede der Cluster in Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit mittels einfaktorieller Varianzanalysen (ANOVA) geprüft. Anschließend erfolgen Regressionsanalysen, um bivariate und multiple Zusammenhänge zwischen den zentralen Variablen zu ermitteln. Abschließend wird die theoretisch postulierte Vermittlungsbeziehung (Mediation) zwischen Informationsverhalten, Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit mithilfe eines indirekten Effekttests nach Baron und Kenny (1986) sowie Bootstrapping überprüft.

6.1. Variablen, Aufbereitung und Indikatoren

6.1.1. Demokratiezufriedenheit (DKZ)

Die Demokratiezufriedenheit wurde im Fragebogen mit der Variable Q21 erhoben. Die Antwortskala reichte von 1 („sehr unzufrieden“) bis 4 („sehr zufrieden“) und wurde rekodiert, sodass hohe Werte eine größere Zufriedenheit mit der Demokratie ausdrücken. Fehlende Werte (98/99) wurden ausgeschlossen. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den übrigen standardisierten Variablen wurde die Demokratiezufriedenheit zusätzlich z-standardisiert (Z_DKZ), wodurch der Mittelwert auf 0 und die Standardabweichung auf 1 gesetzt wurde. Diese Standardisierung erlaubt eine einheitliche Interpretation der Effektstärken und erleichtert die Analyse in Regressions- und Mediationsmodellen. Damit fungiert die Demokratiezufriedenheit als abhängige Variable (AV) und misst das Ausmaß, in dem Bürger*Innen mit der Funktionsweise und den Ergebnissen des demokratischen Systems in Deutschland zufrieden sind. In Anlehnung an den theoretischen Rahmen wird sie als empirischer Indikator interner Legitimität verstanden (vgl. Singh & Mayne, 2023).

6.1.2. Medienkompetenz (MK)

Die Erfassung der Medienkompetenz erfolgte auf Grundlage der Frageblöcke **Q16** („Reaktionen auf potenziell falsche Informationen“) und **Q17** („Aussagen zu Fake News“). Diese Items bilden zwei miteinander verknüpfte, jedoch theoretisch unterscheidbare Dimensionen ab: Eine handlungsorientierte, die das aktive Informationsverhalten beschreibt, und eine reflexive, die das Bewusstsein für Desinformation, Informationsunsicherheit und mediale Einflussprozesse abbildet. Alle Variablen wurden so umcodiert, dass höhere Werte ein höheres Niveau an Medienkompetenz anzeigen. Für die Items aus Q16 (1 = häufig, 4 = nie) erfolgte eine Inversion der Skala (4 = häufig, 1 = nie). Bei Q17 (1 = stimme eher zu, 2 = stimme eher nicht zu) wurde die Kodierung ebenfalls umgekehrt, um eine einheitliche Interpretationsrichtung sicherzustellen. Anschließend wurden alle Variablen z-standardisiert, um Unterschiede in der Skalenverteilung auszugleichen und metrisch vergleichbare Werte zu erzeugen.

Wie Aufenanger (2018, S. 596–598) betont, umfasst Medienkompetenz nicht nur technisches Wissen, sondern auch reflexive und sozial-kommunikative Fähigkeiten. Sie schließt die Fähigkeit ein, Medieninhalte kritisch zu analysieren, zu bewerten und verantwortungsvoll zu nutzen. Baacke (2024, S. 4-6) hebt hervor, dass Medienkompetenz kein einheitliches Konstrukt ist, sondern als Netzwerk von Teilkompetenzen verstanden werden muss, deren Wirkung vom sozialen Kontext abhängt. Paus-Hasebrink (2020, S. 2-4) versteht Medienkompetenz darüber hinaus als soziale Handlungskompetenz, die kognitive, ethische und kommunikative Dimensionen integriert und über reine Nutzungsfähigkeiten hinausgeht.

Diese theoretischen Perspektiven verdeutlichen, dass eine eindimensionale Skalenbildung den Anspruch des Konzepts nicht vollständig abbilden kann. Daher wurde im Zuge der Operationalisierung geprüft, ob die Items empirisch eine ausreichende interne Konsistenz aufweisen. Die Reliabilitätsanalyse der vollständigen Skala (Q16_1-Q17_3) ergab Cronbach's $\alpha = .27$ (Tabelle 12). Das Item „Ich ignoriere die Information“ (Q16_1) zeigte eine negative Item-Skala-Korrelation ($r = -.23$) und verringerte die interne Konsistenz des Instruments. Nach Ausschluss dieses Items erhöhte sich der Wert auf $\alpha = .47$ (Tabelle 13).

Kennwert	Wert
Cronbach's α	.271
Anzahl der Items	7

Tabelle 13 - Reliabilität der vollständigen Medienkompetenzskala (Q16_1-Q17_3)

Kennwert	Wert
Cronbach's α	.468
Cronbach's α (für standardisierte Items)	.470
Anzahl der Items	6
Stichprobe (N)	1.338

Tabelle 14 - Reliabilität der verkürzten Medienkompetenzskala (MK_Index_short)

Schecker (2014, S. 1) erläutert, dass Cronbach's α die durchschnittliche Korrelation der Items einer Skala beschreibt und damit den Grad ihrer internen Homogenität misst. Werte unter .60 gelten nach klassischer Interpretation als Hinweis auf geringe Konsistenz. Schecker (2014, S. 5-6) betont jedoch, dass niedrige α -Werte bei konzeptuell komplexen Konstrukten und geringer Itemzahl nicht zwingend methodische Schwächen anzeigen, sondern auch die theoretische Breite eines Konstrukts widerspiegeln können. Entsprechend wird Cronbach's α in dieser Untersuchung nicht als Gütekriterium im engeren Sinne, sondern als Transparenzmaß verstanden, das die inhaltliche Heterogenität des Medienkompetenzbegriffs sichtbar macht. Anstelle der Bildung eines zusammengesetzten Indexes erfolgt die Auswertung auf Itemebene. Dieses Vorgehen ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der beiden theoretisch fundierten Dimensionen:

- Handlungsorientierte Medienkompetenz (Q16R_1-Q16R_4): beschreibt das aktive, prüfende Verhalten im Umgang mit potenziell falschen Informationen.
- Reflexive Medienkompetenz (Q17R_1-Q17R_3): erfasst das Bewusstsein für Informationsüberlastung, Unsicherheit und Desinformationsrisiken.

Item	Mittelwert	Standardabweichung	N
Q16R_1 - Ignoriere die Information	2.49	0.94	718
Q16R_2 - Suche nach anderen Quellen	1.78	0.90	725
Q16R_3 - Frage andere nach deren Meinung	2.15	0.91	725
Q16R_4 - Prüfe Vertrauenswürdigkeit der Quelle	1.77	0.89	725

Q17R_1 - Informationsfülle: weiß, was ich glauben soll	1.37	0.48	715
Q17R_2 - Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen	1.51	0.50	712
Q17R_3 - Andere lassen sich beeinflussen	1.09	0.28	713

Tabelle 15 - Deskriptive Statistiken der umgepolten Items (Q16R und Q17R)

Meister, Hagedorn und Sander (2005, S. 170-172) betonen, dass Medienkompetenz ein vielschichtiges Konzept ist, das Wissen, Reflexion und Handlungsfähigkeit miteinander verbindet. Eine zu enge Definition oder rein statistische Homogenisierung würde diese theoretische Breite verkürzen. Auch Baacke (2024, S. 9-10) hebt hervor, dass Medienkompetenz immer in sozialen Kontexten entsteht und daher variabel ausgeprägt ist. Die Entscheidung gegen eine Indexbildung und für eine indikatorbasierte Analyse ist somit nicht nur methodisch sinnvoll, sondern auch theoretisch anschlussfähig. Hohlfeld (2023, S. 79-81) weist zudem darauf hin, dass Medienkompetenz in demokratischen Kontexten als „deliberative Kompetenz“ zu verstehen ist, also als Fähigkeit, öffentliche Informationen kritisch, dialogisch und reflektiert zu verarbeiten. Diese Perspektive ist zentral für die vorliegende Arbeit, da Medienkompetenz hier als Vermittlungsvariable zwischen politischem Informationsverhalten und Demokratiezufriedenheit konzipiert wird. Die getrennte Analyse der Einzelitems ermöglicht es, diese unterschiedlichen Dimensionen empirisch präzise zu erfassen, ohne die theoretische Komplexität des Konstrukts zu reduzieren.

Limitation

Die differenzierte Analyse der Items zu Informationsverhalten und Desinformationsbewusstsein zeigt, dass Medienkompetenz kein wertneutraler Begriff ist. Antwortmuster können je nach sozialem und politischem Kontext sehr unterschiedliche Bedeutungen haben. So verstehen Befragte in progressiv-liberalen Milieus wie im Cluster 5 („Diskurs- und Twitter-Affine“) die Überprüfung von Informationsquellen meist als Ausdruck journalistischer Verifikation und faktenbasierter Kontrolle. In misstrauischeren Milieus wie im Cluster 3 („Soziale Intensivnutzer*Innen“) kann das selbe Verhalten hingegen als Kritik an etablierten Medien interpretiert werden. Medienkompetenz ist damit nicht nur Ausdruck kognitiver Fähigkeiten, sondern spiegelt auch Einstellungen, Vertrauensverhältnisse und Wahrnehmungsmuster gegenüber medialen Institutionen wider. Auch ein hohes Maß an „Prüfverhalten“ zeigt also nicht zwangsläufig höhere Reflexionsfähigkeit, sondern kann auch ein Hinweis auf grundlegendes Misstrauen gegenüber Institutionen sein. Die Herausforderung besteht darin,

Medienkompetenz nicht nur als kognitive, sondern zugleich als sozial und politisch gerahmte Kompetenz zu verstehen. Diese Mehrdeutigkeit wird in den folgenden Analysen berücksichtigt. Die Interpretation der Befunde erfolgt unter der Annahme, dass ähnliche Antwortmuster auf unterschiedliche epistemische Orientierungen zurückgehen können: Sie können Ausdruck rationaler Reflexion oder Zeichen systematischer Skepsis gegenüber medialer Autorität sein. Damit wird deutlich, dass die politische Aufladung von Medienkompetenz ein zentrales Spannungsfeld darstellt, das bei der Bewertung der empirischen Ergebnisse kritisch reflektiert werden muss.

6.2. Analytisches Vorgehen

Zur Überprüfung der Hypothesen werden mehrere aufeinander aufbauende Analysen durchgeführt. Zunächst werden Mittelwertsunterschiede explorativ identifiziert (ANOVA), anschließend Zusammenhangsanalysen mittels Regressionsverfahren durchgeführt und schließlich Mediationsmodelle geprüft. Alle Berechnungen erfolgen mit IBM SPSS Statistics.

Die Varianzanalyse (ANOVA) dient der Untersuchung von Mittelwertsunterschieden einer metrischen abhängigen Variable zwischen mehreren Gruppen einer kategorialen unabhängigen Variable. Sie vergleicht die Streuung innerhalb und zwischen den Gruppen, um festzustellen, ob sich mindestens eine Gruppe signifikant von den übrigen unterscheidet (Baur, 2012, S. 1). In dieser Arbeit wird eine einfaktorielle ANOVA eingesetzt, bei der die Clusterzugehörigkeit (CLU5_1) als unabhängige Variable fungiert und Medienkompetenz (Q16 & Q17) sowie Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ) als abhängige Variablen dienen. Post-hoc-Tests nach Bonferroni werden verwendet, um signifikante Mittelwertunterschiede zwischen den Clustern zu identifizieren.

Für die anschließenden Regressions- und Mediationsanalysen wurde die Clusterzugehörigkeit als zentrale unabhängige Variable in die Modelle integriert. Da die Variable CLU5_1 fünf nominale Ausprägungen (Cluster 1-5) umfasst und Regressionsverfahren metrische Prädiktoren erfordern, erfolgte eine Dummy-Kodierung. Für jedes Cluster wurde eine dichotome Variable (0 = nicht zugehörig, 1 = zugehörig) gebildet. In allen Modellen wird eine Gruppe (Cluster 1: *Pragmatische Ausgewogene*) als Referenz ausgeschlossen, um Multikollinearität zu vermeiden. Die Dummy-Kodierung gewährleistet eine mathematisch korrekte Einbindung der Clusterinformation und ermöglicht, Unterschiede zwischen den Typen politischen Informationsverhaltens präzise abzubilden.

Im nächsten Schritt wird der Zusammenhang zwischen Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit (H3) mithilfe der linearen Regression untersucht. Dieses Verfahren dient dazu, den Einfluss einer unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable zu bestimmen und die Richtung sowie Stärke des Zusammenhangs zu quantifizieren (Rottmann, 2010, S. 549). Erwartet wird ein positiver Effekt der Medienkompetenz auf die Demokratiezufriedenheit.

Zur Prüfung der Hypothesen H6 bis H9 werden multiple lineare Regressionsanalysen eingesetzt, um die Effekte soziodemografischer Variablen wie Bildung, Alter, Einkommen und Geschlecht auf Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit zu analysieren. Dieses Verfahren erlaubt es, mehrere Einflussgrößen gleichzeitig zu berücksichtigen und partielle Effekte zu bestimmen, wodurch Wechselwirkungen und Kontrollzusammenhänge sichtbar werden (Sun et al., 2023, S. 543). Zur Sicherstellung der Modellgüte wird auf Multikollinearität geprüft. Dabei werden bivariate Korrelationen zwischen den unabhängigen Variablen sowie die Toleranz- und VIF-Werte analysiert. Niedrige Toleranzwerte oder erhöhte VIF-Werte weisen auf redundante Prädiktoren hin; in diesem Fall werden theoretisch begründete Anpassungen vorgenommen.

Die Mediationsanalyse dient schließlich der Überprüfung der Hypothese H5, wonach Medienkompetenz den Zusammenhang zwischen Informationsverhalten (Clusterzugehörigkeit) und Demokratiezufriedenheit vermittelt. Mediationsmodelle untersuchen, ob der Einfluss einer unabhängigen Variablen ganz oder teilweise über eine vermittelnde Variable übertragen wird (MacKinnon, Fairchild & Fritz, 2007, S. 593). Es wird das klassische Verfahren nach Baron und Kenny angewendet, ergänzt durch Bootstrapping mit 5.000 Resamples (95 %-Konfidenzintervall). Ein signifikanter indirekter Effekt liegt vor, wenn das Konfidenzintervall keine Null enthält.

Abschließend werden für die Hypothesen H10 und H11 die Zusammenhänge zwischen Parteisympathie bzw. Telegram-Nutzung und den abhängigen Variablen Medienkompetenz sowie Demokratiezufriedenheit analysiert. Hierfür werden Kreuztabellen, Varianzanalysen und lineare Regressionsmodelle kombiniert, um die Wirkung politischer und plattformspezifischer Faktoren systematisch zu prüfen.

7. Ergebnisse der Hypothesentests

Im Folgenden werden die Ergebnisse der empirischen Analysen zur Überprüfung der Hypothesen (vgl. Kapitel 5.1.) dargestellt. Vor der Interpretation der Regressionsmodelle wurde die Kollinearität der unabhängigen Variablen geprüft. Die Toleranzwerte liegen zwischen

.632 und .987, die zugehörigen VIF-Werte zwischen 1.014 und 1.583. Alle Werte liegen damit deutlich unter den gängigen Grenzwerten (Toleranz > .20, VIF < 5). Der maximale Konditionsindex beträgt 29.94 und weist lediglich auf moderate Zusammenhänge zwischen den Medienkompetenz-Indikatoren (vgl. Limitationen) hin. Insgesamt zeigen die Ergebnisse keine Anzeichen problematischer Multikollinearität, sodass die geschätzten Regressionskoeffizienten als stabil gelten können.

Kennwert	Minimum	Maximum	Grenzwert	Interpretation
Toleranz	.632	.987	> .20	unkritisch
VIF	1.014	1.583	< 5	unkritisch
Max. Konditionsindex	29.94	< 30	akzeptabel	
Höchste bivariate ρ	.574	< .70	unkritisch	

Tabelle 16 – Kollinearität der UV

Die Darstellung der Ergebnisse folgt der Reihenfolge der Hypothesen. Zunächst werden Mittelwertsunterschiede zwischen den Clustern in Bezug auf Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit (H1, H4) berichtet, gefolgt von den Zusammenhängen zwischen Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit (H3) sowie den Einflüssen soziodemografischer Merkmale (H6-H9). Anschließend wird die Mediationshypothese (H5) geprüft, bevor die Hypothesen zu Parteisympathie und Telegram-Nutzung (H10, H11) vorgestellt werden.

Hypothese 1

Die Zugehörigkeit zu Cluster 2 („Klassische Medienorientierte“) und Cluster 5 („Diskurs- und Twitter-Affine“) ist mit einem höheren Niveau an Medienkompetenz verbunden als die Zugehörigkeit zu Cluster 3 („Soziale Intensivnutzer*Innen“) und Cluster 4 („Hybride Kommunikator*Innen“), während Cluster 1 („Pragmatische Ausgewogene“) ein mittleres Niveau erwarten lässt.

Ergebnis:

Zur Überprüfung dieser Annahme wurden die sechs umgepolten Einzelitems der Medienkompetenz (Q16R2–Q17R3) mithilfe einfaktorieller Varianzanalysen (ANOVA) in Abhängigkeit von der Clusterzugehörigkeit (CLU5_1) ausgewertet. Die Items bilden zwei Dimensionen ab: eine handlungsorientierte Dimension, die aktive Strategien der Informationsprüfung erfasst, und eine reflexive Dimension, die das Bewusstsein für Desinformation und

kognitive Sicherheit beschreibt. Die deskriptiven Ergebnisse (siehe Tabelle 7.1) zeigen, dass sich die Mittelwerte zwischen den Clustern nur geringfügig unterscheiden. Auffällig ist, dass Cluster 5 („Diskurs- & Twitter-Affine“) und Cluster 3 („Soziale Intensivnutzer*innen“) bei der Quellenprüfung (Q16R4) die höchsten Werte erreichen. Cluster 4 („Hybride Kommunikator*innen“) liegt dagegen in fast allen Items leicht unter dem Gesamtdurchschnitt. Deutlichere Unterschiede zeigen sich in der reflexiven Dimension: Hier erzielt Cluster 3 die höchsten Werte bei den Aussagen zur Informationsüberforderung („Man weiß gar nicht mehr, was man glauben soll“) und zur Sorge vor Falschinformationen. Cluster 5 weist in beiden Fällen die niedrigsten Werte auf.

Item (umgepolt)	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5	Gesamt M (SD)
Suche nach anderen Quellen (Q16R ₂)	3.18 (0.93)	3.24 (0.91)	3.34 (0.85)	3.01 (0.93)	3.44 (0.74)	3.22 (0.90)
Frage andere (Q16R ₃)	2.82 (0.94)	2.85 (0.96)	3.08 (0.75)	2.92 (0.87)	2.73 (0.77)	2.85 (0.91)
Prüfe Vertrauenswürdigkeit (Q16R ₄)	3.20 (0.91)	3.13 (0.95)	3.42 (0.82)	3.10 (0.87)	3.49 (0.69)	3.23 (0.89)
Informationsfülle: weiß, was ich glauben soll (Q17R ₁)	1.66 (0.47)	1.57 (0.50)	1.69 (0.46)	1.78 (0.42)	1.45 (0.50)	1.63 (0.48)
Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen (Q17R ₂)	1.47 (0.50)	1.48 (0.50)	1.64 (0.48)	1.58 (0.50)	1.43 (0.50)	1.49 (0.50)
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R ₃)	1.90 (0.30)	1.95 (0.22)	1.92 (0.28)	1.82 (0.39)	1.96 (0.21)	1.91 (0.28)

Tabelle 17 - Mittelwerte Medienkompetenz x Cluster

Die Ergebnisse der ANOVA zeigen keine signifikanten Mittelwertunterschiede in der Gesamtverteilung der Medienkompetenz über die Cluster hinweg ($F(4, 724) = 1.77$, $p = .13$, $\eta^2 = .01$). Der Levene-Test auf Varianzhomogenität war nicht signifikant ($p = .06$), womit die Varianzgleichheit über die Gruppen hinweg angenommen werden kann.

Auch wenn keine signifikanten Unterschiede festgestellt wurden, weisen die Mittelwerttrends auf ein differenziertes Muster hin:

Cluster 5 („Diskurs- & Twitter-Affine“) erzielt in fast allen Items leicht höhere Werte, insbesondere bei der aktiven Quellenprüfung, während Cluster 3 („Soziale Intensivnutzer*Innen“) erzielt

gleichzeitig hohe Werte bei Überforderungs- und Unsicherheitsaussagen zeigt. Dieses Muster deutet darauf hin, dass Medienkompetenz in den Clustern unterschiedliche Ausdrucksformen annimmt in Cluster 5 als journalistisch-reflexive Prüfung, in Cluster 3 als aktive, aber weniger formal strukturierte Informationssuche über vielfältige Kanäle. Die Unterschiede liegen somit weniger in der Qualität der Reflexion als in der Struktur des Medienhandelns. Für die Einordnung der Befunde ist die demografische Zusammensetzung der Cluster bedeutsam: Cluster 2 („Klassische Medienorientierte“) umfasst überwiegend ältere, bildungsnahe Befragte, die journalistische Quellen bevorzugen und ein hohes Vertrauen in etablierte Medien aufweisen. Ihre Medienkompetenz zeigt sich stabil, geht jedoch mit einem stärkeren Gefühl kognitiver Ermüdung und Informationsüberforderung einher. Cluster 5 („Diskurs- & Twitter-Affine“) repräsentiert dagegen ein jüngeres, urbanes und progressives Milieu, das Medienkompetenz stärker als aktive und reflektierte Auseinandersetzung versteht und geringere Unsicherheitswerte zeigt. Diese Unterschiede legen nahe, dass Medienkompetenz nicht als eindimensionales Leistungsmerkmal, sondern als kontextabhängige und interpretative Fähigkeit verstanden werden sollte. Die Cluster unterscheiden sich daher weniger im Kompetenzniveau als in der Art ihres Umgangs mit Informationen. Insgesamt lassen sich inhaltlich kohärente Muster erkennen, die auf unterschiedliche Formen medienbezogener Reflexivität hindeuten, auch wenn diese Unterschiede statistisch nicht signifikant sind. Die Hypothese wird damit nur teilweise gestützt: Es bestehen qualitative, jedoch keine signifikant messbaren Kompetenzunterschiede zwischen den Informationsstilen.

Dass die Mittelwertunterschiede nicht signifikant ausfallen, ist theoretisch plausibel und methodisch erwartbar. Medienkompetenz ist kein einfaches Leistungsmerkmal, sondern ein mehrdimensionales Konstrukt, das sowohl handlungsorientierte als auch reflexive Aspekte umfasst (Aufenanger, 2018, S. 596-614). Personen können also ähnliche Prüfstrategien anwenden, deren Bedeutungsrahmen sich jedoch unterscheiden zwischen journalistisch-reflexiver Quellenkritik und misstrauensgeleiteter Medienprüfung. Die Skala misst daher nicht nur kognitive Fähigkeiten, sondern auch epistemische Haltungen und Vertrauensmuster.

Bei komplexen Konzepten mit geringer Itemzahl ist zudem eine größere Streuung innerhalb der Gruppen zu erwarten. Der Reliabilitätswert von Cronbach's $\alpha = .47$ liegt zwar unter klassischen Schwellen, spiegelt jedoch die inhaltliche Breite und Heterogenität des Konstrukts wider. Wie Schecker (2014, S. 5-6) betont, sind niedrige Reliabilitätswerte bei heterogenen Konzepten kein methodischer Mangel, sondern Ausdruck ihrer Mehrdimensionalität. Die geringe erklärte Varianz der ANOVA ($\eta^2 = .01$) bestätigt somit die theoretische Annahme, dass

Medienkompetenz ein kontextabhängiges, interpretatives Konstrukt ist weniger eine messbare Fähigkeit als ein vielschichtiges Wahrnehmungs- und Deutungsmuster.

Die Hypothese 1 kann teilweise bestätigt werden.

Hypothese 2

Das Bildungsniveau steht in einem positiven Zusammenhang mit der Medienkompetenz in allen Clustern. In Gruppen mit höherem Bildungsanteil – vor allem in Cluster 2 (,Klassisch Medienorientierte‘) und Cluster 5 (,Diskurs- und Twitter-Affine‘) – zeigt sich tendenziell ein höheres Kompetenzniveau.

Ergebnis:

Zur Überprüfung dieser Annahme wurden bivariate Spearman-Korrelationen zwischen dem formalen Bildungsgrad (S4) und den sechs umgepolten Einzelitems der Medienkompetenz (Q16R3–Q17R3) berechnet. In der Gesamtstichprobe zeigen sich durchgängig positive Zusammenhänge zwischen Bildung und Medienkompetenz. Am stärksten ausgeprägt ist der Zusammenhang bei der selbsteingeschätzten Informationssicherheit („Ich weiß, was ich glauben soll“) mit $\rho = .22$ ($p < .001$). Ebenfalls signifikant, wenn auch schwächer, sind die Korrelationen mit der aktiven Quellenprüfung („Prüfe Vertrauenswürdigkeit der Quelle“, $\rho = .13$, $p < .001$) und der Suche nach ergänzenden Informationsquellen ($\rho = .17$, $p < .001$). Leicht positive, aber ebenfalls signifikante Zusammenhänge bestehen bei der Sorge, selbst auf Falschinformationen hereinzufallen ($\rho = .10$, $p = .005$) sowie beim Nachfragen bei anderen Personen ($\rho = .10$, $p = .007$). Kein signifikanter Zusammenhang findet sich hingegen bei der Einschätzung, dass andere Menschen sich leicht beeinflussen lassen ($\rho = -.05$, $p = .18$).

Medienkompetenz-Item (umgepolt: hoch = mehr MK)	Gesamt (ρ)	Cluster 1 (ρ)	Cluster 2 (ρ)	Cluster 3 (ρ)	Cluster 4 (ρ)	Cluster 5 (ρ)
Suche nach anderen Quellen (Q16R ₂)	.17 **	.29 **	.15 n.s.	.28 *	.13 n.s.	-.10 n.s.
Frage andere (Q16R ₃)	.10 **	-.01 n.s.	.02 n.s.	.12 n.s.	.22 n.s.	-.13 n.s.

Prüfe Vertrauenswürdigkeit (Q16R ₄)	.13 **	.21 **	.12 n.s.	.10 n.s.	.16 n.s.	-.07 n.s.
Informationsfülle: „Weiß, was ich glauben soll“ (Q17R ₁)	.22 **	.27 **	.16 *	.11 n.s.	-.04 n.s.	.13 n.s.
Sorge, selbst auf Fakes hereinzu- fallen (Q17R ₂)	.10 **	.07 n.s.	.13 n.s.	.17 n.s.	.12 n.s.	.23 *
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R ₃)	-.05 n.s.	-.09 n.s.	-.10 n.s.	.07 n.s.	-.11 n.s.	-.23 *

Tabelle 18 - Spearman-Korrelationen zwischen Bildungsniveau (S4) und Medienkompetenz (Q16R₂–Q17R₃) nach Clustern

Die Clustervergleiche zeigen, dass die Stärke des Zusammenhangs zwischen Bildung und Medienkompetenz je nach Cluster variiert:

- In Cluster 1 („Pragmatische Ausgewogene“) zeigt sich der deutlichste Zusammenhang zwischen Bildung und aktivem Prüfverhalten ($\rho = .29$ für „Suche nach anderen Quellen“, $p < .001$; $\rho = .27$ für „Informationssicherheit“, $p < .001$).
- In Cluster 2 („Klassische Medienorientierte“) besteht ein moderater positiver Zusammenhang ($\rho = .16$, $p = .036$), der auf die stärkere Nutzung journalistischer Medien und ein höheres Reflexionsniveau hinweist.
- In Cluster 3 („Soziale Intensivnutzer*innen“) zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang bei der aktiven Informationssuche ($\rho = .28$, $p = .031$).
- In Cluster 4 („Hybride Kommunikator*innen“) liegen keine signifikanten Zusammenhänge vor.
- In Cluster 5 („Diskurs- & Twitter-Affine“) zeigt sich ein gemischtes Muster: Bildung korreliert positiv mit der Sorge vor Desinformation ($\rho = .23$, $p = .035$) und negativ mit der Einschätzung, dass andere leicht beeinflussbar seien ($\rho = -.23$, $p = .029$).

Insgesamt belegen die Ergebnisse, dass ein höheres Bildungsniveau mit einem höheren Grad an Medienkompetenz einhergeht. Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang in den

handlungsorientierten und kognitiv-reflexiven Dimensionen der Medienkompetenz also in der Fähigkeit, Informationsquellen zu vergleichen, Glaubwürdigkeit einzuschätzen und eigenständige Urteile zu bilden. Bildung wirkt dabei als kognitive Ressource, die die analytische Verarbeitung medialer Inhalte erleichtert und den reflektierten Umgang mit widersprüchlichen Informationen unterstützt. Diese Befunde decken sich mit theoretischen Annahmen, wonach Bildung eine zentrale Voraussetzung für differenzierte Medienkompetenz darstellt. Aufenanger (2018, S. 596-614) betont, dass medienkritische Reflexion als Teil einer umfassenden Medienkompetenz auf Bildungsprozesse angewiesen ist. Treumann et al. (2003, S. 261-264) unterstreichen, dass höhere Bildung die Fähigkeit fördert, Informationsangebote aktiv und reflektiert zu nutzen. Hohlfeld (2023, S. 75) hebt hervor, dass deliberative Medienkompetenz die epistemische Selbstreflexion stärkt und damit eine rationalere Urteilsbildung ermöglicht.

Insgesamt steht das Bildungsniveau in einem signifikant positiven Zusammenhang mit der Medienkompetenz, auch wenn die Stärke dieses Zusammenhangs zwischen den Informationsclustern variiert. Bildung fungiert somit als zentraler, aber kontextsensitiver Faktor: Je höher das Bildungsniveau, desto ausgeprägter sind die analytischen und reflexiven Fähigkeiten im Umgang mit politischen Informationen..

Hypothese 2 kann bestätigt werden.

Hypothese 3

Zwischen Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit besteht ein positiver Zusammenhang.

Ergebnis:

Zur Überprüfung dieser Annahme wurden bivariate Spearman-Korrelationen sowie eine multiple lineare Regression durchgeführt. Die abhängige Variable bildet die z-standardisierte Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ), während als unabhängige Variablen die sechs umgepolten Einzelitems der Medienkompetenz (Q16R2–Q17R3) einbezogen wurden. Die Berechnungen erfolgten auf Grundlage der Gesamtstichprobe ($N \approx 1.470$). Die Korrelationsergebnisse zeigen insgesamt signifikante positive Zusammenhänge zwischen Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit (vgl. Tabelle 7.3). Am stärksten ausgeprägt ist der Zusammenhang beim Item „Informationsfülle: weiß, was ich glauben soll“ ($\rho = .25, p < .001$), das die subjektive Informationssicherheit und damit das Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit abbildet.

Auch die aktive Quellenprüfung ($\rho = .08$, $p = .005$) und die Suche nach zusätzlichen Informationsquellen ($\rho = .10$, $p < .001$) stehen signifikant in positivem Zusammenhang mit der Demokratiezufriedenheit. Keine signifikante Korrelation zeigt sich beim Nachfragen bei anderen Personen ($\rho = .01$, n.s.), während die Einschätzung, dass andere Menschen leicht beeinflussbar sind, negativ mit der Demokratiezufriedenheit korreliert ($\rho = -.09$, $p < .001$).

	Z_DKZ	Suche nach anderen Quellen (Q16R_2)	Frage andere (Q16R_3)	Prüfe Vertrauenswürdigkeit der Quelle (Q16R_4)	Informationsfülle: weiß, was ich glauben soll (Q17R_1)	Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen (Q17R_2)	Andere lassen sich beeinflussen (Q17R_3)
Z_DKZ	1.000	.100**	.010	.080**	.250***	.080**	-.090***
Sig. (2-seitig)		.000	.739	.005	.000	.002	.000
N		1470	1465	1468	1428	1425	1428

Tabelle 19 - Korrelationen H3

Zur weiteren Überprüfung wurde eine multiple lineare Regression durchgeführt, um die kombinierte Wirkung der sechs Medienkompetenz-Items auf die Demokratiezufriedenheit zu analysieren. Das Modell ist signifikant ($F(6, 1318) = 19.81$, $p < .001$) und erklärt 8,3 % der Varianz der Demokratiezufriedenheit ($R^2 = .083$). Die stärksten Prädiktoren sind das Item „Informationsfülle: weiß, was ich glauben soll“ ($\beta = .259$, $p < .001$) sowie die Suche nach zusätzlichen Informationsquellen ($\beta = .080$, $p = .016$). Negativ wirkt hingegen die Einschätzung, dass andere Menschen leicht beeinflussbar sind ($\beta = -.101$, $p < .001$). Diese Ergebnisse legen nahe, dass ein höheres Maß an kognitiver Kontrolle und Informationssicherheit mit größerer Demokratiezufriedenheit einhergeht, während ein generelles Misstrauen gegenüber anderen gegenteilige Effekte zeigt.

Modell	Nicht standardisierte Koeffizienten	Standardisierte Koeffizienten	t	Sig.
	B	Std. Fehler	Beta	
(Konstante)	-.000	.013		-.011
Suche nach anderen Quellen (Q16R_2)	.080	.033	.080	2.415
Frage andere (Q16R_3)	.024	.029	.025	.839

Prüfe Vertrauenswürdigkeit der Quelle (Q16R_4)	.037			.032		.037		1.163
Informationsfülle: weiß, was ich glauben soll (Q17R_1)	.254			.030		.259		8.517
Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen (Q17R_2)	.052			.030		.052		1.747
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R_3)	-.097			.028		-.101		- 3.425
Modellzusammenfassung	R	R²	Angepasstes R²	Std.-Fehler d. Schätzung	F	df1	df2	Sig.
Modell 1	.288	.083	.079	.465	19.805	6	1318	.000

Tabelle 20 - Koeffiziententabelle H3

Die Ergebnisse zeigen klar: Je höher die Medienkompetenz, desto größer die Zufriedenheit mit der Demokratie. Besonders die Fähigkeit, Informationsquellen kritisch zu prüfen und Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit zu haben, wirkt sich positiv aus. Personen, die angeben, trotz der Informationsfülle zu wissen, was sie glauben können, zeigen ein stärkeres Vertrauen in demokratische Institutionen. Aufenanger (2018, S. 596-614) beschreibt Medienkompetenz als zentrale Voraussetzung für die kritische Bewertung medialer Inhalte und damit für politische Selbstbestimmung. Treumann et al. (2003, S. 261-264) betonen den engen Zusammenhang zwischen Reflexionsfähigkeit und gesellschaftlicher Partizipation, während Hohlfeld (2023, S. 75) hervorhebt, dass deliberative Medienkompetenz die Fähigkeit stärkt, Informationen kritisch zu prüfen und differenzierte politische Urteile zu treffen.

Diese theoretischen Ansätze stützen die empirischen Befunde: Medienkompetente Personen sind weniger anfällig für Desinformation, verfügen über mehr kognitive Kontrolle im Umgang mit Informationen und bewerten die demokratische Ordnung insgesamt positiver. Zwischen Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit besteht somit ein signifikanter positiver Zusammenhang. Medienkompetenz trägt damit entscheidend zur Stabilisierung demokratischer Einstellungen bei, weil sie Unsicherheit reduziert und das Vertrauen in die eigene wie auch in gesellschaftliche Urteilsfähigkeit stärkt.

Hypothese 3 kann bestätigt werden.

Hypothese 4

Cluster, die durch eine intensive Nutzung von Telegram zur politischen Information gekennzeichnet sind, vor allem Cluster 3 („Soziale Intensivnutzer*Innen“), weisen eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie auf als Cluster mit stärker journalistisch geprägtem Informationsverhalten wie Cluster 2 („Klassische Medienorientierte“) und Cluster 5 („Diskurs- und Twitter-Affine“).

Ergebnis:

Die Analyse der Cluster verdeutlicht deutliche Unterschiede im politischen Informationsverhalten, insbesondere in der Nutzung des Messengerdienstes Telegram (vgl. Tabelle 11). Während Telegram in der Gesamtstichprobe nur von einem kleinen Teil der Befragten regelmäßig verwendet wird, zeigt sich in einzelnen Clustern eine deutlich höhere Aktivität. Am stärksten ausgeprägt ist die Nutzung in Cluster 3 („Soziale Intensivnutzer*Innen“), in dem 24 Prozent der Befragten Telegram nutzen und 11,1 Prozent dort politische Inhalte rezipieren oder verbreiten. In den Clustern 2 („Klassisch Medienorientierte“) und 4 („Hybride Kommunikator*Innen“) spielt der Dienst dagegen kaum eine Rolle. In Cluster 5 („Diskurs- & Twitter-Affine“) fungiert Telegram vor allem als ergänzender Diskursraum, der überwiegend beobachtend und reflektiert genutzt wird. Diese Befunde zeigen, dass Telegram kein Massedium darstellt, sondern ein differenzierendes Merkmal politischer Informationsstile ist. Während es in Cluster 3 als alternativer Kommunikationsraum dient, in dem politische Inhalte außerhalb institutioneller Medien zirkulieren, fungiert es in Cluster 5 als ergänzender Diskurskanal bildungsnaher, reflexiv orientierter Nutzer*Innen. Zur Überprüfung der Hypothese wurde eine einfaktorielle Varianzanalyse mit der standardisierten Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ) als abhängiger Variable und der Clusterzugehörigkeit (CLU5_1) als Faktor berechnet.

Cluster	n	M (Z_DKZ)	SD
1 Pragmatische Ausgewogene	341	2.49	0.55
2 Klassisch Medienorientierte	166	2.96	0.54
3 Soziale Intensivnutzer*Innen	62	2.29	0.53
4 Hybride Kommunikator*Innen	71	2.16	0.52
5 Diskurs- & Twitter-Affine	89	2.93	0.40
Gesamt	729	2.61	0.53

Tabelle 21 - Mittelwerte und Standardabweichungen der Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ) nach Cluster

Der Levene-Test auf Varianzhomogenität war signifikant ($F(4, 717) = 14.76, p < .001$), weshalb der Welch-Test als robuster Schätzer verwendet wurde. Die Ergebnisse zeigen

signifikante Mittelwertunterschiede zwischen den Clustern (Welch-F(4, 204.30) = 20.998, $p < .001$). Auch die klassische ANOVA bestätigt einen signifikanten Effekt (F(4, 717) = 19.15, $p < .001$; $\eta^2 = .097$), was einem mittleren bis großen Effekt entspricht.

Vergleich	Mitteldifferenz (ΔM)	p-Wert	Interpretation
2 - 3	+0.67	< .001	Cluster 2 > Cluster 3 (signifikant)
2 - 4	+0.80	< .001	Cluster 2 > Cluster 4 (signifikant)
5 - 3	+0.64	< .001	Cluster 5 > Cluster 3 (signifikant)
5 - 4	+0.77	< .001	Cluster 5 > Cluster 4 (signifikant)
1 - 2	-0.46	< .001	Cluster 2 > Cluster 1 (signifikant)
1 - 4	+0.33	.042	Cluster 1 > Cluster 4 (signifikant)

Tabelle 22 - Post-hoc-Vergleiche (Games–Howell) der Demokratiezufriedenheit zwischen Clustern

Die Mittelwertunterschiede sind deutlich: Cluster 3 und Cluster 4 weisen die geringste Demokratiezufriedenheit auf, während Cluster 2 und Cluster 5, die journalistisch reflexiv geprägten Gruppen, die höchsten Werte erreichen. Diese Differenzen bestätigen die Annahme, dass sich Demokratiezufriedenheit entlang der Informationsstile strukturiert. Die niedrigeren Werte in Cluster 3 und 4 lassen sich durch den spezifischen Kommunikationsstil dieser Gruppen erklären. Telegram fungiert hier als emotionalisierter Resonanzraum, in dem politische Information weniger deliberativ als affektiv vermittelt wird. Wie der Deutsche Bundestag (2022, S. 1) festhält, ist Telegram ein hybrider Kommunikationsraum ohne redaktionelle Vermittlung, der die Fragmentierung der Öffentlichkeit fördert. In diesen Räumen entstehen homogene Informationsmilieus, in denen Gleichgesinnte Inhalte selektiv teilen und gegenseitig bestätigen (Boschert & Wolter, 2022, S. 6). CeMAS (2023, S. 4) beschreibt Telegram als zentrale Infrastruktur verschwörungsideologischer Netzwerke, die durch affektive und moralische Kommunikationslogiken stabilisiert werden. Müller (2022, S. 73) betont, dass politische Meinungsbildung auf Telegram weniger rational, sondern primär emotional vermittelt wird, während Bader et al. (2025, S. 136 f.) zeigen, dass sich hier kollektive Deutungsmuster über Bedrohungsnarrative und moralische Polarisierung konstituieren. Diese Kommunikationslogik steht im Gegensatz zu den Clustern 2 und 5, die sich durch journalistisch geprägte, deliberative Informationspraktiken auszeichnen. In Cluster 2 sind die Befragten älter, formal höher gebildet und stärker an etablierte Medien gebunden Merkmale, die mit höherem Vertrauen in demokratische Institutionen korrespondieren (Harfst & Wiesner, 2024, S. 3). Cluster 5 kombiniert digitale Diskursfähigkeit mit reflexiver Mediennutzung: Telegram wird hier als Beobachtungs- und Diskursplattform genutzt, nicht als primäre Informationsquelle. Dieser

reflektierte Umgang entspricht der Vorstellung einer deliberativen Medienkompetenz, die rationales Urteilsvermögen und kritische Distanz verbindet (Hohlfeld, 2023, S. 75). Die Ergebnisse belegen, dass demokratische Zufriedenheit in hohem Maße vom Typ des politischen Informationsverhaltens abhängt. Während Cluster 2 und 5 gekennzeichnet durch journalistisch institutionalisierte Informationsquellen – ein hohes Vertrauen und eine hohe Zufriedenheit mit demokratischen Prozessen aufweisen, manifestiert sich in Cluster 3 und 4 eine niedrigere Demokratiezufriedenheit, die mit stärker emotionalisierten und weniger professionell vermittelten Kommunikationspraktiken zusammenhängt. Die Befunde unterstreichen damit den Zusammenhang zwischen Medienstruktur, Informationsverhalten und demokratischer Orientierung. Telegram-dominierte Informationsstile gehen mit signifikant geringerer Demokratiezufriedenheit einher, während journalistisch reflexive Nutzungsmuster insbesondere in Clustern 2 und 5 ein höheres Maß an demokratischer Zufriedenheit begünstigen.

Hypothese 4 kann bestätigt werden.

Hypothese 5

Der Einfluss der Clusterzugehörigkeit auf die Demokratiezufriedenheit wird durch die Medienkompetenz (teil-)vermittelt (Mediation).

Ergebnis:

Zur Überprüfung der Mediationsannahme wurden mehrere lineare Regressionsmodelle berechnet. Im ersten Schritt (Pfad c) wurde der direkte Effekt der Clusterzugehörigkeit auf die Demokratiezufriedenheit analysiert. Anschließend wurden die sechs umgepolten Medienkompetenz-Items (Q16R2-Q17R3) als Mediatoren in das Modell aufgenommen, um zu prüfen, ob sich die Effekte der Cluster dadurch verändern. Die deskriptive Analyse zeigt dabei deutliche Unterschiede zwischen den Clustern (vgl. Tabelle 23). Die höchste Demokratiezufriedenheit findet sich in Cluster 2 und Cluster 5, während Cluster 3 und Cluster 4 signifikant geringere Werte aufweisen.

Cluster	Mittelwert Z_DKZ	Std.Abw.	N
1 Pragmatische Ausgewogene	0.000	0.524	341
2 Klassische Medienorientierte	+0.419	0.503	166
3 Soziale Intensivnutzer*innen	-0.359	0.541	62

4 Hybride Kommunikator*innen	-0.509	0.517	71
5 Diskurs- & Twitter-Affinen	+0.388	0.476	89

Tabelle 23 - Deskriptive Statistik der Demokratiezufriedenheit nach Clustern.

Der lineare Regressionsbefund (Pfad c) bestätigt diese Unterschiede statistisch:

Cluster 2 ($B = 0.419$, $p < .001$) und Cluster 5 ($B = 0.388$, $p < .001$) zeigen signifikant höhere Demokratiezufriedenheit, während Cluster 3 ($B = -0.359$, $p = .004$) und Cluster 4 ($B = -0.509$, $p < .001$) deutlich geringere Zufriedenheit aufweisen. Das Modell erklärt 9,0 % der Varianz in der Demokratiezufriedenheit ($R^2 = .09$, $p < .001$). Nach Einbezug der Medienkompetenzvariablen (Pfad c) steigt die erklärte Varianz auf 14,9 % ($R^2 = .149$, $p < .001$). Die direkten Effekte der Cluster bleiben signifikant, ihre Stärke reduziert sich jedoch was ein Hinweis auf Teilmediation ist (vgl. Tabelle 24).

Cluster	B (Pfad 4)	B (Pfad 5)	Reduktion	p (Pfad 5)
CLU2	0.419	0.391	-6.7 %	< .001
CLU3	-0.359	-0.308	-14.2 %	.024
CLU4	-0.509	-0.389	-23.5 %	.003
CLU5	0.388	0.304	-21.6 %	.009

Tabelle 24 - Vergleich der Regressionskoeffizienten vor und nach Kontrolle der Medienkompetenz (Teilmediation).

Auf Item-Ebene zeigen sich besonders starke Effekte in der reflexiven Dimension der Medienkompetenz. Die Aussage „Ich weiß, was ich glauben soll“ (Q17R1) hat einen signifikant positiven Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit ($B = 0.409$, $p < .001$), während die Items „Ich habe Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen“ (Q17R2; $B = -0.174$, $p = .018$) und „Andere lassen sich beeinflussen“ (Q17R3; $B = -0.428$, $p < .001$) negativ wirken. Die handlungsorientierten Items (Q16R2-Q16R4) zeigen demgegenüber schwächere und teils nicht signifikante Effekte. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass vor allem reflexive Medienkompetenz – also kognitive Sicherheit und Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit – eine zentrale vermittelnde Rolle zwischen Informationsverhalten und Demokratiezufriedenheit spielt. Die

journalistisch reflektierten Cluster 2 und 5 profitieren von dieser Kompetenz, während die stärker sozial-emotional geprägten Cluster 3 und 4 ein höheres Maß an Unsicherheit und Misstrauen aufweisen. Insgesamt belegen die Befunde eine partielle Mediation der Beziehung zwischen Clusterzugehörigkeit und Demokratiezufriedenheit durch Medienkompetenz. Besonders die reflexive Dimension (Q17R1) stärkt die Zufriedenheit mit demokratischen Institutionen, während wahrgenommene Desinformationsunsicherheit diesen Zusammenhang abschwächt.

Die Hypothese 5 kann bestätigt werden.

Hypothese 6

Höheres Bildungsniveau geht mit höherer Medienkompetenz und größerer Demokratiezufriedenheit einher.

Ergebnis:

Zur Überprüfung dieser Annahme wurden Korrelationen und lineare Regressionen zwischen dem Bildungsniveau (S4), den umgepolten Einzelitems der Medienkompetenz (Q16R3-Q17R3) und der standardisierten Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ) berechnet.

Variable	N	M	SD
Bildung (S4)	1493	6,64	7,02
Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ)	1475	0,00	1,00
Suche nach anderen Quellen (Q16R2)	1431	3,21	0,92
Frage andere (Q16R3)	1435	2,80	0,95
Prüfe Vertrauenswürdigkeit (Q16R4)	1422	3,17	0,94
Informationsfülle (Q17R1)	1468	1,37	0,48
Sorge vor Fakes (Q17R2)	1456	1,53	0,50
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R4)	1452	1,08	0,28

Tabelle 25 - Deskriptive Statistiken zu Bildung, Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit

Prädiktor: Bildung (S4)	p	p
Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ)	.210 **	< .001
Suche nach anderen Quellen (Q16R2)	.193 **	< .001
Frage andere (Q16R3)	.053 *	.045
Prüfe Vertrauenswürdigkeit der Quelle (Q16R4)	.147 **	< .001
Informationsfülle: weiß, was ich glauben soll (Q17R1)	.221 **	< .001
Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen (Q17R2)	.100 **	< .001
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R3)	-.081 **	.002

Tabelle 26 - Spearman-Korrelationen zwischen Bildung und Medienkompetenz/Demokratiezufriedenheit

Abhängige Variable	B	SE	β	p	R²
Z_DKZ	-.001	.004	-.001	.962	.000
Q16R2 (Suche nach anderen Quellen)	.001	.004	.011	.690	.000
Q16R3 (Frage andere)	.001	.004	.009	.724	.000
Q16R4 (Prüfe Vertrauenswürdigkeit)	.000	.004	-.002	.930	.000
Q17R1 (Weiß, was ich glauben soll)	.003	.002	.044	.092	.002
Q17R2 (Sorge vor Fakes)	.001	.002	.015	.579	.000
Q17R3 (Andere lassen sich beeinflussen)	-.001	.001	-.020	.442	.000

Tabelle 27 - Lineare Regressionen mit Bildung (S4) als Prädiktor

Die Korrelationsanalyse zeigt zwar durchgängig positive, aber sehr schwache Zusammenhänge zwischen Bildung und Medienkompetenz-Indikatoren. Die höchsten Werte treten bei den Items „Weiß, was ich glauben soll“ ($p = .22$, $p < .001$) und „Suche nach anderen Quellen“ ($p = .19$, $p < .001$) auf. Damit deutet sich an, dass höher gebildete Befragte tendenziell stärker dazu neigen, Informationen kritisch zu prüfen und ihre Urteilsfähigkeit im Umgang mit Informationsfülle höher einzuschätzen. Auch die Demokratiezufriedenheit korreliert signifikant

positiv mit Bildung ($p = .21$, $p < .001$), was auf einen leichten, aber robusten Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und politischer Zufriedenheit hinweist. Die linearen Regressionen bestätigen diesen Befund nicht in signifikanter Form. Weder für Demokratiezufriedenheit noch für die Einzelitems der Medienkompetenz zeigen sich signifikante Regressionskoeffizienten. Die erklärte Varianz bleibt in allen Modellen unter 0,2 %. Dies deutet darauf hin, dass Bildung zwar in der Tendenz, aber nicht substantiell zur Erklärung individueller Unterschiede in Medienkompetenz oder Demokratiezufriedenheit beiträgt.

Zwar bestehen schwach positive Korrelationen zwischen Bildung, Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit, diese Effekte sind jedoch in den Regressionsanalysen nicht signifikant. Bildung fungiert damit eher als struktureller Hintergrundfaktor, der mit leicht höherer Urteilsfähigkeit und Zufriedenheit einhergeht, ohne selbst ein starker Prädiktor dieser Merkmale zu sein.

Die Hypothese 6 kann nur teilweise bestätigt werden.

Hypothese 7

Ältere Personen weisen im Durchschnitt eine höhere Demokratiezufriedenheit, aber geringere Medienkompetenz auf.

Ergebnis:

Zur Überprüfung dieser Annahme wurden zunächst Spearman-Korrelationen zwischen dem Alter (S1), der Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ) und den sechs Einzelitems der Medienkompetenz (Q16R₂-Q17R₃) berechnet. Die Ergebnisse in Tabelle 7.3 zeigen einen signifikanten positiven Zusammenhang zwischen Alter und Demokratiezufriedenheit ($p = .07$, $p = .009$). Ältere Befragte berichten somit tendenziell eine höhere Zufriedenheit mit der Demokratie. Bei den Medienkompetenzvariablen zeigen sich hingegen überwiegend negative oder schwache Zusammenhänge: Das Alter korreliert negativ mit der Wahrnehmung, dass andere sich durch Desinformation beeinflussen lassen ($p = -.09$, $p < .001$) und mit der Einschätzung der eigenen Sorge, selbst auf Falschinformationen hereinzufallen ($p = -.06$, $p = .023$). Bei den handlungsorientierten Medienkompetenzdimensionen („Suche nach anderen Quellen“, „Frage andere“, „Prüfe Vertrauenswürdigkeit“) zeigen sich keine signifikanten

Zusammenhänge. Positiv korreliert das Alter lediglich mit dem Item „Ich weiß, was ich glauben soll“ ($p = .25$, $p < .001$), was auf eine höhere subjektive Gewissheit älterer Befragter in der Informationsbewertung hindeutet.

Variable (umgepolt: hoch = mehr MK)	$\rho(S1)$	p	Richtung
Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ)	.07	.009	positiv *
Suche nach anderen Quellen (Q16R2)	-.01	.67	n. s.
Frage andere (Q16R3)	-.01	.79	n. s.
Prüfe Vertrauenswürdigkeit (Q16R4)	-.03	.31	n. s.
Informationsfülle: „weiß, was ich glauben soll“ (Q17R1)	.25	<.001	positiv **
Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen (Q17R2)	-.06	.02	negativ *
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R3)	-.09	<.001	negativ **

Tabelle 28 - Spearman-Korrelationen zwischen Alter, Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz

Zur weiteren Prüfung wurden lineare Regressionsanalysen durchgeführt, in denen das Alter als Prädiktor für Demokratiezufriedenheit und die sechs Medienkompetenzvariablen eingesetzt wurde. Das Modell zur Demokratiezufriedenheit war signifikant, $F(1, 1473) = 6.98$, $p = .008$, $R^2 = .005$. Das Alter wirkt dabei positiv auf die Demokratiezufriedenheit ($B = 0.004$, $p = .008$). Damit steigt mit zunehmendem Alter die Zufriedenheit mit der Demokratie leicht, aber signifikant an. Für die Medienkompetenzitems zeigte sich kein signifikanter Zusammenhang, mit Ausnahme von „Andere lassen sich beeinflussen“ ($B = -0.001$, $p = .024$), das einen schwach negativen Effekt aufweist. Die übrigen Items (Q16R2-Q17R3) erreichten keine Signifikanz ($p > .10$). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass mit steigendem Alter keine höheren Medienkompetenzwerte beobachtet werden - im Gegenteil: einzelne Teilaspekte (z. B. kritische Einschätzung anderer) nehmen tendenziell ab.

Abhängige Variable	B	SE	β	p	Richtung
Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ)	0.004	0.001	.07	.008	positiv **

Suche nach anderen Quellen (Q16R2)	-0.001	0.001	-.01	.654	n. s.
Frage andere (Q16R3)	-0.001	0.001	-.01	.633	n. s.
Prüfe Vertrauenswürdigkeit (Q16R4)	-0.001	0.001	-.03	.313	n. s.
Informationsfülle: „weiß, was ich glauben soll“ (Q17R1)	0.000	0.001	.01	.699	n. s.
Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen (Q17R2)	0.001	0.001	.04	.115	n. s.
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R3)	-0.001	0.000	-.06	.024	negativ *

Tabelle 29 - Regressionskoeffizienten (B) von Alter (S1) auf Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz

Die Ergebnisse bestätigen den ersten Teil der Hypothese: Ältere Befragte zeigen eine signifikant höhere Demokratiezufriedenheit. Der Effekt ist zwar gering, aber stabil und stimmt mit bisherigen Forschungsergebnissen überein, die darauf hinweisen, dass ältere Generationen stärker institutionell verankert und politisch zufriedener sind (vgl. Norris, 2011, S. 98). Der zweite Teil der Hypothese dass mit steigendem Alter die Medienkompetenz abnimmt wird hingegen nur teilweise gestützt. Zwar zeigen sich bei den reflexiven Items Q17R2 („Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen“) und Q17R3 („Andere lassen sich beeinflussen“) schwach negative Zusammenhänge, die auf eine geringere reflexive Medienbewertung im höheren Alter hinweisen, doch die handlungsorientierten Indikatoren (Q16R2–Q16R4) zeigen keine signifikanten Alterseffekte. Insgesamt steht das Alter in einem signifikant positiven Zusammenhang mit Demokratiezufriedenheit, jedoch nur in einem schwach negativen oder neutralen Zusammenhang mit Medienkompetenz. Ältere Personen sind demnach tendenziell zufriedener mit der Demokratie, ohne zugleich über ein höheres Niveau an Medienkompetenz zu verfügen.

Hypothese 7 kann nur teilweise bestätigt werden.

Hypothese 8

Höheres Einkommen steht in positivem Zusammenhang mit Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz.

Ergebnis:

Die bivariaten Korrelationen zeigen einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen Einkommen und Demokratiezufriedenheit ($\rho = .08$, $p = .004$). Auch mit mehreren Medienkompetenz-Items bestehen signifikante Beziehungen (vgl. Tabelle 7.5). Besonders stark ist

der Zusammenhang mit dem Item „Informationsfülle: weiß, was ich glauben soll“ ($\rho = .25$, $p < .001$), gefolgt von der „Suche nach anderen Quellen“ ($\rho = .10$, $p < .001$) und der „Sorge, selbst auf Falschinformationen hereinzufallen“ ($\rho = .07$, $p = .003$). Negativ korreliert das Einkommen mit der Einschätzung, dass andere leicht beeinflussbar seien ($\rho = -.09$, $p < .001$).

Variable (umgepolt: hoch = mehr MK)	$\rho(S8)$	p	Richtung
Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ)	.08	.004	positiv **
Suche nach anderen Quellen (Q16R2)	.10	<.001	positiv **
Frage andere (Q16R3)	.01	.739	n. s.
Prüfe Vertrauenswürdigkeit (Q16R4)	.08	.005	positiv **
Informationsfülle (Q17R1)	.25	<.001	positiv **
Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen (Q17R2)	.07	.003	positiv **
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R3)	-.09	<.001	negativ **

Tabelle 30 - Spearman-Korrelationen zwischen Einkommen, Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz

Die lineare Regression bestätigt diese Ergebnisse (vgl. Tabelle 30). Einkommen wirkt signifikant positiv auf die Demokratiezufriedenheit ($B = 0.024$, $SE = 0.011$, $p = .033$, $R^2 = .003$). Damit steigt die Zufriedenheit mit der Demokratie leicht, aber signifikant, mit wachsendem Einkommen. Bei den Medienkompetenz-Items zeigen sich vor allem für die reflexiven Indikatoren positive Effekte: „Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen“ ($B = 0.014$, $p = .012$) und „Informationsfülle“ ($B = 0.010$, $p = .067$) erreichen die stärksten Zusammenhänge, während die handlungsbezogenen Items („Suche nach anderen Quellen“, „Prüfe Vertrauenswürdigkeit“) nur schwache Tendenzen zeigen.

Abhängige Variable	B	SE	β	p	R^2	Richtung
Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ)	0.024	0.011	.06	.033	.006	positiv *
Suche nach anderen Quellen (Q16R2)	0.019	0.010	.05	.064	.003	Tendenz positiv

Frage andere (Q163 ₃)	- 0.016	0.011	- .04	.142	.001	n. s.
Prüfe Vertrauenswürdigkeit (Q16R4)	- 0.008	0.011	- .02	.456	.000	n. s.
Informationsfülle (Q17R1)	0.010	0.005	.05	.067	.003	Tendenz positiv
Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen (Q17R2)	0.014	0.006	.07	.012	.006	positiv *
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R3)	- 0.005	0.003	- .05	.081	.003	Tendenz negativ

Tabelle 31 - Regressionskoeffizienten (B) von Einkommen auf Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz

Die Ergebnisse zeigen, dass Personen mit höherem Einkommen tendenziell zufriedener mit der Demokratie sind und über leicht ausgeprägtere reflexive Medienkompetenzen verfügen. Dies steht im Einklang mit dem Befund, dass ökonomische Ressourcen den Zugang zu Bildungs- und Informationschancen erleichtern und somit demokratische Integration fördern (vgl. Norris, 2011, S. 95). Gleichzeitig unterstützt das Ergebnis die Annahme, dass soziale Ungleichheiten nicht nur materiell, sondern auch im Informationsverhalten wirken (vgl. Aufenanger, 2018, S. 601). Höhere Einkommen gehen mit einer reflektierteren Bewertung von Informationsquellen einher, was auf ein höheres Niveau epistemischer Selbstregulation hindeutet (vgl. Treumann et al., 2003, S. 263). Einkommen steht in einem signifikant positiven Zusammenhang mit Demokratiezufriedenheit und einzelnen Aspekten der Medienkompetenz. Somit wirkt Einkommen als Ressourcendimension, die den Zugang zu Information und die kognitive Reflexion politischer Prozesse begünstigt.

Hypothese 8 kann weitgehend bestätigt werden.

Hypothese 9

Zwischen den Geschlechtern bestehen keine signifikanten Unterschiede in der Ausprägung von Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit.

Ergebnis:

Zur Überprüfung dieser Hypothese wurden t-Tests für unabhängige Stichproben durchgeführt. Dabei wurde geprüft, ob sich Männer (n = 789) und Frauen (n = 678) hinsichtlich der

Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ) und der sechs umgepolten Einzelitems der Medienkompetenz (Q16R2-Q17R3) signifikant unterscheiden. Die Varianzhomogenität wurde jeweils mit dem Levene-Test überprüft.

Variable (hoch = mehr MK / mehr Zufriedenheit)	M männlich	M weiblich	t(df)	p	Richtung	Cohen's d
Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ)	0.115	-0.125	4.63 (1465)	< .001	M > W	0.24
Suche nach anderen Quellen (Q16R2)	3.30	3.11	3.87 (1419)	< .001	M > W	0.21
Frage andere (Q16R3)	2.74	2.88	-2.69 (1423)	.007	W > M	-0.14
Prüfe Vertrauenswürdigkeit (Q16R4)	3.24	3.09	3.07 (1410)	.002	M > W	0.16
Informationsfülle: weiß, was ich glauben soll (Q17R1)	1.43	1.29	5.48 (1458)	< .001	M > W	0.29
Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen (Q17R2)	1.55	1.51	1.44 (1444)	.151	n. s.	0.08
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R3)	1.08	1.08	0.16 (1443)	.871	n. s.	0.01

Tabelle 32 - Deskriptive Statistiken Geschlechter

Die Ergebnisse zeigen mehrere signifikante, aber sehr schwache Mittelwertunterschiede zwischen Männern und Frauen:

- Männer berichten eine höhere Demokratiezufriedenheit ($M = 0.12$ vs. -0.13 ; $p < .001$; $d = 0.24$).
- Männer erzielen leicht höhere Werte bei den handlungs- und reflexionsorientierten Medienkompetenz-Items, insbesondere bei „Suche nach anderen Quellen“ ($p < .001$) und „Prüfe Vertrauenswürdigkeit der Quelle“ ($p = .002$).
- Frauen weisen dagegen bei „Frage andere“ signifikant höhere Werte auf ($p = .007$), was auf eine stärkere kommunikative Informationsstrategie hindeutet.

- Für Sorge vor Fakes und Einschätzung der Beeinflussbarkeit anderer bestehen keine signifikanten Unterschiede ($p > .10$).

Die Effektstärken liegen sämtlich im kleinen Bereich ($|d| < 0.30$). Damit sind die beobachteten Unterschiede statistisch signifikant, aber praktisch gering.

Die Befunde bestätigen weitgehend die Hypothese: Geschlechtsspezifische Unterschiede in Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit sind nicht substanziell ausgeprägt. Leichte Differenzen lassen sich durch unterschiedliche Informationspraktiken erklären: Männer nutzen häufiger analytisch-reflektive Strategien („Quellen prüfen“, „weiß, was ich glauben soll“), während Frauen eher sozial-kommunikative Zugänge („Frage andere“) zeigen. Insgesamt bewegen sich beide Gruppen auf vergleichbarem Kompetenz- und Zufriedenheitsniveau. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit Studien, die Geschlecht nicht als zentralen Prädiktor politischer Medienkompetenz ansehen (vgl. Aufenanger, 2018, S. 602). Zwischen Männern und Frauen bestehen zwar einzelne signifikante, jedoch sehr kleine Unterschiede in Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit. In der Gesamttendenz sind die Ausprägungen geschlechtsunabhängig.

Hypothese 9 kann weitgehend bestätigt werden

Hypothese 10

Parteisympathie korreliert positiv mit Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit.

Ergebnis:

Zur Überprüfung dieser Annahme wurden einfaktorielle Varianzanalysen (ANOVA) mit Post-hoc-Tests (Bonferroni) berechnet. Die abhängige Variable Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ) sowie die sechs umgepolten Einzelitems der Medienkompetenz (Q16R2 - Q17R3) wurden jeweils in Abhängigkeit von der Parteisympathie (Q22) analysiert. Die Ergebnisse zeigen deutliche und signifikante Unterschiede zwischen den Parteigruppen in der Demokratiezufriedenheit ($F(7, 1138) = 73.36, p < .001$). Die höchsten Mittelwerte erreichen Anhänger*Innen der Grünen ($M = 0.59, SD = 0.66$) und der SPD ($M = 0.53, SD = 0.77$), gefolgt von CDU/CSU ($M \approx 0.09$) und FDP ($M = -0.01$). Die niedrigsten Werte finden sich bei AfD-Sympathisierenden ($M = -1.24, SD = 0.75$), gefolgt von Anhängerinnen der Linken ($M = -0.25$) und Sonstiger Parteien ($M = -0.19$).

Post-hoc-Tests bestätigen, dass die Demokratiezufriedenheit von AfD-Anhänger*Innen signifikant niedriger ist als in allen anderen Gruppen, während Grüne und SPD signifikant höhere Werte aufweisen (Tabelle 30).

Parteisympathie	M (Z_DKZ)	SD	N	Richtung
CDU	0.09	0.91	226	mittelhoch
CSU	0.09	0.75	62	mittelhoch
SPD	0.53	0.77	235	hoch
Grüne	0.59	0.66	291	hoch
FDP	-0.01	0.82	96	durchschnittlich
AfD	-1.24	0.75	110	niedrig
Linke	-0.25	0.91	60	leicht unterdurchschnittlich
Sonstige	-0.19	0.92	66	leicht unterdurchschnittlich

Tabelle 33 - Mittelwerte der Demokratiezufriedenheit nach Parteisympathie

Diese Befunde verdeutlichen eine klare parteipolitische Polarisierung der Demokratiezufriedenheit: Personen mit Sympathie für etablierte Regierungsparteien (SPD, Grüne, CDU/CSU, FDP) berichten eine signifikant höhere Zufriedenheit als Anhänger*Innen populistischer oder systemkritischer Parteien (AfD, Linke, Sonstige). In den Medienkompetenz-Items zeigen sich teilweise, aber nicht durchgängig signifikante Unterschiede.

Die größten Differenzen betreffen die reflexive Dimension (Q17R1 - Q17R3):

- Informationsfülle („Ich weiß, was ich glauben soll“, Q17R1): signifikante Gruppenunterschiede ($F(7, 1130) = 6.40, p < .001$). Anhängerinnen der Grünen ($M = 1.56$) und SPD ($M = 1.41$) erreichen höhere Werte als AfD-Anhängerinnen ($M = 1.27$), was auf ein stärkeres Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit hindeutet.
- Bonferroni-Vergleiche zeigen signifikante Differenzen insbesondere zwischen Grünen und AfD, Grünen und CDU/CSU, sowie Grünen und SPD.
- Andere lassen sich beeinflussen (Q17R3): ebenfalls signifikante Unterschiede ($F(7, 1127) = 5.13, p < .001$). Anhänger*Innen der AfD bewerten den Einfluss anderer Personen signifikant höher ($M = 1.20$), während Grüne ($M = 1.04$), SPD ($M = 1.06$) und

Sonstige ($M = 1.02$) die niedrigsten Werte aufweisen. Dies deutet auf eine höhere Misstrauensneigung in populistisch orientierten Gruppen hin.

Die handlungsorientierten Medienkompetenz-Items („Suche nach anderen Quellen“, „Prüfe Vertrauenswürdigkeit“) zeigen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Parteigruppen ($F < 1.8$, $p > .08$). Hier scheint das Verhalten über Parteigrenzen hinweg weitgehend ähnlich ausgeprägt. Die Ergebnisse bestätigen, dass Parteisympathie sowohl mit der Demokratiezufriedenheit als auch mit einzelnen Aspekten der Medienkompetenz zusammenhängt.

Anhänger*Innen etablierter Parteien, insbesondere der Grünen und SPD, berichten höhere Demokratiezufriedenheit und zugleich mehr kognitive Sicherheit im Umgang mit politischen Informationen. AfD-Sympathisierende zeigen dagegen geringere Demokratiezufriedenheit und niedrigere Werte auf den reflexiven Medienkompetenzdimensionen, was mit einem stärkeren Misstrauen gegenüber gesellschaftlichen Institutionen korrespondiert. Die Befunde stehen im Einklang mit theoretischen Annahmen, wonach politische Sozialisation, Vertrauen in etablierte Medien und reflexive Medienkompetenz positiv mit demokratischer Orientierung assoziiert sind (vgl. Aufenanger, 2018, S. 596-614). Zugleich zeigt sich, dass Medienkompetenz nicht unabhängig vom politischen Kontext interpretiert werden kann. Wie die Fragen verstanden werden, variiert je nach ideologischer und medialer Orientierung der Gruppen - insbesondere zwischen journalistisch geprägten und populistisch-kritischen Milieus. So kann etwa eine hohe Zustimmung zu Aussagen wie „Ich prüfe Quellen“ bei AfD-Anhänger*Innen eher Ausdruck generalisierten Misstrauens sein, während sie bei Grünen oder SPD-Wählenden auf ein kritisch-reflexives Verständnis verweist. Diese Interpretationsdivergenz begrenzt die Vergleichbarkeit der gemessenen Medienkompetenzwerte zwischen politisch unterschiedlich sozialisierten Gruppen.

Die Demokratiezufriedenheit unterscheidet sich signifikant zwischen den Parteisympathien, wobei höhere Werte mit stärkerer institutioneller und reflexiver Orientierung korrespondieren. Medienkompetenz steht insbesondere in ihrer reflexiven Dimension (Informationssicherheit und Einschätzung sozialer Beeinflussbarkeit) in positivem Zusammenhang mit demokratischer Zufriedenheit - jedoch mit deutlicher Kontextabhängigkeit und eingeschränkter Interpretierbarkeit aufgrund parteipolitisch divergenter Bedeutungsrahmen.

Hypothese 10 kann weitgehend bestätigt werden.

Hypothese 11

Höhere Telegram-Nutzung steht in negativem Zusammenhang mit Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit.

Ergebnis:

Zur Überprüfung dieser Annahme wurden bivariate Spearman-Korrelationen zwischen der Telegram-Nutzung (Q08_4_RAW) und den abhängigen Variablen Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ) sowie den sechs umgepolten Medienkompetenz-Items (Q16R2-Q17R3) berechnet. Zusätzlich wurden einfache lineare Regressionsanalysen durchgeführt, um die Richtung und Stärke des Einflusses der Telegram-Nutzung auf die einzelnen Indikatoren zu prüfen.

Die Ergebnisse zeigen keinen negativen Zusammenhang zwischen Telegram-Nutzung und Demokratiezufriedenheit. Im Gegenteil ergibt sich ein schwach positiver Zusammenhang ($\rho = .095$, $p = .001$). Auch die Regressionsanalyse bestätigt lediglich eine nicht signifikante positive Tendenz ($B = 0.054$, $p = .079$, $R^2 = .003$). Zwischen Telegram-Nutzung und den Indikatoren der Medienkompetenz bestehen durchweg keine signifikanten Korrelationen (alle $|\rho| < .05$; $p > .10$). In den Regressionsmodellen sind sämtliche Effekte der Telegram-Nutzung auf die Medienkompetenz-Items statistisch unbedeutend (alle $p > .10$).

Variable	ρ	p	Richtung
Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ)	.095	.001	positiv **
Suche nach anderen Quellen (Q16R2)	-.041	.156	n. s.
Frage andere (Q16R3)	-.017	.568	n. s.
Prüfe Vertrauenswürdigkeit der Quelle (Q16R4)	-.039	.182	n. s.
Informationsfülle: weiß, was ich glauben soll (Q17R1)	-.042	.148	n. s.
Sorge, selbst auf Fakes hereinzufallen (Q17R2)	+.015	.602	n. s.
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R3)	-.043	.143	n. s.

Tabelle 34 - Spearman-Korrelationen zwischen Telegram-Nutzung, Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz

Zur zusätzlichen Überprüfung wurden einfache lineare Regressionsmodelle geschätzt, in denen Telegram-Nutzung als unabhängige Variable auf die einzelnen abhängigen Variablen regressiert wurde. Auch hier zeigen sich keine signifikanten Effekte.

Abhängige Variable	B	SE	β	p	Richtung
Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ)	0.054	0.031	.051	.079	Tendenz positiv

Suche nach anderen Quellen (Q16R2)	-0.030	0.028	-.031	.291	n. s.
Frage andere (Q16R3)	-0.006	0.029	-.006	.827	n. s.
Prüfe Vertrauenswürdigkeit (Q16R4)	-0.017	0.029	-.017	.556	n. s.
Informationsfülle (Q17R1)	-0.023	0.015	-.043	.143	n. s.
Sorge vor Fakes (Q17R2)	-0.004	0.016	-.006	.828	n. s.
Andere lassen sich beeinflussen (Q17R3)	-0.006	0.008	-.021	.479	n. s.

Tabelle 35 - Lineare Regressionskoeffizienten (Telegram -> DKZ)

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass sich die Nutzung von Telegram weder auf die Demokratiezufriedenheit noch auf die Medienkompetenz in signifikanter Weise auswirkt.

Die Hypothese 11 wird daher abgelehnt.

8. Empirisches Kausalmodell

Das empirische Kausalmodell bildet die überprüften Zusammenhänge zwischen politischem Informationsverhalten (Clusterzugehörigkeit), Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit ab. Es veranschaulicht, dass die Clusterzugehörigkeit einen signifikanten Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit ausübt ($\eta^2 = .097$, $p < .001$), der teilweise durch Medienkompetenz vermittelt wird. Die reflexive Dimension der Medienkompetenz („Ich weiß, was ich glauben soll“) erweist sich dabei als zentraler Mediator ($\beta = .259$, $p < .001$). Kontrollvariablen wie Bildung, Einkommen und Alter zeigen zusätzlich positive Zusammenhänge mit Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit, während Geschlecht und Telegram-Nutzung keine bedeutsamen Effekte aufweisen. Insgesamt bestätigt das Modell die theoretische Annahme, dass die Qualität der Informationsverarbeitung, nicht die bloße Mediennutzung, entscheidend zur Erklärung individueller Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit beiträgt.

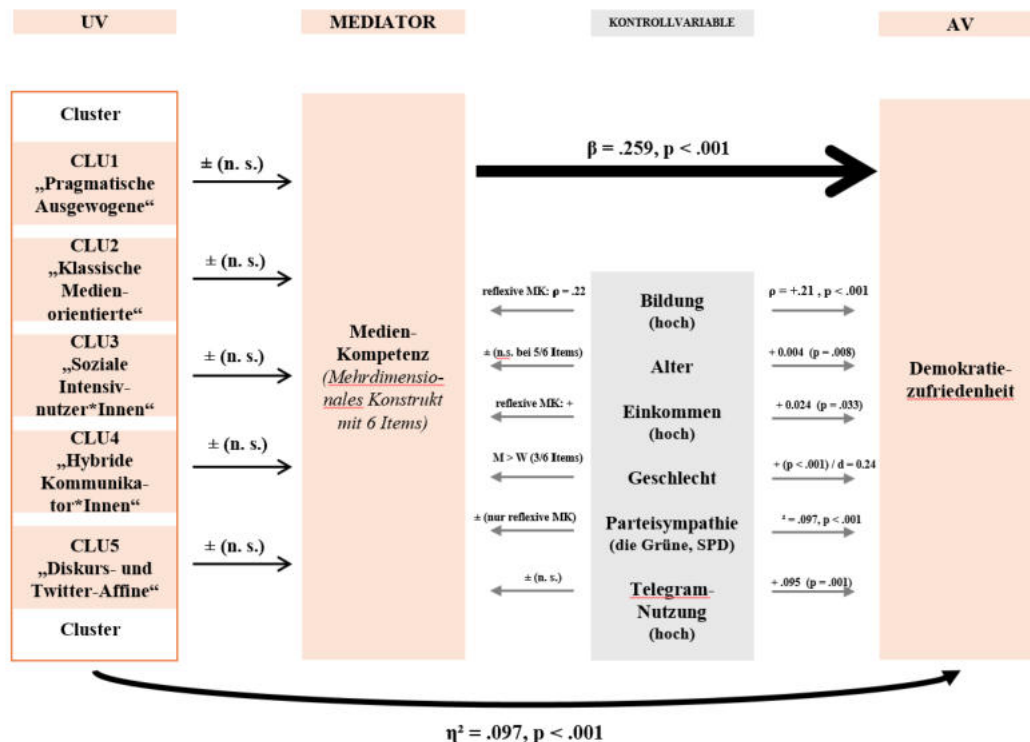


Abbildung 4 - Empirisches Kausalmodell (Eigene Darstellung)

9. Diskussion der Ergebnisse

Die empirischen Ergebnisse stützen die zentralen Annahmen des theoretischen Modells und unterstreichen die Bedeutung von Medienkompetenz als Erklärungsfaktor für Demokratiezufriedenheit. Im Mittelpunkt steht die Heterogenität politischer Informationsstile, die sich in fünf deutlich unterscheidbaren Clustern zeigt. Die Typologie verdeutlicht, dass die Mediennutzung nicht einfach mit dem Alter oder dem Bildungsgrad variiert, sondern durch unterschiedliche Muster von Zugang, Reflexion und Vertrauen gegenüber Informationen geprägt ist. Damit beantwortet sich die erste Teilfrage (FF1): Es lassen sich fünf deutlich unterscheidbare Muster politischen Informationsverhaltens identifizieren (CLU1–CLU5), die sich durch unterschiedliche mediale Zugänge, Reflexivitätsgrade und Vertrauensmuster auszeichnen. Besonders im Vergleich klassischer, diskursiver und hybrider Informationsstile werden systematische Unterschiede in Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit sichtbar. Die Diskrepanz zwischen der objektiv hohen institutionellen Qualität der deutschen Demokratie und der subjektiv niedrigen Zufriedenheit in bestimmten Gruppen verweist dabei auf das sogenannte „Legitimitätsparadox“ (Kneip, Merkel & Weißels, 2020). Die Befunde legen nahe,

dass dieses Paradoxon wesentlich durch fragmentierte, medienvermittelte Wahrnehmungsmuster in Clustern wie den „Sozialen Intensivnutzer*Innen“ (CLU3) und „Hybride Kommunikator*Innen“ (CLU4) verstärkt wird.

Personen, die sich primär an klassischen journalistischen Quellen orientieren, zeigen das größte Vertrauen in demokratische Institutionen. Dieses Muster findet sich vor allem in Cluster 2 („Klassische-Medienorientierte“), das durch ein hohes Bildungs- und Einkommensniveau sowie eine überdurchschnittliche Nutzung etablierter Medien geprägt ist. Die Orientierung an professionellem Journalismus und redaktioneller Kontrolle geht mit einer ausgeprägten reflexiven Medienkompetenz einher, also mit deren Fähigkeit, Quellen kritisch zu bewerten und Informationsqualität differenziert einzuschätzen. Damit bestätigt sich die theoretische Annahme, dass Medienkompetenz nicht nur aus kognitiven Fähigkeiten, sondern auch aus Vertrauen in institutionalisierte Prozesse besteht (vgl. Aufenanger, 2018, S. 596). Zugleich zeigt sich, dass Bildung als zentrale Ressource analytischer Mediennutzung wirkt und zur Stabilisierung demokratischer Einstellungen beiträgt (vgl. Treumann, 2003, S. 261).

Das Gegenbild zum klassischen Informationsstil zeigt sich in Cluster 3 („Soziale Intensivnutzer*Innen“) und Cluster 4 („Hybride Kommunikator*Innen“). Beide Gruppen weisen die niedrigste Demokratiezufriedenheit auf und nutzen überdurchschnittlich häufig soziale Medien und Messenger-Plattformen, insbesondere Telegram. Dabei wird deutlich, dass eine breite, aber unstrukturierte Mediennutzung nicht automatisch mit höherer Informationskompetenz einhergeht. Vielmehr entsteht ein Spannungsfeld zwischen hoher Aktivität und geringer Reflexivität. Die „Sozialen Intensivnutzer*Innen“ (CLU3) kombiniert intensive Social-Media-Nutzung mit einem ambivalenten Verhältnis zu etablierten Informationsquellen. Die vergleichsweise hohen Sympathiewerte für SPD und AfD verdeutlichen eine politisch heterogene Gruppe, deren Orientierung weniger ideologisch als erfahrungsbezogen geprägt ist. Zwar zeigen die Nutzer*Innen dieses Clusters ein starkes Suchverhalten, doch dieses ist eher Ausdruck von Unsicherheit und kognitiver Überforderung als von systematischer Reflexion. Das Ergebnis deutet auf eine Form von Misstrauens geleiteter Medienkompetenz hin, in der Prüfstrategien nicht rational, sondern defensiv eingesetzt werden. Damit bestätigt sich die theoretische Annahme, dass Medienkompetenz qualitativ unterschiedlich verstanden werden kann: Entweder als Ausdruck reflektierter Kritik oder als Reaktion auf institutionelles Misstrauen (vgl. Hohlfeld, 2023, S. 75).

In Cluster 4 („Hybride Kommunikator*Innen“) zeigt sich ein verwandtes, aber noch stärker soziales Muster. Die Gruppe ist deutlich jünger, nutzt stark interpersonale Kommunikationsformen und plattformbasierte Kanäle der Peer Kommunikation. Diese informelle Struktur

führt zu einer geringen Trennung zwischen persönlicher und öffentlicher Information, was die Entstehung emotionalisierter Deutungsrahmen begünstigt. Die Befunde legen nahe, dass diese Form hybrider Informationsverarbeitung mit niedrigerer Demokratiezufriedenheit einhergeht, weil deliberative Distanz und institutionelle Einbettung schwächer ausgeprägt sind. Der Zusammenhang zwischen medialer Fragmentierung und sinkender Systemzufriedenheit, wie er in der Literatur beschrieben wird (vgl. Schweiger, 2017, S. 128), lässt sich damit auch empirisch nachzeichnen. Die Nutzung informeller Kommunikationskanäle geht zwar mit hoher Aktivität, aber mit einer begrenzten Fähigkeit zur Quellenkritik einher. Die zweite Teilfrage (FF2) wird damit beantwortet: Zwischen den Informationsclustern bestehen signifikante Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit, während Medienkompetenz inhaltlich differenziert, jedoch statistisch nicht signifikant variiert. Journalistisches und deliberatives Informationshandeln (CLU2, CLU5) geht mit höherer Zufriedenheit einher, hybride und sozialmediale Formen (CLU3, CLU4) mit Unsicherheit und geringerer Reflexivität.

Demgegenüber zeigen Cluster 2 („Klassische Medienorientierte“) und Cluster 5 („Diskurs- und Twitter-Affine“) ein deutlich höheres Maß an Demokratiezufriedenheit. Beide Gruppen sind bildungs- und einkommensstärker, unterscheiden sich jedoch in ihrer medialen Logik. Während die „Klassischen Medienorientierten“ (CLU2) stärker auf professionelle Vermittlung setzt, repräsentieren die „Diskurs- und Twitter-Affinen“ (CLU5) eine Form diskursiver, netzwerköffentlicher Informationsverarbeitung. Die Befunde bestätigen, dass deliberative und journalistische Informationspraktiken zu höheren Werten politischer Zufriedenheit führen. Die „Diskurs- und Twitter-Affinen“ (CLU5) zeigen, dass die intensive Nutzung diskursiver Plattformen wie Twitter mit einer aktiven, reflexiven Medienkompetenz verbunden ist, die auf argumentativer Auseinandersetzung basiert. Diese Nutzer*Innen reflektieren Informationen stärker und ordnen sie in übergeordnete Diskurse ein, was mit einem hohen Maß an kognitiver Kontrolle korrespondiert. Damit wird die Annahme gestützt, dass Medienkompetenz als Vermittlungsvariable zwischen Informationsverhalten und Demokratiezufriedenheit fungiert. Reflexive Mediennutzung stärkt das Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit und wirkt als Schutzfaktor gegen Desinformation (vgl. Prochazka, 2020, S. 34).

Die Befunde der Mediation unterstreichen diesen Zusammenhang. Die direkte Beziehung zwischen Clusterzugehörigkeit und Demokratiezufriedenheit reduziert sich signifikant, sobald Medienkompetenz einbezogen wird. Besonders die reflexive Dimension, das Bewusstsein zu wissen, was man glauben kann, erweist sich als zentraler Mediator. Diese Form kognitiver Sicherheit stabilisiert politische Orientierungen, indem sie Informationsüberlastung abfedert und das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse stärkt (vgl. Hohlfeld,

2023, S. 75). Daraus ergibt sich, dass nicht die Menge konsumierter Informationen, sondern die Qualität ihrer Verarbeitung demokratische Zufriedenheit bestimmt. Personen mit hoher reflexiver Medienkompetenz sind weniger anfällig für Polarisierung und bewerten demokratische Institutionen stabiler. Damit wird auch die dritte Teilfrage (FF3) bestätigt: Medienkompetenz vermittelt den Zusammenhang zwischen Informationsverhalten und Demokratiezufriedenheit teilweise. Besonders die reflexive Dimension („Ich weiß, was ich glauben soll“) stabilisiert politische Urteilsfähigkeit und Vertrauen in demokratische Prozesse.

Auch die soziodemografischen Befunde zeigen ein in sich schlüssiges Muster. Alter, Bildung und Einkommen stehen erwartungsgemäß in positivem Zusammenhang mit Demokratiezufriedenheit, wobei Bildung zugleich den Erwerb analytischer Medienkompetenzen fördert. Diese Ergebnisse decken sich mit empirischen Befunden, wonach formale Bildung und sozioökonomische Ressourcen die Fähigkeit zur reflektierten Informationsverarbeitung erhöhen und politische Urteilsbildung erleichtern (vgl. Treumann, 2003, S. 263). Jüngere und sozial weniger eingebundene Gruppen, insbesondere in Clustern 3 („Soziale Intensivnutzer*Innen“) und 4 („Hybride Kommunikator*Innen“), zeigen hingegen eine geringere institutionelle Bindung und ein niedrigeres Vertrauen in mediale wie politische Strukturen. Dieses Muster verdeutlicht, dass Medienkompetenz auch ein Ausdruck sozialer Teilhabe ist und ungleiche Ressourcenzugänge demokratische Orientierungen beeinflussen. Die Analyse geschlechtsspezifischer Unterschiede zeigt ein weitgehend ausgeglichenes Bild. Zwar erzielen Männer geringfügig höhere Werte in analytisch reflexiven Medienkompetenzdimensionen, während Frauen eher sozial kommunikative Strategien anwenden, doch bleiben die Unterschiede praktisch unbedeutend. Diese Befunde bestätigen, dass Medienkompetenz kein geschlechtsspezifisches Merkmal ist, sondern durch Bildung, Alter und Nutzungsstil stärker beeinflusst wird.

Bemerkenswert ist schließlich, dass die Telegram Nutzung entgegen der theoretischen Annahme einer negativen Beziehung keinen signifikanten Einfluss auf Demokratiezufriedenheit oder Medienkompetenz zeigt. Dieser Befund verweist auf die funktionale Heterogenität der Plattform. Telegram kann sowohl als alternativer Informationsraum als auch als ergänzendes Kommunikationsmedium genutzt werden. Entscheidend ist weniger die Plattform selbst als die Art ihrer Einbettung in individuelle Informationsmuster. Damit wird die These gestützt, dass Medienumgebungen nicht per se democratieschädigend sind, sondern erst in Verbindung mit geringen reflexiven Kompetenzen negative Effekte entfalten (vgl. Prochazka, 2020, S. 36).

Insgesamt zeigen die Ergebnisse ein konsistentes Bild. Medienkompetenz wirkt als Schlüsselfaktor zwischen Informationsverhalten und Demokratiezufriedenheit. Personen mit

journalistisch oder deliberativ geprägten Informationsstilen weisen höhere Reflexivität, kognitive Sicherheit und Zufriedenheit mit der Demokratie auf. Dagegen sind hybride, sozialmedial geprägte Kommunikationsformen mit stärker emotionalisierten und fragmentierten Wahrnehmungsmustern verbunden, die institutionelles Vertrauen tendenziell schwächen. Diese Befunde bestätigen, dass die Qualität der Informationsverarbeitung und nicht die bloße Nutzungshäufigkeit entscheidend für demokratische Stabilität ist. Medienkompetenz fungiert damit nicht nur als individuelle Fähigkeit, sondern als gesellschaftliche Ressource, die demokratische Legitimität im digitalen Kommunikationsraum trägt und absichert. Insgesamt beantwortet die Studie damit die übergeordnete Forschungsfrage (FF): Demokratiezufriedenheit wird maßgeblich durch Medienkompetenz vermittelt, deren Ausprägung sich entlang typischer Informationsstile strukturiert. Entscheidend ist nicht die Menge konsumierter Informationen, sondern die Qualität ihrer reflexiven Verarbeitung. Die Befunde legen zudem nahe, dass politische Bildungsangebote nicht nur auf technische Quellenkritik abzielen, sondern gezielt die reflexive und deliberative Dimension von Medienkompetenz fördern müssen. Insbesondere für die jüngeren, hybrid-nutzenden Milieus (Cluster 4) bedarf es niedrighschwelliger Formate, die die Einbettung politischer Information in institutionelle Prozesse erfahrbar machen.

10. Limitation

Die vorliegende Untersuchung liefert wertvolle Einblicke in die Zusammenhänge zwischen Medienkompetenz, politischem Informationsverhalten und der Zufriedenheit mit der Demokratie. Allerdings sind diese Ergebnisse vor dem Hintergrund mehrerer methodischer und inhaltlicher Einschränkungen zu betrachten, die ihre Aussagekraft begrenzen.

Ein wesentlicher Aspekt betrifft die Datenbasis. Die Analyse stützt sich auf die Studie „Politisches Informationsverhalten und Desinformation 2023“ von infratest dimap, eine Erhebung, die nicht auf die hier zugrunde liegende Analyse ausgerichtet war. Dementsprechend konnten zentrale Konzepte wie Medienkompetenz oder Demokratiezufriedenheit nicht vollständig oder exakt entlang theoretischer Dimensionen operationalisiert werden. Medienkompetenz wurde nicht direkt gemessen, sondern muss über Fragen zum Umgang mit Desinformation und allgemeinen Informationspraktiken rekonstruiert. Dadurch geraten vor allem reflexive und handlungsbezogene Facetten in den Blick, während andere Dimensionen wie etwa Medienkunde oder Mediengestaltung unberücksichtigt bleiben (vgl. Aufenanger, 2018, S. 597). Inhaltlich problematisch ist allerdings, dass die gewählten Indikatoren nicht eindeutig zu

interpretieren sind. Ihre Bedeutung kann stark vom individuellen, politischen oder kulturellen Kontext abhängen. Eine hohe Zustimmung zur Aussage „Ich prüfe Quellen“ kann einerseits für kritische Reflexionsfähigkeit stehen, andererseits aber auch ein Zeichen für tiefes Misstrauen gegenüber etablierten Medien sein. Diese Interpretationsoffenheit stellt eine strukturelle Schwäche der Messung dar, wurde aber bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt. Die Analyse der Cluster erfolgte daher nicht rein quantitativ, sondern unter Einbezug der jeweiligen Deutungsrahmen, in denen sich Medienkompetenz manifestiert.

Auch bei der Messung der Demokratiezufriedenheit gibt es Einschränkungen: Die Studie enthält lediglich ein einzelnes Item zur Bewertung der Demokratie in Deutschland ohne Unterscheidung zwischen systemischer, prozeduraler oder inhaltlicher Dimension (vgl. Singh & Mayne, 2023, S. 11-12). Das lässt offen, worauf sich die Zustimmung oder Kritik der Befragten genau bezieht. Mögliche Unterschiede im Verständnis des Items könnten so die statistischen Zusammenhänge mit dem Informationsverhalten verzerren oder überlagern.

Ein weiterer methodischer Punkt betrifft die eingesetzte Clusteranalyse. Die fünf identifizierten Informationsstile stellen idealtypische Muster dar, also analytische Konstruktionen, keine real existierenden sozialen Gruppen. Solche Typisierungen sind immer abhängig von den verwendeten Variablen und dem gewählten Algorithmus. Mit einer leicht veränderten Methodik könnten andere Cluster resultieren. Zudem war die Fallzahl durch den Ausschluss unvollständiger Datensätze reduziert, was die Aussagekraft besonders kleiner Cluster, wie der „Sozialen Intensivnutzer*Innen“ (CLU3) oder der „Hybriden Kommunikator*Innen“ (CLU4) einschränkt. Die identifizierten Gruppen sollten daher eher als Orientierung zur Beschreibung von Nutzungsmustern verstanden werden, nicht als Grundlage für belastbare quantitative Vergleiche.

Ein generelles methodisches Problem ergibt sich auch daraus, dass alle Daten auf Selbstauskünften beruhen. Angaben zum eigenen Medienverhalten oder zur Beurteilung von Information sind anfällig für Verzerrungen – sei es durch soziale Erwünschtheit oder durch subjektive Überschätzung der eigenen Fähigkeiten. Besonders Aussagen wie „Ich weiß, was ich glauben soll“ spiegeln eher ein individuelles Gefühl epistemischer Sicherheit wider als objektiv überprüfbare Kompetenzen. Der Zusammenhang zwischen Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit muss daher auch als Ausdruck persönlicher Wahrnehmungs- und Vertrauenslagen verstanden werden. Hinzu kommt, dass das Forschungsdesign keine kausalen Aussagen erlaubt. Es handelt sich um eine Querschnittsanalyse, die lediglich Zusammenhänge zu einem bestimmten Zeitpunkt sichtbar macht. Zwar deutet das theoretische Modell auf einen Einfluss von Medienkompetenz auf Demokratiezufriedenheit hin, empirisch lässt sich aber nicht

ausschließen, dass dieser Zusammenhang auch umgekehrt verläuft: Wer grundsätzlich mit demokratischen Prozessen zufrieden ist, vertraut möglicherweise auch eher den Medien – und empfindet sich deshalb als kompetenter im Umgang mit Informationen. Die Ergebnisse zeigen also vor allem korrelative Muster, keine abgesicherten Wirkungsrichtungen. Schließlich ist auch der gesellschaftliche und mediale Kontext zu berücksichtigen. Die Daten spiegeln die Situation in Deutschland im Jahr 2023. Informationsverhalten, Plattformnutzung und Medienvertrauen verändern sich jedoch laufend. Es bleibt offen, ob sich die identifizierten Typen politischer Informationsnutzung wie etwa die „Hybriden Kommunikator*Innen“ (CLU4) auch in künftigen Medienumgebungen wiederfinden lassen.

Trotz dieser Einschränkungen bleibt ein zentrales Ergebnis bemerkenswert stabil: Medienkompetenz zeigt sich als vermittelnde Größe im Zusammenhang zwischen Informationsverhalten und Demokratiezufriedenheit. Auch unter den gegebenen Mess- und Dateneinschränkungen lassen sich konsistente Muster erkennen insbesondere dort, wo Nutzer*Innen reflektiert mit Informationen umgehen und eine gewisse Sicherheit im Umgang mit politischen Inhalten empfinden. Die genannten Limitationen relativieren somit nicht die inhaltliche Aussagekraft der Befunde, sondern stecken den empirischen Rahmen ab, innerhalb dessen dieser Zusammenhang sichtbar wurde.

11. Schluss und Ausblick

Die vorliegende Untersuchung zeigt deutlich: Die Zufriedenheit mit der Demokratie hängt in erheblichem Maße davon ab, wie kompetent Menschen mit Medien umgehen, sowohl individuell als auch gesellschaftlich. Die empirischen Ergebnisse machen klar, dass sich in Deutschland verschiedene politische Informationsstile herausbilden lassen, die weit über bloße Nutzungsgewohnheiten hinausgehen. Sie spiegeln grundlegende Haltungen zur politischen Kommunikation in technischer als auch in normativer Hinsicht wider. Damit lässt sich die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit beantworten: Politische Informationsmuster lassen sich empirisch eindeutig typisieren und sie stehen in engem Zusammenhang mit der jeweiligen Medienkompetenz sowie der Demokratiezufriedenheit.

Zur ersten Teilfrage (FF1) zeigt die Typologie, dass politische Informationsverhalten nicht entlang eines simplen Kontinuums verlaufen, sondern sich in klar unterscheidbare Muster von traditionell-journalistisch orientierten bis hin zu stark sozialmedial geprägten Stilen gliedern lassen. Diese Muster stehen für verschiedene Kommunikationslogiken, die das Verhältnis zur politischen Öffentlichkeit prägen. Die zweite Teilfrage (FF2) zeigt, dass diese Cluster

nicht nur strukturell verschieden sind, sondern sich auch in ihrer Demokratiezufriedenheit signifikant unterscheiden. Besonders bei den "Klassisch-Medienorientierten" (CLU 2) und den "Diskurs- und Twitter-Affinen" (CLU5) zeigen sich höhere Zufriedenheitswerte. Dagegen weisen hybride Nutzer*Innen (CLU3) und stark sozialmedial geprägte Gruppen (CLU4) eine geringere Zufriedenheit auf. Auch Medienkompetenz verteilt sich unterschiedlich über die Cluster, jedoch weniger in Form klarer Leistungsunterschiede, sondern vor allem in qualitativer Hinsicht, etwa im Grad der Reflexion. Die dritte Teilfrage (FF3) betrachtet die Rolle von Medienkompetenz als vermittelnde Instanz zwischen Informationsverhalten und Demokratiezufriedenheit. Hier zeigt sich: Wird Medienkompetenz in die Analyse einbezogen, reduziert sich der direkte Zusammenhang zwischen Informationsstil und Zufriedenheit deutlich. Vor allem die reflexive Dimension, also das bewusste Einordnen und Bewerten von Informationen, erklärt diesen Vermittlungseffekt. Wer ein gutes Gespür dafür entwickelt hat, welche Informationen glaubwürdig sind, fühlt sich auch politisch orientierter und urteilsfähiger. Diese Sicherheit wirkt der Überforderung in der Informationsflut entgegen und stärkt das Vertrauen in politische Institutionen (Hohlfeld, 2023, S. 75). Die Ergebnisse bestätigen damit: Entscheidend ist nicht, wie viel Information Menschen konsumieren, sondern wie bewusst und kritisch sie diese verarbeiten (Prochazka & Schweiger, 2020, S. 34).

Theoretisch lässt sich daraus ableiten, dass Medienkompetenz ein zentraler Bestandteil prozeduraler Legitimität ist. Sie vermittelt zwischen den drei Dimensionen demokratischer Legitimation – Input, Throughput und Output – und trägt dazu bei, dass Bürger*Innen demokratische Verfahren nicht nur verstehen, sondern auch akzeptieren können (vgl. Luhmann, 1983, S. 44-46). Das viel diskutierte Legitimitätsparadox, der Widerspruch zwischen hoher Demokratiequalität und sinkender Zufriedenheit, lässt sich damit teilweise auf fragmentierte Informationsstile und mangelnde Reflexion zurückführen (vgl. Kneip, Merkel & Weßels, 2020, S. 3). Medienkompetenz kann diesem Spannungsverhältnis entgegenwirken, indem sie Transparenz fördert, kritische Diskurse ermöglicht und Vertrauen in demokratische Abläufe stärkt (Harfst & Wiesner, 2024, S. 6).

Die Ergebnisse legen somit nahe: Demokratische Stabilität ist nicht allein durch funktionierende Institutionen gewährleistet. Sie entsteht vielmehr durch das Zusammenspiel von politischer Leistung, medialer Vermittlung und individueller Urteilkraft (Scharpf, 2004, S. 16). In diesem Zusammenspiel übernimmt Medienkompetenz eine zentrale Rolle: Als Ressource, die Menschen dazu befähigt, mit komplexen, digitalen Informationsumgebungen kritisch umzugehen, algorithmische Vorauswahl zu hinterfragen und Desinformation zu erkennen (Kommer, 2023, S. 156).

Für Praxis und Forschung ergeben sich daraus mehrere Konsequenzen: Erstens sollten Längsschnittstudien untersuchen, ob sich der stabilisierende Effekt von Medienkompetenz auch langfristig zeigt oder ob er sich unter veränderten Informationsbedingungen abschwächt (Van Houwelingen & Dekker, 2021, S. 17). Zweitens braucht es differenziertere Messansätze, die neben kognitiven auch affektive und normative Aspekte berücksichtigen (Aufenanger, 2018, S. 597). Drittens sind qualitative Studien erforderlich, um zu verstehen, wie Bürger*Innen subjektiv Legitimität konstruieren und welche Rolle Vertrauen, Identität und mediale Sozialisation dabei spielen (Norris, 2011, S. 5). Nicht zuletzt ergeben sich auch praktische Implikationen: Politische Bildung sollte gezielt die reflexive und deliberative Dimension von Medienkompetenz fördern, vor allem in jenen sozialen Milieus, die stark durch hybride oder soziale Medien geprägt sind (Hohlfeld, 2023, S. 69).

Zusammenfassend zeigt die Arbeit, dass Demokratiezufriedenheit heute maßgeblich davon abhängt, wie gut Menschen mit der Komplexität moderner Informationsumgebungen umgehen können, denn Legitimität ergibt sich nicht mehr nur aus den Ergebnissen politischer Entscheidungen, sondern auch aus der Qualität ihrer Vermittlung, wobei Medienkompetenz dabei das zentrale Bindeglied ist und damit ein Schlüssel zur Resilienz demokratischer Systeme im digitalen Zeitalter (vgl. Schmidt, 2011, S. 22).

I. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 - Dimensionen demokratischer Legitimität (Eigene Darstellung).....	13
Abbildung 2 - Elbow-Kriterium zur Bestimmung der Clusteranzahl (Excel).....	43
Abbildung 3 - Theoretisches Kausalmodell (Eigene Darstellung)	65
Abbildung 4 - Empirisches Kausalmodell (Eigene Darstellung)	97

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 - Empirische Studien im Forschungsfeld (Eigene Darstellung)	28
Tabelle 2 - Verwendete Variablen, Antwortmöglichkeiten und analytische Funktion (eigene Darstellung)	34
Tabelle 3 - KMO, Bartlett-Test und erklärte Gesamtvarianz durch die Faktorenanalyse.....	36
Tabelle 4 - Rotierte Komponentenmatrix der Faktorenanalyse (Faktorladungen $\geq .50$).....	38
Tabelle 5 - Deskriptive Statistiken der Faktorenwerte	42
Tabelle 6 - Mittelwerte der Faktoren je Cluster.....	44
Tabelle 7 - Übersichtstabelle Cluster 1: „Pragmatische Ausgewogene“	46
Tabelle 8 - Übersichtstabelle Cluster 2: „Klassische Medienorientierte“	47

Tabelle 9 - Übersichtstabelle Cluster 3: „Soziale Intensivnutzer*Innen“	48
Tabelle 10 - Übersichtstabelle Cluster 4: „Hybride Kommunikator*Innen“	50
Tabelle 11 - Übersichtstabelle Cluster 5: „Diskurs- und Twitter-Affine“	51
Tabelle 12 - Telegram-Nutzung und politischer Nachrichtenkontakt nach Clustern.....	56
Tabelle 13 - Reliabilität der vollständigen Medienkompetenzskala (Q16_1-Q17_3)	67
Tabelle 14 - Reliabilität der verkürzten Medienkompetenzskala (MK_Index_short)	68
Tabelle 15 - Deskriptive Statistiken der umgepolten Items (Q16R und Q17R)	69
Tabelle 16 – Kollinearität der UV	72
Tabelle 17 - Mittelwerte Medienkompetenz x Cluster	73
Tabelle 18 - Spearman-Korrelationen zwischen Bildungsniveau (S4) und Medienkompetenz (Q16R ₂ –Q17R ₃) nach Clustern.....	76
Tabelle 19 - Korrelationen H3	78
Tabelle 20 - Koeffiziententabelle H3	79
Tabelle 21 - Mittelwerte und Standardabweichungen der Demokratiezufriedenheit (Z_DKZ) nach Cluster	80
Tabelle 22 - Post-hoc-Vergleiche (Games–Howell) der Demokratiezufriedenheit zwischen Clustern.....	81
Tabelle 23 - Deskriptive Statistik der Demokratiezufriedenheit nach Clustern.	83
Tabelle 24 - Vergleich der Regressionskoeffizienten vor und nach Kontrolle der Medienkompetenz (Teilmediation).....	83
Tabelle 25 - Deskriptive Statistiken zu Bildung, Medienkompetenz und Demokratiezufriedenheit	84
Tabelle 26 - Spearman-Korrelationen zwischen Bildung und Medienkompetenz/Demokratiezufriedenheit	85
Tabelle 27 - Lineare Regressionen mit Bildung (S4) als Prädiktor	85
Tabelle 28 - Spearman-Korrelationen zwischen Alter, Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz	87
Tabelle 29 - Regressionskoeffizienten (B) von Alter (S1) auf Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz	88
Tabelle 30 - Spearman-Korrelationen zwischen Einkommen, Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz	89
Tabelle 31 - Regressionskoeffizienten (B) von Einkommen auf Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz	90
Tabelle 32 - Deskriptive Statistiken Geschlechter.....	91
Tabelle 33 - Mittelwerte der Demokratiezufriedenheit nach Parteisympathie	93
Tabelle 34 - Spearman-Korrelationen zwischen Telegram-Nutzung, Demokratiezufriedenheit und Medienkompetenz	95
Tabelle 35 - Lineare Regressionskoeffizienten (Telegram -> DKZ)	96

II. Literatur

- Aufenanger, S. (2018). Medienkompetenz. In O.-A. Burow & S. Bornemann (Hrsg.), *Das große Handbuch Unterricht & Erziehung in der Schule* (S. 596-614). Carl Link Verlag.
- Baacke, D. (2024). Medienkompetenz als Netzwerk: Reichweite und Fokussierung eines Begriffs, der Konjunktur hat. *MedienPädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung*, 64 (Medien*Kritik), 1-16.
<https://doi.org/10.21240/mpaed/64/2024.12.10.X>
- Bacher, J. (2010). *Clusteranalyse: Anwendungsorientierte Einführung*. Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W., & Weiber, R. (2000). Faktorenanalyse. In *Multivariate Analysemethoden*. Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-662-08893-7_6
- Bader, K., Müller, K. F., & Rinsdorf, L. (2025). Wanderer between the worlds: Telegram use from the users' perspective. *Publizistik*, 70(2), 133-155. <https://doi.org/10.1007/s11616-025-00874-x>
- Bakker, T. P. (2013). *Citizens as political participants: The myth of the active online audience?* [Universität van Amsterdam]. https://pure.uva.nl/ws/files/1570907/118276_06.pdf
- Baur, N. (2012). Mittelwertvergleiche und Varianzanalyse. In *Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 23-44). Springer VS. https://www.researchgate.net/publication/251212947_Mittelwertvergleiche_und_Varianzanalyse
- Bertelsmann Stiftung. (2023). *Desinformation - Eine Herausforderung für die Demokratie in Europa: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in sechs europäischen Ländern* [PDF-Datei]. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/ST-DZ_Desinformation_Herausforderung_fuer_die_Demokratie_Europa_2023.pdf
- Boschert, N., & Wolter, D. (2022). Der Messengerdienst Telegram: Eine Analyse aus medienpolitischer Sicht. In *Monitor Medienpolitik* (April 2022). Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Brückerhoff, B. (2022). Der dynamisch-transaktionale Ansatz. Ein neues Paradigma der Medienwirkungen. In R. Spiller, C. Rudeloff, & T. Döbler (Hrsg.), *Schlüsselwerke: Theorien*

- (in) *der Kommunikationswissenschaft*. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37354-2_5
- CeMAS - Center für Monitoring, Analyse und Strategie. (2023, 22. März). *Telegram - Chronologie einer Radikalisierung*. <https://cemas.io/publikationen/telegram-chronologie-einer-radikalisierung/>
- Choi, J. (2016). Differential use, differential effects: Investigating the roles of different modes of news use in promoting political participation. *Journal of Computer-Mediated Communication*, 21*(6), 436-450. <https://doi.org/10.1111/jcc4.12176>
- die medienanstalten - ALM GbR. (2025a). *Info Monitor 2025: Chartreport* [PDF Datei]. https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/die_medienanstalten/Forschung/Info-Monitor/Info-Monitor_2025.pdf
- Easton, D. (1975). A re-assessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science*, 5(4), 435-457. <https://doi.org/10.1017/S0007123400008309>
- Ertl, B., Csanadi, A., & Tarnai, C. (2020). Getting closer to the digital divide: An analysis of impacts on digital competencies based on the German PIAAC sample. *International Journal of Educational Development*, 78, 102259. <https://doi.org/10.1016/j.ijedudev.2020.102259>
- Fawzi, N., Schultz, T., Jakob, N., & Mothes, C. (2021). *Medienvertrauen in Deutschland. Langzeitstudie Medienvertrauen 2019*. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_SR_Medienvertrauen-in-Deutschland_online.pdf
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). (2023). **Vertrauen in Demokratie: Ergebnisse des Demokratie-Monitors 2023**. Forschungsgruppe Wahlen / Forum Berlin. <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/20287-20230505.pdf>
- Harfst, P., & Wiesner, C. (2024). Measuring political legitimacy in two dimensions: Internal and external measures. *Frontiers in Political Science*, 6, Artikel 999743. <https://doi.org/10.3389/fpos.2024.999743>
- Hase, V., & Knöpfle, P. (2024). *Newsletter Informationsintermediäre, Vol. 15: Telegram als politischer Informationskanal*. Institut für Journalistik, TU Dortmund.

- Hause, F. (2022). Wachstumsdynamiken, Inhalte und Emotionen in „identitären“ Chatgruppen: Eine Topic-Modelling- und Sentiment-Analyse. *kommunikation@gesellschaft*, 23(1), 1-27. Hamburg University Press.
- Hennig, C., Meila, M., Murtagh, F., & Rocci, R. (Hrsg.). (2015). *Handbook of cluster analysis*. CRC Press. https://api.pageplace.de/preview/DT0400.9781466551893_A37870408/preview-9781466551893_A37870408.pdf
- Hohlfeld, A. (2023). Politische Bildung und Digitalisierung. In M. S. Baader, T. Freytag, & K. Kempa (Hrsg.), *Politische Bildung in Transformation - Transdisziplinäre Perspektiven*. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-41027-8_5
- Horkheimer, M. (2021). *Traditionelle und kritische Theorie* (F. Vogelmann, Hrsg.). Reclam.
- Jackob, N., Schultz, T., Jakobs, I., Quiring, O., Schemer, C., Ziegele, M., & Viehmann, C. (2023). *Medienvertrauen in Deutschland* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 10951). Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_SR_Medienvertrauen-in-Deutschland_online.pdf
- Jones-Jang, S. M., Mortensen, T., & Liu, J. (2019). Does media literacy help identification of fake news? Information literacy helps, but other literacies don't. *American Behavioral Scientist*, 00(0), 1-18. <https://doi.org/10.1177/0002764219869406>
- Kaufman, L., & Rousseeuw, P. J. (2005). *Finding groups in data: An introduction to cluster analysis* (2. Aufl.). Wiley. <https://download.e-bookshelf.de/download/0000/5714/40/L-G-0000571440-0015244442.pdf>
- Kneip, S., & Merkel, W. (2020). Demokratische Legitimität: Ein theoretisches Konzept in empirisch-analytischer Absicht. In S. Kneip, W. Merkel, & B. Weißels (Hrsg.), *Legitimitätsprobleme: Zur Lage der Demokratie in Deutschland* (S. 25-58). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-29558-5_2
- Kneip, S., Merkel, W., & Weißels, B. (Hrsg.). (2020). *Legitimitätsprobleme: Zur Lage der Demokratie in Deutschland*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-29558-5>
- Kolleck, N., & Schuster, J. (2025). Verschwörungserzählungen und soziale Ungleichheit: Ein Strukturgleichungsmodell zur Untersuchung der Demokratiezufriedenheit junger

- Menschen in Deutschland. *DDS - Die Deutsche Schule, 117*(1/2), 35-43.
https://www.pedocs.de/volltexte/2025/33698/pdf/DDS_2025_1_2_Kolleck_Schuster_Verschwoerungserzaehlungen.pdf
- Kommer, S. (2023). Zwischen Youtube-Erklärvideos und Fake-News. Herausforderungen für eine ‚digitale Bildung‘. In L. Girnus, I. C. Panreck, & M. Partetzke (Hrsg.), *Schnittpunkt Politische Bildung*. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-40122-1_8
- Lord, C., & Saward, M. (2023). ‘A passionate clarity’: David Beetham on democracy, legitimacy and the democratic audit. *Representation*, 59(3), 365-371.
<https://doi.org/10.1080/00344893.2023.2233319>
- Luhmann, N. (1983). *Legitimation durch Verfahren* (4. Aufl.). Suhrkamp. (Originalausgabe 1969). <https://luhmann.ir/wp-content/uploads/2021/07/Legitimation-durch-Verfahren.pdf>
- MacKinnon, D. P., Fairchild, A. J., & Fritz, M. S. (2007). Mediation analysis. *Annual Review of Psychology*, 58, 593-614. <https://doi.org/10.1146/annurev.psych.58.110405.085542>
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (MPFS). (2023). *JIM-Studie 2023: Jugend, Information, Medien - Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger*. https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2023/JIM_2023_web_final_kor.pdf
- Meister, D. M., Burgfeld-Meise, B. (2021). Medienkompetenzförderung. In U. Sander, F. von Gross, & K. U. Hugger (Hrsg.), *Handbuch Medienpädagogik*. Springer VS.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-25090-4_99-1
- Meister, D. M., Hagedorn, J., & Sander, U. (2005). Medienkompetenz als theoretisches Konzept und Gegenstand empirischer Forschung. In B. Bachmair, P. Diepold & C. de Witt (Hrsg.), *Jahrbuch Medienpädagogik 4* (S. 169-186). VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.21240/mpaed/retro/2017.08.10.X>
- Mooi, E., Sarstedt, M., & Mooi-Reci, I. (2018). *Market research: The process, data, and methods using Stata* (2nd ed.). Springer. <https://doi.org/10.1007/978-981-10-5218-7>
- Müller, P. (2022). Extrem rechte Influencerinnen auf Telegram: Normalisierungsstrategien in der Corona-Pandemie. *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (ZREx)*, 2(1), 91-109.
- Norris, P. (2011). *Democratic deficit: Critical citizens revisited*. Cambridge University Press.

- Paus-Hasebrink, I. (2020). Medienkompetenz. In J. Krone & T. Pellegrini (Hrsg.), *Handbuch Medienökonomie*. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-09560-4_56
- Prochazka, F., & Schweiger, W. (2020). Vertrauen in Journalismus in Deutschland: Eine Typologie der Skeptiker: Erwartungen an Medien und die Wahrnehmung ihrer Umsetzung. *Media Perspektiven*, 196-206. https://www.media-perspektiven.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2020/0420_Prochazka_Schweiger.pdf
- Rottmann, H. (2010). Ein Überblick über die lineare Regression. *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, 39(11), 548-553. <https://doi.org/10.15358/0340-1650-2010-11-548>
- Sánchez Gonzales, H. M., & Martos Moreno, J. (2023). Production and distribution of media news on Telegram. *Communication & Society*, 36(1), 95-112. <https://doi.org/10.15581/003.36.1.95-112>
- Scharpf, F. W. (2004). *Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats* (MPIfG Working Paper 04/6). Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Schecker, H. (2014). *Überprüfung der Konsistenz von Itemgruppen mit Cronbachs Alpha*. IPN - Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik. https://www.researchgate.net/publication/313220515_Uberprufung_der_Konsistenz_von_Itemgruppen_mit_Cronbachs_alpha
- Schillemans, T. (2014). Review of *The Hybrid Media System: Politics and Power* by Andrew Chadwick. *Public Administration*, 92(4), 1106-1114. <https://doi.org/10.1111/padm.12108>
- Schmidt, V. A. (2011). *Democracy and legitimacy in the European Union revisited: Input, output and throughput* (KFG Working Paper Series, 21). Kolleg-Forschergruppe (KFG) "The Transformative Power of Europe", Freie Universität Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-371014>
- Singh, S. P. & Mayne, Q. (2023). Satisfaction with democracy: A review of a major public opinion indicator. *Public Opinion Quarterly*. <https://nrs.harvard.edu/URN-3:HUL.IN-STREPOS:37374122>

- Sun, Y., Wang, X., Zhang, C., & Zuo, M. (2023). Multiple Regression: Methodology and Applications. *Highlights in Science, Engineering and Technology*, 49, 542-548.
<https://doi.org/10.54097/hset.v49i.8611>
- Treumann, K., Burkatzki, E., Strotmann, M., & Wegener, C. (2003). Multimediale Lernumgebungen aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen: Eine explorative Studie zu Nutzungspraxis und -präferenzen. **SGKM-Journal*, 2*(6), 17-25.
[https://sgkm.ch/zeitschrift/2003/2\(2003\)6Treumann-Burkatzki-Strotmann-Wegener.pdf](https://sgkm.ch/zeitschrift/2003/2(2003)6Treumann-Burkatzki-Strotmann-Wegener.pdf)
- UNESCO. (2013). *Media and Information Literacy: Curriculum for Teachers* (Revised Edition). <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000224115>
- van Houwelingen, P., & Dekker, P. (2021). Satisfaction with democracy in perspective: Anchoring today by looking back and forward. *Polish Political Science Review*, 9(1), 14-26.
<https://doi.org/10.2478/ppsr-2021-0002>
- Wiesner, C., & Harfst, P. (2022). Conceptualizing legitimacy: What to learn from the controversies related to an “essentially contested concept.” *Frontiers in Political Science*, 4, Article 867756. <https://doi.org/10.3389/fpos.2022.867756>
- Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages. (2022). „Echokammern“ und „Filterblasen“ in digitalen Medien (WD 10 - 007 - 22). <https://www.bundestag.de/resource/blob/898208/396d70db93fbc68bca40726b4d5308db/WD-10-007-22-pdf-data.pdf>